

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenblatt 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgehaltene Kolonne
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 28. Februar 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Weltpolitik des bürgerlichen Handelskapitals.

II.

Ander, als in Holland und England, gestaltete sich die Weltpolitik des bürgerlichen Handelskapitals in Frankreich. In diesem, an natürlichen Hilfsquellen so reichen Lande hatte das Königtum mit Hilfe einer verhältnismäßig stark entwickelten Bourgeoisie die feudalen Stände niedergeworfen, und der Kampf auf Leben und Tod, den es mit dem spanischen Weltbespoten führen mußte, hatte es gezwungen, seine wirtschaftliche Politik nach dem Sage Colberts einzurichten, daß im Staate nichts Köstlicheres sei, als die Arbeit der Menschen.

Jedoch dies Blatt wandte sich, als die Hegemonie über den europäischen Kontinent um die Mitte des 17. Jahrhunderts von Spanien auf Frankreich übergegangen war. Im Vollzuge seiner neuen Machtposition wurde der junge König Ludwig XIV. vom Weltmachtstempel erfasst; unfähig, wie dergleichen Leute sind, die historisch treibenden Kräfte des nationalen Lebens zu erkennen, verhönte er sich mit den feudalen Ständen, die nun gern zu Hofe gingen, um den Preis, daß ihnen die arbeitenden Klassen des Volkes zur beliebigen Ausbeutung überlassen wurden. Die Schmarotzer des Hofadels zerstörten für die unfähigsten Verschwendungswüchse den erarbeiteten Wohlstand der Nation, unterstützten von den Schmarotzern des Hofadelftums, auf dessen Betrieb Ludwig XIV. die gewerbsmäßigsten Bewohner des Landes, die Huguenotten, vertrieb, ganz wie Philipp II. die Mauren vertrieb. Der Despot selbst gaukelte derweil auf dem Welttheater als Weltpolitiker. Obgleich er die stärkste Weltmacht besaß, wollte er natürlich auch die stärkste Flotte haben. Liebedienliche Dichter und Gelehrte priesen diesen heroischen Entschluß über den Scheitleraus. So langatmig ihre Litanien, so kurz war die Geschichte dieser Flotte. Im Jahr 1668 besaß Ludwig einige wenige Kriegsschiffe, im Jahr 1673 aber schon 60 Linienschiffe und 40 Fregatten, im Jahr 1683 hatten sich diese Ziffern verdoppelt und im Jahr 1693 wurde die ganze Herrlichkeit von den vereinigten Engländern und Holländern in der Seeschlacht von La Hogue zerstört. Es war der erste, nie mehr verwundene Stoß, den Ludwig XIV. Weltmachtspolitik erhielt; es ging nun unzweifelhaft mit ihm bergab, und als er im Jahre 1715 starb, hinterließ er, wie Philipp II., einen entsetzten Namen und ein bettelarmes Land.

Jedoch wird die Befriedigung, die man heute noch über dies Wallen einer raschen Nemesis empfinden mag, gar sehr getrübt durch die Erinnerung an die furchtbaren Leiden, womit die arbeitenden Klassen Frankreichs die Abenteuer des „Königs-Sonne“ büßen mußten. Aus den unzähligen Zeugnissen, die darüber vorliegen, seien nur zwei angezogen, nicht die kassierten, aber die glaubwürdigsten. Der berühmte Sittenschilderer La Bruyere, der Lehrer eines bourbonischen Prinzen, schreibt: „Man sieht gewisse wilde Tiere, männliche und weibliche, auf den Feldern zerstreut, schwarz oder braun, nackt und ganz verbrannt von der Sonne. Sie sind auf die Erde niedergebengt und graben und wühlen sie um mit unermüdlicher Hartnäckigkeit. Sie haben etwas wie eine artifizierete Stimme, und wenn sie sich erheben, so zeigen sie ein menschliches Gesicht. Und in der That, es sind Menschen. Des Nachts ziehen sie sich in Höhlen zurück und leben dort von schwarzem Brot, Wasser und Wurzeln.“ Und einer von Ludwigs eignen Marschällen, der berühmte Festungsbaumeister Vauban, richtete am Vorabend seines Todes einen erschütternden, natürlich mit dem schändlichsten Luland belohnten Warnungsruß an den König. Es heißt in seiner Denkschrift: „Das kleine Volk ist in solchem Elend, daß es oft seinen Kopf bloß zur Hälfte und oft gar nicht salzt, weil das Salz zu teuer ist... Seit mehreren Jahren habe ich mich bemüht, nachzuforschen, und habe dabei sehr wohl bemerkt, daß in der gegenwärtigen Zeit fast der zehnte Teil des Volks auf den Bettel angewiesen ist und wirklich bettelt. Von den neun übrigen Teilen sind fünf nicht in der Lage, jenen Almosen zu geben, weil sie selbst fast in die gleich unglückliche Stellung geraten sind. Von den andern vier Teilen sind drei in sehr schlechter Lage, mit Schulden und Prozessen belastet. Zum letzten Teil rechne ich den Adel und die Geistlichkeit, die Militär- und Zivilbeamten, die Kaufleute und die Bürger, die von ihren Renten oder sonst in guten Verhältnissen leben. Dies sind nicht hunderttausend Bürger, und ich glaube nicht zu lügen, daß es nicht zehntausend große oder kleine Familien giebt, von denen man sagen kann, daß sie sich in guten Verhältnissen befinden... Das niedere Volk ist in der letzten Zeit an Zahl geringer geworden durch die Kriege, die Krankheiten und das Elend; daher ist eine große Anzahl Menschen Hungers gestorben und viele andre sind Bettler geworden.“ So der denkbar kompetenteste Urteiler im Jahre 1706, und da greinen unsre patriotischen Historiker, daß nach diesem Himmorden ganzer Geschlechter, gerade hundert Jahre nach der Seeschlacht bei La Hogue, König und Königin nebst ein paar tausend Junkern und Pfaffen auf der Guillotine bluten mußten, Rotabene, nachdem die edle Sippe ihre mörderische Mißwirtschaft durch unklüden Landesverrat aufrecht zu erhalten gesucht hatte.

Die französische Kolonialpolitik kam natürlich nie auf einen grünen Zweig. Die ebenso beschränkten wie hochmütigen Junkerpfropflinge, die in den fetten Einnahmen der Kolonialverwaltung ihre gewohnte Lagedieberei fortsetzten, wurden in Asien von den englischen und holländischen Kaufleuten über's Ohr, in Amerika von den englischen Kolonisten auf die Nase gehauen. Die hungrige Masse der Bevölkerung konnte nicht auswandern, und wenn sie noch einen letzten Pfennig zum Auswandern besaß, ging sie lieber in freie Kolonien, als daß sie das schimpfliche Junkerregiment in Frankreich mit dem noch schimpflicheren Junkerregiment in den französischen Kolonien vertauscht hätte. Die neuen ungeheuren Opfer, die dem

Land aufgelegt wurden, um mit Kriegsheeren und Kriegsschiffen die amerikanischen Kolonien zu schützen, führten nur zu neuen schmachvollen Niederlagen; „dem Adersmann gehört die Welt, nicht dem Kanonier“, sagt der englische Historiker Carlyle darüber. In den englisch-französischen Kriegen um das nordamerikanische Festland griff übrigens auch der preussische Staat in die Weltpolitik des bürgerlichen Handelskapitals ein, zum erstenmale, wenn wir, wie billig, von einem fommischen Spielzeug des sogenannten Großen Kurfürsten absehen. Es muß nun unsre Wasserpatrioten aufrichtig betrüben, daß der alte Feind bei der ersten Probe weltpolitischer Genialität ganz auf die falsche Seite geriet; freilich werden sie den Unglücklichen damit entschuldigen, daß er noch keine Gelegenheit hatte, ein stolzes bei den heutigen Flottenprofessoren zu belegen.

Als nämlich vom Ausbruch des siebenjährigen Kriegs die französische Regierung um die preussische Waffenhilfe gegen England warb und als Preis die westindische Insel Tobago bot, ein herrliches Kleinod, etwa wie Kamerun oder Togo, antwortete der alte Feind, wie er selbst in seinen Memoiren erzählt: „Na, ihr meint wohl die Insel Baratavia, wo ich den Sando Panja spielen soll?“ Er schloß vielmehr mit England ab, und obgleich er nicht den armseligsten Stuhl besaß, hat die Art, wie er die französischen Junker bei dem thüringischen Dorfe Korbach auf die Hohen Kloppe, einen wesentlichen und vielleicht den wesentlichsten Anteil daran, daß Frankreich von dem nordamerikanischen Kontinente gefegt wurde. Beim Abbruch des Friedens war, wie Herr Koser, der gegenwärtige Direktor der preussischen Staatsarchive, in seiner Biographie des Königs Friedrich schreibt: „Frankreichs Kriegsmarine vollständig vernichtet, sein überseeisches Gebiet zum allergrößten Teil verloren, seine Kriegsführung zu Lande so unschlüssig, daß Choffen im Geist den Feind schon auf französischem Boden sah.“ Wenn Frankreich gleichwohl nicht seinen gesamten Kolonialbesitz verlor, sondern Bruchstücke davon zurück erhielt, so war das teils dem Umstande geschuldet, daß England, wie Koser sagt, „den entscheidenden Wert auf die Begründung seiner Alleinherrschaft in Nordamerika legte“, teils aber auch der Unfähigkeit des englischen Ministeriums Bute; die französischen Minister gestanden selbst, daß sie aus Mißtrauen harter Hand den Frieden nimmermehr zu verhältnismäßig so günstigen Bedingungen erhalten hätten.

Mit der englischen Alleinherrschaft in Nordamerika hatte es nun aber auch seinen eignen Hafen. Die Adersbau- oder Arbeitskolonien, so heißt sie in jeder Beziehung über den Handels- oder Ausbeutungskolonien stehen mögen, leiden doch auch an einem sonderbaren Dilemma. Entweder gedeihen sie nicht, und dann ist überhaupt Hopfen und Malz an ihnen verloren, oder sie gedeihen, und dann ist ihr erstes Beginnen, dem Mutterland Konkurrenz zu machen. Heute wissen das die Engländer sehr gut; deshalb lassen sie ihren Adersbaulolonien die vollkommenste Selbstverwaltung und gestatten ihnen selbst den Zollkrieg gegen das Mutterland. Aber ehe das Kind das Feuer sahene lernte, mußte es sich erst verbrennen. Kaum hatten die nordamerikanischen Kolonien der englischen Regierung geholfen, das französische Junkerpad ins Meer zu werfen, als sie faktulterten, daß gar keine Oberherrschaft noch viel besser sei, als eine noch so milde Oberherrschaft; sie machten ihren Unabhängigkeitskrieg und gründeten die Vereinigten Staaten.

Dieser Krieg gab dann das Signal zur großen französischen Revolution. Die französische Bourgeoisie warf endlich das Despoten- und Junkerjoch ab, aber nun hätte sie es sofort zu thun mit der Handelsheerfahrt der englischen Bourgeoisie, die keinen Augenblick zögerte, in dem uns schon bekannten Geiste Winderer Saton pünktlich zu bedienen, wenn er gute Rimeffen zuließe oder mit andern Worten, den feudalen Kontinent mit Gold zu überflutete, wenn er gegen das revolutionäre Frankreich mobil machte, wozu er natürlich schon von sich selbst aus alle Reimung hatte. Um sich vor der erdrückenden Uebermacht zu retten, schmiedete sich die französische Bourgeoisie ein scharfes Schwert in der militärischen Diktatur Napoleons. Es kam die Zeit, wo zwei gewaltige Nationen rangen um der Welt alleinigen Besitz, wo der Franke seinen ehernen Degen in die Woge der Gerechtigkeit warf und der Wite seine Kriegsschiffen um den Erdball streckte. Man wird verstehen, daß wir als gute Patrioten gleich nach der heute modischen Art unsren Dichter verbessern; Schiller spricht nämlich nicht von K r i e g s s , sondern von H a n d e l s s f l o t t e n ; es ging dem armen Kerl, wie dem alten Feind, er konnte auch noch nicht die Vorlesungen unsrer Flottenprofessoren hören, und so lebte er in dem unseligen Wahn, daß die englische Macht in der Handels-, nicht aber in der Kriegsschiffen beruhe.

Und nun begegnet uns gleich noch ein dritter dummer Teufel in der Person des ersten Napoleon. Der Kriegsminister v. Söcher befehlete vor einiger Zeit den Reichstag, Napoleon sei am Mangel einer großen Flotte umgekommen. Hätte er im Krieg mit Spanien die Küste blockieren können, so hätten die Engländer nicht ungehindert Material und Mannschaften nach Spanien geworfen, und ebenso hätte Napoleon im Besitze einer Flotte den Kampf gegen Rußland auf einer ganz andren Operationsbasis beginnen können. Ja wohl, hätte! Als ob ihm bei Abuliz niemals eine sogar überlegene Flotte von der englischen Flotte vernichtet, als ob ihm damit nicht eine drei Weltteile umfassende Kombination, wie der preussische Historiker v. Sybel sagt, in ein waghalsiges und mißlungenes Abenteuer verwandelt worden wäre. Nachdem Napoleon die zerstückelnde Kraft der französischen Revolution gegen den kontinentalen Feudalismus gelehrt und namentlich uns Deutschen die gar nicht genug zu schätzende Wohlthat erwiesen hatte, bei Jena das preussische Junkertum kurz und klein zu schlagen, ist er nicht nach der tiefstimmigen Meinung unsrer Flottenchwärmer daran gescheitert, daß er eine große Flotte zu bauen vergaß, sondern umgekehrt daran, daß er ein Weltreich gründen wollte, wie Philipp II. und Ludwig XIV. So hat der geniale Erbe der französischen Revolution ein nicht minder trauriges Ende gefunden, als die verächtlichen Despoten.

Aus den Kriegen um der Welt alleinigen Besitz ging England siegreich hervor, als Beherrscher der Meere, aus keinem andren Grunde, als weil es die Weltpolitik des bürgerlichen Handelskapitals in allen ihren historischen Möglichkeiten am konsequentesten und rationellsten auszubilden verstanden hatte. Allein dieselben historischen Umstände, die ihm diesen Erfolg ermöglicht hatten, trieben auch über das nunmehr erreichte Ziel hinaus, und in England selbst erwuchs aus der Weltpolitik des bürgerlichen Handelskapitals die Weltpolitik der großen Industrie, die höchste und reinste Form der kapitalistischen Weltpolitik.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Februar.

Reichstag.

Nach Erledigung der letzten Titel des Militäretats in zweiter Lesung wurde am Dienstag der Gesetzentwurf „Betreffend die Bestrafung der Entziehung elektrischer Arbeit“ in erster Lesung behandelt. Da das Reichsgericht die Bestrafung desjenigen, der fremde elektrische Arbeit entwendet, als unmöglich auf Grund der bestehenden Befehle erklärt hat, soll durch Specialgesetz dieser „Schutz des Eigentums“ geschaffen werden. Der nationalliberale Dr. C. H. e sprach seine Zustimmung zu der Fassung des Regierungsentwurfs aus, Herr Gröber hatte einige Bedenken, deren Beseitigung er von der Kommissionsberatung erhoffte; Genosse Stadthagen forderte, daß zur Bestrafung das Moment der Gewinnsucht erforderlich sein solle, dessen Nichtberücksichtigung auch sonst bei Diebstahls- und Betrugsklagen zu Bestrafungen führe, die dem Rechtsbewußtsein des Volks widersprechen.

Sodann folgte Beratung zahlreicher Petitionen. Die meisten wurden ohne erhebliche Debatte gemäß den Anträgen der Petitionskommission erledigt. Eine bedeutendere Debatte knüpfte sich an die Petition sächsischer Konsumvereine gegen die ihnen auferlegte kommunale Besteuerung. Während die Petitionskommission Uebergang zur Tagesordnung wünschte, beantragte die socialdemokratische Fraktion, die Petition dem Reichsfinanzminister zur Verdrückung zu überweisen. Genosse Barm begründete den Antrag in längerer Rede, in der er alle die zahllosen Gründe zusammenfaßte, welche die Besteuerung der Arbeiter-Konsumvereine als ungerecht und ausnahmsweise, als reichsrechtswidrig und arbeitserfindlich erscheinen lassen. Vor wenigen Jahrzehnten erklärte das Bürgertum die Genossenschaften als Kampf- und Alibiinstrumente der Socialdemokratie, jetzt will man dasselbe Genossenschaftswesen, weil es den Mittelstand schaden soll und weil socialdemokratische Arbeiter davon Vorteile haben, durch ungeheuer hohe Ausnahmesteuern erdrücken. In Sachsen sei die Befastung durch diese Steuer auf den Geschäftsumsatz noch weit drückender, als sie jetzt in Preußen durch die Warenhaussteuer beabsichtigt werde. In Preußen soll die Steuer erst bei einem Umsatz von 500.000 M. ab auferlegt werden, in Sachsen würden Konsumvereine mit nur 40-50.000 M. Umsatz — außer der allgemeinen Gewerbesteuer — noch durch 2 Proz. vom Umsatz, d. h. etwa ein Viertel des gesamten Gewinns, belastet. Das ist eine schwere Ungerechtigkeit gegen die unmittelbaren Arbeiter und Handwerker, die sich durch Gründung solcher Vereine eine gewisse Verbesserung ihrer Lebenslage ermöglichen wollen. Man wolle den „Mittelstand“ dadurch schützen? Merkwürdig nur, daß dieser Schutz nur dann eintreten soll, wenn die Arbeiter sich zu einer wirtschaftlichen Macht zusammenschließen, daß er aber Halt mache vor den Großgrundbesitzern, vor den Krupp und Stumm, vor den Großkapitalisten aller Art, die die selbständigen kleinen Leute ins Proletariat hinabkonkurrieren! Nach der sehr eindrucksvollen und mit reichem statistischen Material belegten Rede Burms versuchte der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Dr. Fischer die Steuerungerechtigkeiten seiner Heimat zu verteidigen. Eine Erdröpfung der Konsumvereine werde nicht beabsichtigt, aber, da der Mittelstand schon geschädigt werde, so solle ein „Ausgleich“ herbeigeführt werden — das war die ganze Weisheit des sächsischen Regierungsvertreters, der über die schwersten Venachteiligungen der arbeitenden Bevölkerung mit lächelnder Bonhomie hinwegleitete. Zu Hilfe riefte dem sächsischen Regierungskommissar der Verteidiger aller sächsischen Bösartigkeiten, der Agrarier Dr. Dertel. Aber auch ein Gewandterer denn Herr Dertel kann offenbar Ungerechtigkeit nicht in Gerechtigkeit umfassen; Herr Dertel verlegte sich denn auch auf den Kunstgriff, die Umsatzsteuer dadurch harmloser erscheinen lassen zu wollen, daß er sie zu einer Steuer vom Reingewinn machte. Im übrigen meinte er: Wenn die Bauern Genossenschaften behufs billigen Einkaufs gründeten, so sei das einwandfrei, wenn es aber die Arbeiter thäten, so sei es mittelstandsfeindlich und müsse auf dem Steuerwege erschwert werden. Der Remer aller Geheimnisse sächsischer Reaktionspolitik kündigte schließlich an, daß nach dem Vorgang Preußens auch in Sachsen von der konservativen Partei darauf gedrungen werden würde, daß die Umsatzsteuer nicht nur den Kommunen überlassen bleibe, sondern staatsgesetzlich eingeführt werde. Daß es dahin kommen wird, ist kaum zu bezweifeln. Man wird weiterhin Recht und Gerechtigkeit in das Gesicht schlagen, wenn es gilt, einigen Krämmern und Mittelstandsleuten, deren politische Gefolgschaft man braucht, die Möglichkeit einer Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung vorzutauschen.

Die geführte Antwort wird den Herren aus Sachsen noch werden, die Debatte wurde verlagert. Mittwoch: Antrag Nisch und Genossen, betreffend Wahlreform in Elsaß-Lothringen; Fortsetzung der Petitionen-Veratung.

Die Wahl in Calbe-Mischerleben.

Nach den uns heute vorliegenden Gesamtziffern erhielten bei der Wahl im Wahlkreis Calbe-Mischerleben am Montag der nationalliberale Kandidat Plade 19333, unser Kandidat Albert Schmidt 17784 Stimmen.

Plade erhielt bei der Wahl 1898 im ersten Wahlgang 13891, die freisinnige Volkspartei 2232, der antisemitische Kandidat 1237, also die bürgerlichen Parteien zusammen 17363 Stimmen, Schmidt erhielt 17000 Stimmen. In der Stichwahl siegte Schmidt mit 18300 gegen 18100 Stimmen.

Bei der jetzigen Wahl erzielte Schmidt einen Zuwachs von 694 Stimmen gegenüber der vorigen Hauptwahl. Plade aber erhielt 1233 Stimmen mehr als die bürgerlichen Parteien. Die Wahlbeteiligung war eine weitaus stärkere als bei der Wahl im Juni 1898, wo sie bereits 83,2 Proz. der Wahlberechtigten betrug.

Die überaus starke Wahlbeteiligung hat ihren Grund in dem besonderen Charakter dieser Wahl: Dank der Taktik der vereinigten bürgerlichen Parteien stand das Gerichtsurteil gegen unsern Genossen Albert Schmidt, das ihn der Majestätsbeleidigung schuldig und deswegen seines Mandats verlustig erklärte, nicht nur im Vordergrund des Kampfes, sondern es war überhaupt der Gegenstand des Kampfes. In allen ihren Reden, Flugblättern, Aufrufen und Krebblatt-Artikeln wußten die nationalliberal geführten Gegner kein anderes Argument geltend zu machen, als die Frage der Majestätsbeleidigung. Wer den verurteilten Majestätsbeleidiger wählt, macht sich selbst der Majestätsbeleidigung schuldig! In tausendfacher Variation wurde das immer und immer wiederholt.

Glauben die Schüler des Monarchismus Anlaß zur Zufriedenheit mit der von ihnen beliebten Wahlstatistik zu haben? Ihr Erfolg besteht darin, daß sie die bürgerlichen Parteien vollständig für den nationalliberalen Kandidaten mobil gemacht haben, daß sie einige Hunderte von politischen Schlafmühen, die 1898 überhaupt nicht wählten, auf die Beine brachten und so eine Majorität gewannen. Aber die Klassenbewußte Arbeitererschaft vermochten sie nicht im allergeringsten zu erschüttern. Auch das aufdringliche Hineingeren der kaiserlichen Person, auch die gräßlichen Einschüchterungsversuche vermochten die Arbeitererschaft nicht von ihren Idealen, von den sozialistischen Forderungen zu verschrecken. Die Zahlen lehren: 17000 Wähler stimmten 1898 für Alb. Schmidt und 17784 Wähler stimmten diesmal für den verurteilten Majestätsbeleidiger Alb. Schmidt. Es übte gar keine Wirkung auf diese Wählermassen aus, daß man sie im voraus der Majestätsbeleidigung für schuldig erklärte. Das Wahlergebnis ist damit gestempelt worden zu einem Volksurteil über das Magdeburger Gerichtsurteil und zu einem Votum gegen die Seuche der Majestätsbeleidigungsprozesse durch die Schuld der eifrigsten Vertreter des monarchischen Princips.

In welcher schätzbaren Weise die Gegner den Wahlkampf führten, davon haben wir schon mehrfach Proben gegeben. Nichts von sachlichen Argumenten; neben persönlicher Verunglimpfung unsres Kandidaten, der im Gefängnis sitzt und sich nicht selbst verteidigen kann, nur noch persönliche Verunglimpfung aller Socialdemokraten. Welcher Mittel man sich sonst noch im Wahlkampfe zu bedienen beliebt, davon liefert noch ein hübsches Beispiel folgendes Schriftstück, das ein Herr Geheimrat Dr. Boden an die „nationalliberalen Vertrauensmänner“ richtete:

Schönebeck, 22. Februar 1900.

Sehr geehrter Herr!

Ich habe heute davon Einsicht genommen, daß die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags auf Grund von Protesten der socialdemokratischen Partei die Wahl des Reichstagsabgeordneten v. Loeblert für ungültig erklärt hat. Die Proteste, welche darüber Vorhanden sind, daß Mitglieder ihrer Partei, trotzdem sie sich legitimieren konnten, aus dem Wahllokal entfernt seien, sind für begründet erachtet. Ich möchte doch deshalb, entgegen meiner früheren Anschauung empfehlen, nicht zu streng bei der Frage der Legitimation vorzugehen, damit wir nicht die Wahl des Herrn Plade gefährden.

Geheimrat Dr. Boden.

Die „nationalliberalen Vertrauensmänner“, an die das Rundschreiben gerichtet ist, können natürlich keine socialdemokratischen Vertrauensmänner aus den Wahllokalen weisen und ihnen keine Legitimationen abverlangen; das können, wie der Herr Geheimrat natürlich auch wissen wird, nur die Wahlvorsteher. Diese dürften daher mit den nationalliberalen Vertrauensmännern ungefähr identisch sein.

Dieses „Sieges“ dürften sich die „Ordnungs“parteien nicht besonders rühmen; ist er doch überhaupt nur möglich geworden dadurch, daß sowohl die Freisinnigen als auch die Antisemiten geschlossen für Plade stimmten. Die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung“ preist bereits in vollen Tönen die „seltene Einmütigkeit“ der bürgerlichen Parteien; Judenfreunde und Judenhater Arm in Arm, um die Socialdemokratie zu besiegen und einen Vertreter des Großkapitals in die Volksvertretung zu senden — ein herrliches Schauspiel!

Wir haben den Wahlkreis verloren. Aber dieser Verlust ist — das ist außer Zweifel — nur eine sehr schnell vorübergehende Erscheinung. Die Arbeitererschaft des Wahlkreises hat ein glänzendes Zeugnis für ihre politische Schulung abgelegt, indem sie trotz des Appells an Gefühle, die dem Spieker noch immer als das höchste erscheinen, in unermindelter, ja erheblich vermehrter Zahl für einen Kandidaten stimmten, der auf Jahre hinaus im Gefängnis festgehalten wird. Die Arbeitererschaft, die unter den schwierigsten Verhältnissen so ehrenvoll gekämpft, sie wird bei der nächsten Wahl den Wahlkreis wieder erobern und dem festen Besitzstand der Socialdemokratie einreihen.

Politik im Heiratskonsens.

Mit einem sinnreichen Corpsbefehl hat ein General versucht, die Welt zu seiner Politik zu bekehren. Man schreibt uns darüber aus Posen:

Das Kriegsministerium hat eine alte, aus dem Anfang der siebziger Jahre stammende Kabinettsordre ausgegraben, in welcher dem Wunsch Ausdruck gegeben ist, möglichst darauf zu halten, den Chargierten deutscher Rationalität der Garnison Posen den Konsens zur Ehe nicht zu geben, wenn sie eine solche mit Mädchen polnischer Rationalität eingehen wollten. Der kommandierende General von Posen, Herr v. Stälpnagel erließ nun einen Corpsbefehl, in welchem er sein Mißfallen darüber ausdrückt, daß diesem in der Kabinettsordre ausgesprochenen Wunsche bisher nicht genügend Folge geleistet wurde,

und äußert weiter, daß er von nun an keinen Konsens im oben angebotenen Sinne erteilt zu sehen wünsche. Weiter — nun kommt das Interessanteste — wünsche er nicht, daß Konsens erteilt werde, wenn das Mädchen in ihrem außerehelichen Leben in geschlechtlicher Beziehung nicht mehr ganz makellos erscheine, wenn sie z. B. außerehelich geboren hat, auch dann nicht, wenn der sie zu heiraten wünschende Chargierte der Vater des Kindes ist — Herr v. Stälpnagel ist damit nicht befriedigt. Auch über die Familienangehörigen des Mädchens müßten, so heißt es weiter, genaue Ermittelungen eingebracht werden und es sei dann von einer Erteilung des Konsenses abzusehen, wenn diese Angehörigen — Socialdemokraten sind. Ferner wird den Unteroffizieren verboten, ihre Kinder in Schulen zu schicken, in denen Schulgeld gezahlt wird, da es nicht ihrer sozialen Stellung entspreche, ihre Kinder in andere als Volksschulen gehen zu lassen.

Mit einem Schlage löst sich mit diesem Corpsbefehl eine Fülle der schwierigsten politischen Fragen. Erstens germanisiert er die Masse, indem er Heiraten mit Polinnen nicht duldet.

Zweitens hebt er im Stille der lex Heinze die Sittlichkeit. Ein Unteroffizier darf kein bemakeltes Mädchen heiraten; nicht einmal, wenn sie von ihm selbst ein Kind hat. Der „unästhetische“ Volksauffassung, daß ein Mann die verdamnte Pflicht habe, seine Geliebte und sein Kind zu legitimieren, wird damit gesteuert. Der Unteroffizier erhält damit das Privilegium der Offiziere, die zwar auch Mädchen entehren, die aber heileibe nicht ein also bescholtenes Mädchen ehelichen dürfen. Vielleicht sticht das Centrum noch in die lex Heinze eine ähnliche Bestimmung ein, daß niemand das Mädchen heiraten darf, das er verführt hat. Wie harmlos ist doch gegen diesen Corpsbefehl die Bestimmung des code Napoleon, welcher die Nachforschung nach der Vaterschaft verbietet. Hier wird die Legitimierung der Vaterschaft verboten, ohne daß die Vaterschaft selbst gestraft würde.

Drittens rottet der Corpsbefehl die Socialdemokratie aus. Kein Unteroffizier darf ein Mädchen aus einer socialdemokratischen Familie ehelichen. Da nun wohl jedes Mädchen in der näheren oder entfernteren Verwandtschaft einen Socialdemokraten haben wird, so ergibt sich daraus, daß die Socialdemokraten, um das Glück ihrer Verwandtinnen nicht zu zerstören, massenhaft zur Ordnung zurückkehren werden.

Viertens endlich wird durch den Corpsbefehl dem Kaiser des Oberrheinraums kraftvoll entgegen gewirkt. Kein Kind eines Unteroffiziers darf es wagen, etwa neben einem Offizierssohne in einer höheren Schule zu sitzen. Welche Gefahren für die Disciplin des Heeres könnten daraus entstehen, wenn der Dube des Unteroffiziers sich klüger und fleißiger zeigte als der Sproßling des Höhergeborenen! Es ist nicht auszudenken! Rein, der Unteroffizier muß innerhalb seiner Kaste bleiben, er und sein ganzes Geschlecht. Die altindischen und ägyptischen Sitten sind im Posenischen wiederkehrt. Niemand darf aus seiner Kaste heraus.

So wirkt ein einziger Corpsbefehl mit dem einfachen Mittel des Heiratskonsenses für Deutschthum, Sittlichkeit, Autorität und Selbstbeschränkung. Ein wertvolles Blatt der heutigen Kulturgeschichte — dieser Corpsbefehl! —

Die „Erdrosselungssteuer“ im Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat Dienstag die Vorlage betreffend die Besteuerung der Warenhäuser an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Aus der Debatte können nur zwei Reden Anspruch auf Wert erheben, die der Abgeordneten v. d. Borgh (noll.) und Dr. Barth (fr. Bg.), die sich beide gegen die Vorlage aussprachen. Abg. v. d. Borgh erörterte die dem Handel imwohnende Tendenz, die zu immer größerer Konzentration führe. Er schilberte die Vorgänge der Warenhäuser und gab ein überflüssiges Bild von der Lage des Kleinhandels, von dem nach seiner Meinung ein Teil infolge des Mangels jeder kaufmännischen Bildung, aber auch infolge des Mangels an Kapital zu Grunde gehe, während ein anderer Teil sich neben den großen Warenhäusern noch auf lange Zeit hinaus halten werde. Unter Ablehnung jeder Ladenbesteuerung empfahl er den kleinen Gewerbetreibenden, sich genossenschaftlich zusammen zu schließen und sich so selbst zu helfen. In ähnlichem Sinne äußerte sich Abg. Dr. Barth, der betonte, daß der steuerrechtliche Zweck der Vorlage zurücktrete hinter den socialpolitischen Zweck und daß, wenn der Kultur Gesetz geworden sei, die kleinen Gewerbetreibenden die Unterstützung erleben müßten, daß ihnen doch nicht geholfen sei.

Mit seiner Ablehnung hat Abg. v. d. Borgh leinweg die ganze nationalliberale Reaction hinter sich. Abg. v. Cynern weiß noch nicht, wie er sich zu der Frage stellen soll, und Abg. Horn sprach sich für die Miquel'sche Vorlage aus.

Auf dem Boden des Entwurfs stehen auch die Freikonserwativen, von denen heute die Abgg. Lüders, Lachoff und Camp zu Worte kamen; sie wünschen aber die Ausdehnung der Umsatzsteuer auch auf die großen Specialgeschäfte, die mit ihren Prospekten das Land überfluthen und dem Kleinbetrieb oft noch schädlicher seien als die Warenhäuser. Abg. Camp, der heute wieder einmal danach legte, zu zeigen, wie wir es in seinem Kopfe aussieht, verlangte außerdem, daß die Minimalgrenze, von der ab die Umsatzsteuer erhoben wird, nicht auf einen Umsatz von 500 000 M. herabgesetzt wird, sondern daß sie je nach der Größe der Städte verschieden bemessen sein soll. Natürlich will er in seiner bekannten Feindschaft gegen die Städte nicht diesen den Entzug der neuen Steuer zuweisen, sondern vielmehr dieselbe zu Gunsten der kleinen Betriebe verwenden wissen. Von wie rücksichtigen Ansichten er beseelt ist, zeigt u. a. die Auffassung, daß es den kleinen Handwerkern und Gewerbetreibenden nur deshalb schadet, weil es ihnen an Arbeitskräften fehle. Die jungen Leute ziehen das „ungebundene Leben“ in der Industrie der strengen Jucht im Handwerk vor. (H) Daß Herr Camp die Socialdemokratie zur Unterstützung seiner Ansicht von der Notwendigkeit einer Besteuerung der Warenhäuser heranzog, ist nicht zu verwundern. In Bayern haben unsere Genossen gegen eine Erdrosselungssteuer gestimmt, also ist solche Steuer eine Wohlthat. Hoffentlich sind nun auch die Gegner der Vorlage überzeugt.

Herr v. Miquel, der ebenfalls in die Debatte eingriff, konnte als wirksamstes Argument für seine Vorlage nichts weiter anführen, als das bekannte Märchen von den Lodenmännern, die unter dem Einkaufspreise in Warenhäusern verkauft werden, um für andre Waren desto mehr zu nehmen.

Morgen: Fortsetzung der Etatsberatung, und zwar Etat der Centralgenossenschaft und kleinere Etats.

Deutsches Reich.

75prozentiger Flottenschwandel.

Gegenüber der dreifachen Behauptung, daß in den Kosten eines Kriegsschiffs 75 Proz. Arbeitslöhne stecken, hatten wir auf Grund sorgfamer Berechnungen festgestellt, daß der Anteil sich höchstens auf 30 bis 40 Proz. beläuft, während allerdings an den Kosten der Schiffe das Proletariat mit 75 Proz. beteiligt ist.

Unsre Ausführungen haben nirgends in der Flottenpresse auch nur den Versuch einer Widerlegung gefunden. Und doch hätten nur ein paar der an den Marinelieferungen beteiligten Firmen aus ihren Büchern das Jrrige unserer Rechnung nachweisen können. Sie haben sich weislich gehalten. Wahrscheinlich hätte eine dachmäßige Kalkulation ergeben, daß wir den Anteil der Arbeitslöhne noch zu hoch angenommen haben.

Nachdem eine geraume Zeit ins Land gegangen, rafft sich endlich die „Köln. Ztg.“ zu einer Widerlegung auf. Daum die „Köln. Ztg.“ wieder die dummste Rechnung aufstellt, daß die Versten im Fall der Annahme der Flottenvorlage mehr Arbeiter einstellen können als ohne sie — als ob das jemand bestritten hätte — so lohnt es sich nicht, das Interessentenblatt zum tausendstenmal darauf aufmerksam zu machen, daß die Arbeiter lieber Beschäftigung bei Kulturwerken suchen, für die man ja einige Millionen bewilligen könnte. Aber die hübsche Ausrechnung der 75 Prozent Arbeitslöhne verdient ein wenig beachtet zu werden. Das kölnische Organ der Großindustrie schreibt:

Wir sind aber auch in der Lage, die vom „Vorwärts“ so entschieden bekämpfte Behauptung, daß nämlich von den Kosten der Schiffbauten 75 Proz. in der Form des Arbeitslohns in die Taschen der Arbeiter fließen, beweisen zu können. Aus sorgfältig angestellten Ermittlungen ergibt sich, daß die Kosten für ein einzelnes Schiff in folgenden Verhältniszahlen ausgedrückt werden:

Schiffsklasse	Gesamtkosten für				
	Lohn %	Schiffsmaschinen- Baumaterial ohne Panzer %	Panzer- material %	In- ventar %	Probe- fahrt %
Linienfahrer ..	29	30	35	4,8	1,2
Großer Kreuzer	29,5	41,1	21,6	6,8	1,2
Kleiner Kreuzer	38,8	53	1,2	5	2

Es ist ferner ermittelt worden, daß im Verkaufswert von Schiff- und Maschinenbaumaterialien im allgemeinen 70 Prozent Arbeitslohn stecken, von Panzermaterial weniger, etwa 60 Proz., von Inventar auch 70 Proz. Danach ergibt sich, daß in einem Linienfahrer, wenn man seine Kosten, wie in der Flottenvorlage vorgesehen, mit 25 Millionen Mark ansetzt, mehr als 18 1/2 Millionen Mark oder fast genau 75 Proz. Arbeitslöhne stecken. Günstiger gestaltet sich das Verhältnis beim großen Kreuzer, für dessen Herstellung beinahe 14 Millionen Mark oder fast 75 Proz. Arbeitslohn aufgewendet werden, noch günstiger beim kleinen Kreuzer, bei dem rund 80 Proz. auf Arbeitslohn entfallen.

Wir fürchten, daß die Zahlen dem „Vorwärts“ nicht gefallen werden.

Die Furcht der „Köln. Ztg.“ ist ganz unbegründet. Die Zahlen gefallen uns sehr; sehen wir uns die sorgfältig angestellten Ermittlungen an, so sind allein die Prozentangaben beim eigentlichen Schiffsbau von einigem Wert, und diese bleiben mit — 29 Proz. Lohnanteil noch unter unserer Schätzung.

Um aber doch die 75 Proz. herauszubekommen, behauptet das Blatt schlanweg, „es sei ermittelt worden“, daß im Verkaufswert der Schiffsbauarbeiten 60—70 Proz. Arbeitslöhne stecken. Die „Köln. Ztg.“ aber hält sich, auch nur den kleinsten Beweis für ihre Behauptung, über die die Handelsredacteure des Blattes sehr erstaunt sein werden, zu versuchen. Der „Vorwärts“ hat für seine Behauptung den zwingenden Beweis aus den eigenen Geschäftsergebnissen der in Betracht kommenden Industrien geführt, die „Köln. Ztg.“ begnügt sich mit dem Hinweis auf die dunklen Ermittlungen, deren ganzes Material sich auf den — Wunsch beschränkt, die nötigen 75 Proz. herauszurechnen. Warum hat die „Köln. Ztg.“ nicht lieber gleich den Lohnanteil auf 90 oder 95 Proz. festgesetzt — bei solchem „Ermittlungsverfahren“ kommt es doch wahrhaftig auf die Dide der Lüge nicht mehr an!

Wenn übrigens die „Köln. Ztg.“ behauptet, daß in dem Panzermaterial 60 Proz. Löhne stecken, so sei das Blatt auf die Feststellung in der Budgetkommission hingewiesen, wonach bei 279 Millionen Verkaufspris 176 Millionen reinen Unternehmergewinn darstellen. Bei den Panzerplatten kommen also über 63 Prozent des Verkaufsprises auf den reinen Unternehmerprofit. Daß da die Löhne nicht 60 Prozent betragen können, liegt auf der Hand. Man wird den Anteil der Löhne bei der Herstellung von Panzerplatten höchstens auf 25 Prozent schätzen dürfen. Vielleicht veranlaßt die „Köln. Ztg.“ einmal die Krupp und Stumm, aus ihren Büchern den Lohnanteil bei der Herstellung von Schiffspanzern festzustellen. Die beweislosen „Ermittlungen“ der „Köln. Ztg.“ sind nichts als leere, den offenkundigen Thatsachen widersprechende Tendenzlügen, über die jeder Sachverständige lacht.

Die Bauern gegen die Flotte.

In Kleinbäuerlichen Gegenden finden jetzt vom Bund der Landwirte arrangierte Protestversammlungen gegen die Flottenvorlage statt. So hat der „Heffischer Landeszeitung“ zufolge, in Fronhausen (Kurhessen) der Bezirksvorstand des Bundes der Landwirte Schlabach die dortigen Mitglieder versammelt, um eine Resolution an den Abgeordneten wegen der Flottenvorlage zu beschließen. Die anwesenden Mitglieder, 10—15, waren einstimmig gegen die Flottenvorlage.

Herr Schlabach soll weiter im Kreise umherreisen, um weitere Proteste zu sammeln. Es wird in der That sehr interessant werden, wenn die Konserwativen bei einer Reichstags-Auflösung mit der Parole „für die Flottenvorlage“ um ihre ländlichen Wähler werben werden.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ bringt fortgesetzt Stimmungskartikel gegen die wellpolitische Flotte:

Es darf als feststehend, mindestens aber als höchst wahrscheinlich gelten, daß das Centrum für die Vorlage nicht zu haben sein wird, wenn die sogenannte Deckungsfrage nicht befriedigend geregelt wird. Für einige süddeutsche Konserwativen und Agrarier gilt dasselbe. Nach menschlicher Voraussicht ist also, wenn diese Vorbedingung unerfüllt bleibt, eine Mehrheit im Reichstags für die Vorlage schlechthin unmöglich.

Dann heißt es weiter:

„In landwirtschaftlichen Kreisen mehrten und vertieften sich die Bedenken gegen die Vorlage. Das ist bedauerlich, aber unbestreitbar. Unter den Zuschritten, die uns über diesen Gegenstand zugehen, kommt eine bedingt flottenfreundliche auf mindestens ein Duzend flottengegnertlicher. Mit ein paar abweichenden Bedenken lassen sich diese schlichten, ernstlichen Bedenken patriotischer Männer nicht abthun. Ein Teil dieser Bedenken würde gewiß durch eine vernünftige Regelung der Deckungsfrage beseitigt. Andre Bedenken, die nicht nur in landwirtschaftlichen, sondern auch in andren Kreisen geübt werden, würden schwinden, wenn auf irgend welche Weise unbedingte Sicherheit geboten würde, daß das Bewilligungsrecht des Reichstags durch die Vorlage in keiner Weise beschränkt werden solle. Der Reichstag muß das volle, uneingeschränkte Recht behalten, durch seine alljährlichen Bewilligungen das Tempo der Flottenvermehrung zu bestimmen. Der Zeitraum von 16 Jahren, der in der Begründung angenommen wird, kann und darf in keiner Weise verpflichtend für den Reichstag sein.“

Wenn aber auch diese Fragen so erledigt würden, daß die Bedenken als beseitigt geltend könnten, so bleibt doch das Hauptbedenken der landwirtschaftlichen Kreise bestehen, daß die Flotte als „Weichensteine“ gedacht, geplant und für notwendig gehalten werde. Wir haben alles mögliche gethan, um das Bedenken zu zerstreuen; unsre Bemühungen haben leider wenig Erfolg gehabt, weil sie von „Offiziösen“ und Flottenprofessoren bereitet wurden.“

Man sieht: die Agrarier sind, ganz wie in der Kanalvorlage, sogar wieder heftig konstitutionell. Sie bestehen auf dem jährlichen uneingeschränkten Bewilligungsrecht des Reichstags, während die

Liberalen und Freisinnigen leichten Herzens das Budgetrecht der Flotte opfern.

Jedenfalls erkennt man, daß wir die Lage durchaus richtig beurteilt haben, als wir darlegten, daß der patriotische Flotteneifer der Konservativen lediglich aus Spekulationen auf die Postgunst stamme. Niemand hat so sehr Grund, vor einer Reichstagsauflösung zu bangen als die Konservativen, die für die Flotte eintreten, während ihre Wähler gegen sie gestimmt sind, und die freisinnige Volkspartei, die fraktionell gegen die Flotte auftritt, während die Freisinnigen im Lande aufs Marinegeschäft schwören.

Flottenlatein. Die in einer Auflage von 125 000 Exemplaren monatlich zur Verteilung gelangenden amtlichen Mitteilungen des Deutschen Flottenvereins enthalten nicht nur die dem Mittelstand so anjünglichen Reklamen für Wertheim, sondern auch allerlei lustigen Karnevalsall. So bringt z. B. die Nr. 1 der Mitteilungen eine Lobhudelei über die neue Wendt'sche Flottenroschüre. In dieser Besprechung wird folgendes zitiert:

„Nur wenn sie sich gegenseitig ganz anerkennen und ganz zusammenarbeiten, nur wenn das deutsche Volk dem allein richtigen Gedanken seines Kaisers folgt, können sie die Zukunft Deutschlands zu einer thätig freien gestalten — die beiden großen Komponenten, in deren Namen sich die deutsche Entwicklung zusammenfassen läßt, falls der Gedanke des Kaisers, die See zu gewinnen, in den Willen jedes letzten Deutschen aufgenommen wird: Germania felix — Wilhelmus faustus, das glückliche Deutschland und Wilhelm der Große.“

Wenn der „Kerndeutsche Hochpatriot“ sich auf das Latein so gut verständigt, wie auf das Byzantinische, so würde er wissen, daß Wilhelmus faustus weder mit dem Goethe'schen Heros noch mit der gepanzerten Faust etwas zu thun hat, sondern daß das Sprichlein vielmehr auf deutsch bedeutet: Wenn Deutschland glücklich ist, ist Wilhelm zufrieden.

Die portofreie Agitation des Landrats in Raguit soll anscheinend die Gerichte nicht weiter beschäftigen, denn die Staatsanwaltschaft hat das gegen den „Vorwärts“ schwebende Verfahren eingestellt. Wie erinnerlich, hat der Herr Landrat in Raguit (Ostpreußen) die Lehrer seines Kreises zur Verbreitung einer gegen die sozialdemokratische Partei gerichteten Schmähschrift aufgefordert und die betreffenden Circulare portofrei versandt, wie es bei dienstlichen Angelegenheiten der Behörde zulässig ist.

Als die Sache bekannt wurde, erhoben mehrere Zeitungen und auch der „Vorwärts“ den Vorwurf gegen das Landratsamt, daß die portofreie Versendung der erwähnten Circulare eine Portofreihinterziehung bedeute. Der Landrat schickte sich beleidigt und stellte gegen mehrere Blätter Strafantrag. Zwei Prozesse sind zu Ungunsten des Herrn Landrats ausgefallen und nun scheint die Lust zu weiteren gerichtlichen Entscheidungen plötzlich bei der Behörde gewichen zu sein; man ergibt sich resigniert. Das kam natürlich um so leichter geschehen, als der Minister v. Rheinbaben seinen Landrat im Abgeordnetenhaus in Schutz nahm und seine Handlung rechtfertigte, wenn er auch den Vorstoß gegen die Postgesetze nicht verteidigen konnte.

Die Untergrabung der Autorität. Die „Kreuz-Zeitung“ lobt sich wieder einmal gegen die vorübergehende Erscheinung aus, deren Gefährlichkeit nicht in ihren socialen Forderungen, sondern in der demokratischen Seite ihres Programms enthalten sei, „auf welcher die Vernichtung jeglicher Autorität zu vorerst steht.“ Mag sein! Aber wir haben sehr erfolgreiche Helfer in dieser Vernichtung jeglicher Autorität: vor allem die — Konservativen selbst, die erst jüngst in der Kanalangelegenheit mit wahrhaft erschütternder Macht „jegliche Autorität vernichtet“ haben; sie haben die Regierung ausgelacht, die Vorlage niedergestimmt und dem „unbeugsamen Willen des Königs“ gelehrt, daß der Wille des Junkertums der stärkere sei.

Warum stellt die „Kreuz-Zeitung“ so ihre anerkanntwertigen bedeutenden Verdienste um die Vernichtung jeglicher Autorität unter den Scheffel? Seitdem die Konservativen auch in ihrer Hüttenlebererdächtig geworden sind, finden sie es nötig, ihre Loyalität um so eifriger zu betonen. Ihre Schwärmschreie gegen die Sozialdemokratie ist in diesem Falle nur die Heuchlerpose ihres eigenen schlechten Gewissens.

Die konservativ Cordella. Während poesievoll wird die „Kreuz-Zeitung“ in ihrer letzten Wochenschau. Sie weist darauf hin, daß die Regierung bei den Verhandlungen über den reichslandständischen Diktaturparagrafen vom Centrum und den Liberalen verlassen worden sei. Das Junkerorgan schreibt:

„Die Regierung ihrerseits mag noch eine andre Lehre entnehmen. Was wurde nicht alles Schönes in Aussicht gestellt und versprochen, als die längst ersehnte Aufhebung des Verbindungsverbots für die Vereine endlich kam. Von allen Seiten, nicht zum wenigsten auch vom Centrum wurde ihr „treue Gefolgschaft“ im Inneren wie im Äußeren geschworen. Nur die Konservativen standen beiseite und begnügten sich, mit dem Dichter zu sagen: Cordella steht und schweigt. Und jetzt, jetzt sind sie es allein, die die Regierung unterstützen.“

Daß die konservativ Cordella diese Regierung liebt, ist schon schwer zu glauben. Wenigstens ähnelte sie diese Liebe bisher nur in erbitterten Verhörungen. Daß die Bräde aber gar geschwiegen habe, das ist die berühmte Schweigsamkeit, mit der Frau Kandel ihre Gardinenpredigten dem unglücklichen Gatten einflüschte. Cordella hat sogar recht laut und kräftig im Reichstag über die Aufhebung des Verbindungsverbots getuschelt, und der Regierung Höhenlöse unterblümt ihr tiefstes Mißtrauen ausgesprochen.

Die Warenhäuser machen gegen die Steuer mobil. Der Finanzminister sagte im Abgeordnetenhaus, daß es doch mit dem Abwälzen der Steuer auf Lieferanten und Personal eine eigne Sache wäre; diese würden es sich nicht gefallen lassen. Aber der Versuch ist, wie der „Kauz“ mittelt, schon gemacht worden. Ein großes Berliner Warenhaus hat seine Fabrikanten durch ein Rundschreiben zur Gewährung von zwei Prozent Umsatzvergütung aufgefordert und dürfte in fast allen Fällen seine Absicht erreichen. Und ebenso ist von Inhabern der größten Warenhäuser die Absicht ausgesprochen worden, die Gehälter der Angestellten zu kürzen, wenn die neue Steuer Gesetz werden sollte. Auf diese Weise würde ja ein recht netter „Mittelstandsbau“ zu stande kommen.

Wenn schon — denn schon! Die katholische „Köln. Volkstg.“ bemerkt zum Fall Arons:

„Wir haben schon mehrfach den Anspruch erwähnt, den vor Jahren der emeritierte protestantische Prediger Emil Krenzler machte; als er von der Kanzel herunter die Gottheit Christi und andre Dogmen gelugnet habe, sei ihm nichts geschehen, als er aber politisch gegen die herrschenden Klassen aufgetreten sei, habe man sofort eine Disziplinaruntersuchung gegen ihn eingeleitet. Wen erinnert nicht das Schicksal des Privatdocenten Arons an das jenes Predigers? Von den Lehrstühlen der Staatsuniversitäten leugnen wohlbestallte Professoren nicht nur die Grundlagen des Christentums, sondern sogar Gott selbst, aber niemand tastet ihre Stellung an, zuweisen werden sie sogar mit Orden und Ehrenkreuzen ausgezeichnet. Ist dagegen ein Universitätslehrer Sozialdemokrat, so darf er nicht einmal Physik und Mathematik lehren. Dazu soll man nur mit Shakespeare sagen: „Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft!“ Dabei ist Kaiser Wilhelm ein positiv gläubiger Christ, dem nichts fernere liegt, als sich über den König aller Könige, den Herrn des Himmels und der Erde zu erheben, und wenn er neulich von der Sozialdemokratie als einer vorübergehenden Erscheinung sprach, so ist die Absetzung des Privatdocenten Arons auch schwerlich damit in Einklang zu bringen. Wir stehen Herrn Arons auf allen Gebieten, politisch und religiös, diametral gegenüber, aber uns erinnert seine Wahrnehmung an das biblische Wort von

den „Mäden sehen und Kamele verschlucken.“ Den kleinen Arons hängt man, und große wissenschaftliche Gegner des Christentums, welche unter dem Schutze staatlicher Anstellung fortgesetzt die Grundlagen unserer christlichen Gesellschaftsordnung untergraben, löst man laufen! In einer solchen Politik liegt nicht Sinn und System.“

Vom Standpunkt des Centrums sind diese Ausführungen völlig berechtigt. In der That ist es heute ganz ungehörlich, die überirdischen Mächte zu leugnen. Man darf Gott lästern, aber keineswegs das goldene Kalb! Wer Gott entthront, darf trotzdem an der Universität die Jugend lehren, wer aber die Heiligkeit des goldenen Kalbes antastet, der ist ein Verführer, der muß hinaus aus den Räumen der Wissenschaft.

In der Hochverrats-Angelegenheit zu Ostrowo ist eine zweite Verhaftung erfolgt. Aus Polen wird darüber berichtet: Der Abiturient Nowinski wurde während des Unterrichts im Gymnasium von der Kriminalpolizei abgeführt. Zuvor hatte in der Wohnung des Oberprimarers Nowinski eine Hausdurchsuchung stattgefunden. Bei dieser Hausdurchsuchung wurden zwei große Säcke mit Druckschriften beschlagnahmt, unter denen sich auch zahlreiche Exemplare der Schrift „Erinnerungen an Mapperswohl“ befanden.

Die Gymnasialisten, die sich an den polnischen Schriften bekehrten, könnten dem preussischen Staat gewiß riesig gefährlich werden.

Preußen, 27. Februar. (Fig. Ver.) Die zweite Kammer hatte über eine Petition zu verhandeln, welche das Gesetz über die ärztlichen Bezirksvereine anzuhängen oder zu ändern wünscht. Der wirkliche Charakter dieser angeblich zur Wahrung der „Staubeshere“ geschaffenen Zwangsorganisation der Ärzte ist erst neulich bei dem Vorgehen gegen die Betriebs-Krankenkassen der sächsischen Staatsbahnen besonders drastisch in die Erscheinung getreten. Die Socialdemokraten traten für die Petition ein. Genosse Fröhlich wies darauf hin, daß er keineswegs die Ärzte drücken wolle — im Gegenteil, er wisse als Vorsitzender einer Krankenkasse genau, daß schlechte Bezahlung der Ärzte schlechte Behandlung der Krankenmitglieder zur Folge habe. Die ärztlichen Bezirksvereine vertreten aber in der einschlägigen Weise den materiellen Standpunkt, propagierten systematisch den Streit mit den Krankenkassen, und brachten letztere in verschiedenen Fällen so weit, daß sie den Mitgliedern nur die gelegentlichen Mindestleistungen geben könnten, nur um die Ärzte zufrieden zu stellen. Viele Ärzte selbst sind damit nicht einverstanden, sie wollen Frieden haben mit den Kassen. Diese „Arbeitswilligen“ oder werden in der schärfsten Weise „terrorisiert“. Man muß unumwunden gegen solche einer Klasse gewährte Vorrechte protestieren, weil im Augenblick den sächsischen Arbeitern ihr Koalitionsrecht völlig geträumert wurde. (Vergarbeitsfrei!) Die letzte Bemerkung trug dem Redner einen Ordnungsruf ein. Unser Genosse mußte sich dann mit dem nationalliberalen Justizrat Dr. Schill herumstreiten, der natürlich das Verhalten der Ärzte billigte. Der Herr hatte volles Vertrauen, daß die Regierung schon eine unrichtige Anwendung des Gesetzes verhindern werde. Die Petition blieb gegen die Stimmen der Socialdemokraten und des wildliberalen Abg. Grise auf sich beruhen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Von der Strafkammer in Clay wurde der Cigarettenarbeiter Härtel unter Annahme milderer Umstände zu zwei Monaten Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung verurteilt. Härtel hatte, wie seiner Zeit mitgeteilt, die Majestätsbeleidigung begangen, um ein Unterkommen zu erhalten. Die Verhandlung fand in nichtöffentlicher Sitzung statt.

„Beweise“ für den Kriegsminister.

In voriger Woche sagte der Kriegsminister aus Anlaß einer Rede Wehels: „Wenn Herr Webel geschlossen hat, daß in der Armeemittelhandlungen der jüngeren Mannschaften durch die älteren üblich seien, so lehne ich ab, dieser Behauptung näher zu treten, bis mir Beweise für sie beigebracht werden.“

Dazu wird uns geschrieben: „Nur kann mit einem Beweis sehr gut dienen. Bei der neunten Compagnie des Kaiser Franz Garde-Regiments Nr. 2 in Berlin bekommen die Rekruten jeden ersten Weichnachts-Feiertag unbannterzige Prügel mit Klopspeitschen von den älteren Mannschaften. Der Vorgang ist folgender: Am Heiligabend wird der ganze Compagnie im Weissen der Offiziere beiseite. Nach der Beiseiterung folgen die „alten Leute“, insbesondere die Rekruten-Gefreiten, zu den Rekruten: „Morgen früh wird Aachen empfangen.“ Am 1. Feiertag, bevor die Compagnie gewacht wird, kommt ein „alter Mann“ und tritt in jede Stube: „Sofort Aachen empfangen!“ Die nichts ahnenden Rekruten springen aus den Betten und werden korporalchaftsweise durch ihre Gefreiten vor die Stuben Nr. 30 und 31 geführt (alte Leute-Stuben). Dann müssen zwei korporalchaften in 30 die anderen zwei in Nr. 31 eintreten. Sobald der letzte Rekrut drin ist, werden die Lampen ausgemacht und nun geht's los. Als ich Rekrut war, wachte ich gar nicht, wo die „Alten“ alle herliefen, von den Spinden, unter den Betten, kurz überall gab's Schläge. Die Thür hatten andre von draußen zugeschlossen. Als die Alten sich ausgetobt hatten, wurde die Thür aufgemacht, und nun ging die Gasse den Korridor entlang, wer drin nicht bekommen hat, der hat's draußen desto besser gekriegt, denn die „Alten“ fanden sich kreuzweis gegenüber. Gemeidet wurde aus Furcht vor noch mehr Peile nichts; die Unteroffiziere sagten, als sie Rekrut waren, sei es ihnen eben so ergangen. Der geschriebene Vorgang spielt sich jedes Jahr ab, denn die Mehrheit sagt sich, wir haben's gekriegt, die „Remonte“ soll's wieder kriegen.“

In diesem Hungerloch verrohst Du ganz und gar!

Zwei Briefe eines Marine-Artilleristen aus Tsintau veröffentlicht die „Kord. Volksst.“ in Bremerhaven. Zur Charakteristik unseres dortigen „Plages an der Sonne“ geben wir einen derselben wieder unter Fortlassung einiger allzu ungeschmacklicher Ausführungen:

Tsintau, den 3. Dezember 1899.

Lieber E...! Frau und sage ihnen, daß mein Kamerad Thomson diesen Sommer hier gestorben ist. ... Ich bin jetzt wieder einigermaßen gesund; ich bin auch schwerkrank gewesen. Jetzt will ich Dir einmal etwas von den hiesigen Zuständen schreiben. Am 11. April sind wir hier angekommen, am 17. wurden wir aus Land geschafft. Aber welche Enttäuschung. Bis an die Kniechen mühten wir im Sand waten und dann kamen wir durch das Sinken Tsintau (Du kannst Dir gar nicht vorstellen, wie so ein Ort sinkt) und dann den Berg hinauf nach dem Artillerie-Lager. Anfangs war das Klima ganz gesund, im Mai fing schon die Diarthoe an, der Juni war ebenso, aber es war noch keine Gefahr. Im Juli regnete es mitunter, aber nicht viel, August war fürchterlich warm. Wir hatten des Nachts 25—30 Grad und des Tags 45—50 Grad Hitze. Im August ist der erste gestorben, es war der Artilleristenmaat Gröbner. Vom 1. August bis 3. Dezember sind 87 Soldaten und 6 Civilisten, sage und schreibe 93 Mann (4 Feldwebel, 1 Unteroffizier und 89 Mann) gestorben. Von uns sind 2 Feldwebel, 1 Matrosen und 9 Mann gestorben. Und am 1. Dezember waren noch 43 Mann im Lazarett, darunter 7 Mann schwerkrank. Ich bitte Dich, es einmal in der Versammlung vorzubringen, daß keiner von den jungen Kollegen hierher geht, denn es ist hier nichts los. Ich bin am 25. September ins Lazarett gekommen und am 28. Oktober wieder herausgekommen, dann habe ich noch 21 Tage Schonung gehabt und jetzt klappe ich wieder feste Dienst. Wir haben hier diesen Sommer plenty Dienst geklopft bei einer Hitze von 40 Grad Celsius. Wir haben schlechte Lieutenanten und einen schlechten Kapitänen. Hier sitzen viele im Saften. Ich habe noch keine Strafe gehabt. ... Ich kann Dir sagen,

hier in diesem Hungerloch verrohst Du ganz und gar, denn wenn Du mit so einem Dreckvoll umgehen mußt, ist es Dir ganz egal, ob Du einen totschlägst oder nicht. ... D.....

Ausland.

Eine Flottendebatte

gab es am Montag im englischen Unterhaus. Der erste Lord der Admiralität Goschen erklärte zunächst, daß keine Veranlassung zu einer Flottendemonstration vorliege. Gibson Bowles bedauert, daß die englische Regierung gegenüber Deutschland auf das Recht der Durchscheidung von Postdampfern verzichtet habe. Der Redner befürchtet, daß Holland sich von England abwenDET und mit Deutschland Vereinbarungen treffen könne, so daß das ganze Marine-Gleichgewicht in Europa verändert werde.

Goschen führte dann folgendes aus zur Einbringung des Marine-Gesetzes:

Als die Haager Konferenz einberufen wurde, habe die Regierung darauf hingewiesen, daß möglicherweise der Bau neuer Schlagschiffe in der Schweiz gelassen werden könnte, bis die Entscheidung der Konferenz vorliege. Es sei nicht hinsichtlich einer Verminderung der Ausgaben geschehen und in den auf die Konferenz folgenden 6 Monaten seien riesenhafte und sich auf viele Jahre erstreckende Programme begonnen oder ausgearbeitet worden, als je zuvor in die Berechnungen der Mächte, die Vertreter der Konferenz sandten, getreten waren. Der englische Ausgabe-Voranschlag für Schiffsbauten betrage für das Jahr 8480 000 Pfund Sterling, der gesamte russische Ausgabe-Voranschlag 4300 000 Pfund Sterling und der französische 4154 000 Pfund Sterling. Er nehme nun im allgemeinen an, daß der Schiffbau in Frankreich und wahrscheinlich auch in Rußland 20 Proz. teurer sei als in England. Wenn daher England dieselbe Summe ausgeben, wie Rußland und Frankreich zusammen, mit einem Vorteil von 20 Proz. auf die 8400 000 Pfund, so ergebe sich ein Nutzen von nicht weniger als 1700 000 Pfund, wofür England ein weiteres Kreuzerschiff und noch einen Kreuzer mehr bauen würde. Goschen besprach sodann die neuen Flottenprogramme Frankreichs und Deutschlands. Er, Redner, ziehe es vor, anstatt ein Programm aufzustellen, zu beobachten, wie die Flottenverteidigungsmittel der andern Länder vorzugehen; England thue besser, mit jährlichen Voranschlägen vorzugehen, die auf denselben Grundgedanken, wie bisher, zu halten seien. Die großen Programme dürften England nicht beunruhigen, doch werde es Wachsamkeit und Aufmerksamkeit seitens Englands erfordern, gegenüber der Entwicklung der Seemacht nicht allein in Europa, sondern auch bei den Vereinigten Staaten und Japan auf der Höhe zu bleiben.

Die Ausführungen des Chefs des englischen Marine-Amtes sind in mehrfacher Hinsicht interessant. Zunächst erinnert er an die Haager Konferenz — das läßt sich an wie ein längst vergangenes Märchen aus uralten Tagen und hat sich doch erst vor einigen Monaten zugetragen.

Von aktueller Bedeutung ist dagegen, daß England zwar gewillt ist, jeden Fortgang in den Marinestellungen anderer Staaten durch eigene Leistungsmehrungen weit zu machen, daß es aber sich auf ein langfristiges Programm nicht einlassen will. Die englischen Marinepolitiker sind länger als unsre Tirpitz. Sie wissen, daß die rapide Entwicklung der Marinetechnik jeder Festlegung eines Plans auf lange Jahre spottet. Sie hüten sich auch, die Pläne, die sie haben, offen auf den Tisch zu legen, damit die Marinerivalen sich sofort darauf einrichten können. Endlich wissen sie auch, daß sich das englische Parlament eine derartige Einbuße des Starrechts, wie es jetzt dem deutschen Reichstag angefohnen wird, sicherlich nicht gefallen lassen würde. Die englische Regierung bleibt daher bei den jährlichen Voranschlägen.

Der deutsche Reichstag wird, wenn er sich über den 10jährigen Flottenplan schlüssig werden soll, gut thun, dies Verhalten der englischen Regierung und des englischen Parlaments sorgsam zu beachten.

Oesterreich-Ungarn.

Der Voerenkrieg im österreichischen Abgeordnetenhaus. Am Schluß der Montagssitzung wird der Schönerberger Wolf auf die Angaben hin, die in einigen an den Ministerpräsidenten gerichteten Interpellationen enthalten seien und denen zufolge die österreichische Regierung das englische Schaherhol in seinem Raubzug gegen das heldenmütige Volk der Voeren unterstütze. Es heiße, daß 2000 ungarische Pferde für Kriegszwecke ausgeführt, daß aus Brünn Uniformen geliefert und sogar für das österreichische Heer bestimmte Geschütze abgereitet worden seien. Redner ist überzeugt, daß nicht nur die Deutschen, sondern auch die slavischen Abgeordneten dieses Vorgehen einträchtig verurteilen würden; er verlangt daher, daß der Ministerpräsident oder der Landesverteidigungsminister in der nächsten Sitzung antworten und auf Ehrenwort versichern möge, ob diese flagranten Verletzung der Neutralität stattgefunden habe oder nicht.

Schweiz.

Bern, 26. Februar. (Fig. Ver.) Der außerordentliche Arbeitertag, der gestern hier auf Veranlassung des schweizerischen Arbeiterbundes behufs definitiver Stellungnahme gegenüber der Kranken- und Unfallversicherung stattfand, war von 511 Delegierten besucht, welche 245-577 Mitglieder (wovon, weil in mehreren Organisationen, viele doppelt und mehrfach gezählt, so daß die effektive Zahl nicht viel mehr als 100 000 betragen dürfte) vertraten. Scherrer-St. Gallen referierte in einem fünfständigen Vortrage, in welchem er warm für das Gesetz eintrat, indem er dessen Vorteile für die Arbeiterschaft im Vergleich zum jetzigen Zustande hervorhob, andererseits aber auch dessen Mängel nicht überließ; aber erstere überwiegen, so daß er eine Resolution in zustimmendem Sinne der Versammlung zur Annahme empfahl. Der katholische Abbot Dr. Feigenwinter-Wasel bekämpfte als Korreferent das Gesetz, teils aus prinzipiellen Gründen, teils wegen seiner Mängel, die für die Arbeiter eine Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes mit dem vorgeschlagenen Gesetz bedeuten würden. In der lebhaften Diskussion, die sich an die beiden Referate anschloß, traten für das Gesetz besonders lebhaft ein Seidel, Greulich, Büchholz, Albisser, Frau Billinger-Hüsch u. a., während von den Gegnern besonders der katholische Universitätsprofessor Dr. Led-Freiburg erwähnenswert ist. Schließlich wurde die Resolution, die von Scherrer-St. Gallen beantragt worden, mit 295 gegen 52 Stimmen angenommen.

Eine gruselige Anarchisten-Affäre. Aus Jürich wird berichtet: Die Genfer Anarchisten-Affäre Samaja-Goschen nimmt den vorausgehenden Verlauf. Die Anklage gegen Samaja und die ausländischen Anarchisten ist fallen gelassen, während drei Schweizer Bürger der Strafkammer überwiesen worden sind, die sie wahrscheinlich freispricht.

Rußland.

Rußland in Kleinasien. Die „Rossija“ bespricht in mehreren Leitartikeln das kürzlich vom Sultan erlassene Trakate bezüglich der Eisenbahnkonzeptionen an die russische Regierung. Bemerkenswert ist folgender Passus in einem dieser Artikel: „Ein Wild auf die Karte genügt zu der Ueberzeugung, daß das nördliche anatonische Eisenbahnenetz nicht an den Grenzen Armeniens stehen bleiben kann, sondern weiter nach Westen bis zu den Thoren — Konstantinopels geführt werden muß. Die Linie Kars—Erzerum findet ihre anatonische Verlängerung in einem Schienenweg nach

Sinas und Angora, von wo bereits bekanntlich eine Eisenbahn-Verbindung nach dem Bosporus existiert. Eine Eisenbahn, die fast in gerader Richtung von Osten nach Westen, von Erzerum über Sinas und Angora nach Konstantinopel geht, ist die natürliche Magistrale aller Wege, die sich von ihr nach Norden abzweigen und zu den Häfen der anatolischen Schwarzmeerküste, unter andern auch nach Sinope gehen können. Diese Linie darf in keinen andern Händen als den russischen sein, da sonst die Möglichkeit vorhanden wäre, daß im Schwarzem Meere eine andere Kriegsflagge erscheint als die russische und türkische. Dies wäre eine Perspektive, bei welcher sich kein patriotischer Russe beruhigen kann. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die weiße Kolonie unter Diplomaten, die sich in letzter Zeit durch so wichtige und erfolgreiche Schritte im nahen Orient dokumentiert hat, sich auch in der von uns behandelten Frage auf der Höhe ihrer Aufgabe zeigen wird. —

Amerika.

Nicaragua-Kanal. Eine offizielle Meldung berichtet, daß Mac Kinley und sein Kabinett den zwischen England und den Vereinigten Staaten durch den Staatssekretär Hay vereinbarten Vertrag, betr. den Bau des Nicaragua-Kanals, unterzeichnen und verteidigen werden. Sollte das Parlament ihn ablehnen, so würde die Regierung sich auf den früher abgeschlossenen Clayton-Bulwer-Vertrag stützen und England mitteilen, sie würden sich nicht mehr an den zwischen England und den Vereinigten Staaten, sowie den Staaten von Mittelamerika bestehenden Vertrag gebunden halten. —

Der Streik der Berliner Möbeltischler.

Die Drohungen, die die Holzindustriellen gegen die Tischlermeister in Anwendung bringen, haben bisher einen durchschlagenden Erfolg nicht erzielt. Eine große Anzahl der Tischlermeister haben sich dieser Bevormundung entzogen und fabrizieren weiter. Nicht sonderbar ist dabei, daß einige der Meister der Freien Vereinigung der Holzindustriellen in ihren Betrieben ruhig weiter arbeiten lassen, während sie die übrigen Meister, besonders die kleineren, zur Betriebsstillstellung zwingen. Wie so oft im wirtschaftlichen Leben zeigt sich auch hier wieder, wie das Kleinbürgertum von der Großindustrie genarrt wird. Die Großindustriellen wollen die günstige Nachfrage voll und raffiniert aus. Sie räumen ihre Lager, fabrizieren mit gesteigerter Kraft und werfen schließlich den Kleinmeistern nobel ein paar Tausend Mark hin, während sie sie in Wirklichkeit die größten Kostenden Streiks tragen lassen. In ihrem blinden Haß gegen die Arbeiter sehen die Kleinmeister nicht, daß sie von den Großen überdortelt werden. Dabei gehen einige in ihrem Eifer, sich den Herren von der Freien Vereinigung dienstbar zu machen, so weit, daß sie ihre Arbeiter aussperren, ohne daß diese irgend eine Forderung gestellt haben. Eine ganz treffliche Lehre für die Arbeiter, die an der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit glauben. Während die Tischlermeister schwänzelnd sind in der Heresfolge zu den Großindustriellen, scheinen die Präferenzen sich langsam zu erweisen. Die Zahl der Ausgesperrten nimmt hier fortgesetzt zu. Den Schaden haben wieder die Kleinmeister, die Großindustriellen haben ihre eigenen Maschinen in Betrieb. Die ganze Taktik der Unternehmer ist am besten geeignet, gegen diese Gewaltmaßregel selbst im eigenen Lager Anfechtung hervorzurufen. Diese Stimmung dürfte sich bald bemerkbar machen.

Ueber den Stand des Streiks wird berichtet, daß die Zahl der Ausgesperrten sich um 142 vermehrt hat. Vier Tischlermeister haben die Bewilligung der Forderungen angelehnt. Abgereist sind bis jetzt 840 Tischler. Die Streikleitung wird von morgen ab sämtliche Unverheiratete abreisen lassen. Im Ausstand stehen 6514 Tischler. In Weichensee sind 162 Tischler im Ausstand, davon sind 23 abgereist.

Die streikenden Holzarbeiter hielten am Dienstagvormittag wieder zwei ungemein stark besuchte Versammlungen ab. Der große Saal der Brauerei Friedrichshain war schon lange vor der feierlichen Zeit bis auf den letzten Platz gefüllt. Nachdem das Lokal polizeilich abgesperrt war, begaben sich die hier Zurückgewiesenen nach dem nahe gelegenen Schweizer-Garten, dem zweiten Versammlungsorte, welches auch bald vollständig besetzt wurde, während viele überhaupt keinen Einlaß mehr fanden. Ein starkes Aufgebot von Schutzleuten unter Führung von zwei Polizeileutenants war vor den Versammlungsorten und in einiger Entfernung von denselben zu sehen, ohne daß man jedoch irgend einen Grund für diese polizeiliche Nachstellung entdecken konnte. — In der Brauerei Friedrichshain referierte Maß über den Stand des Streiks. Er führte aus: So scharf auch die Unternehmer unter der Führung der Freien Vereinigung gegen die Streikenden zu Felde ziehen, so liege doch nicht die geringste Veranlassung vor, den Mut sinken zu lassen. In den Reihen der Unternehmer sei die Einigkeit bei weitem nicht so groß, wie die Herzen es hinanzustellen fügen. Die Räder, welche auf Kommando der Freien Vereinigung seit Montag still stehen sollten, gehen heute noch, so weit sie überhaupt gebraucht werden, und unter den Präferenzen, die ihre Betriebe nicht geschlossen haben, seien solche, die den betreffenden Beschluß mitgehört haben. Allerdings, die kleinen Betriebe seien durch das Vorgehen der Freien Vereinigung lahmgelegt. Sie würden später am eignen Leide erfahren, wie unbillig sie gehandelt haben, indem sie sich der Führung der Holzindustriellen anvertrauten. Die Führer der Unternehmer hätten ja ausgerechnet, daß die Massen des Holzarbeiter-Verbandes nicht lange zur Unterstützung des Streiks ausreichen würden. Daß die Rechnung der Unternehmer nicht stimmt, werde sich ja im weiteren Verlauf des Streiks zeigen, der so lange geführt werde, bis die Arbeiter den Sieg errungen haben. Das Schreiben der Scharmacher könne die Arbeiter nicht bewegen, auch nur einen Finger breit von ihren Forderungen abzulassen. (Lebhafte Beifall.) Die nachfolgende Diskussion ließ erkennen, daß die Hoffnung der Unternehmer, die Streikenden wandeln zu machen, nicht die geringste Aussicht auf Erfüllung hat. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung bedankten mehrere Redner, daß der Kampfgedult der Ausständigen noch ungebrochen sei, und auch nicht nachlassen werde, ehe der Sieg errungen sei. Ein Redner bemerkte, wenn die Freie Vereinigung jetzt mit Hilfe der bürgerlichen Presse die öffentliche Meinung bearbeiten wolle, so sei wohl der Hinweis angebracht, daß die Freie Vereinigung schon 14 Tage früher, als die Arbeiter ihre Forderungen gestellt haben, den Beschluß faßte, jede Forderung der Weissen unbedingt abzulehnen. Ein Beweis, daß es sich nicht um Unzufriedenheit über erfüllbare Forderungen, sondern um eine Kraftprobe des Unternehmertums handele. — Mit einem brausenden Hoch auf den Sieg der Bewegung endete die imposante Versammlung. Die andere Versammlung, die im Schweizer-Garten tagte, nahm im wesentlichen denselben Verlauf.

Vom **Gewerbegericht** werden Versuche unternommen, eine Einigung herbeizuführen. An den Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes ist die Einladung ergangen, am Donnerstag zur Rücksprache auf dem Gewerbegericht zu erscheinen.

Die **Drechsler** sind, wie in einer am Dienstagabend abgehaltenen Branchenversammlung berichtet wurde, in einer Anzahl von 230—250 teils in Tischlerwerkstätten, teils in Holzwerkstätten, wo keine Forderungen gestellt wurden, auf Betreiben der Freien Vereinigung der Holzindustriellen ausgesperrt. Die einmütige Ansicht der Versammlung ging dahin, daß es noch sehr zweifelhaft sei, ob die Mehrzahl der Drechslermeister den Lockungen der Holzindustriellen folgen und 20 Proz. der Arbeiter aussperren würden. Aber selbst, wenn die Aussperrung durchgeführt werden sollte, so würden die Unternehmer ihre Absicht, den Holzarbeiter-Verband lahm zu legen, nicht erreichen. Auch die Drechsler würden den Kampf ohne Zurück aufnehmen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bauarbeiter! Der Bau Vohlschke, Firma Franke, ist vom heutigen Datum bis auf weiteres wegen Lohn Differenzen gesperrt. Die Lohnkommission.

Achtung, Kleber (Tapezierer)! Laut Beschluß der Versammlung, die am 26. Februar stattfand, haben die Kollegen, welche in Arbeit stehen, 50 Pf. pro Tag, vom Tage des Beschlusses an, als Streikbeitrag zu zahlen. Es ist Pflicht aller Kollegen, diesem Beschluß nachzukommen. Die Lohnkommission.

In der Holzbearbeitungsfabrik von Meher, Küstriner Platz, macht sich unangelegentlich die Beschäftigung ungelübter Arbeiter durch wiederholte Unfälle bemerkbar. Vor kurzem ist abermals einem Arbeiter ein Unfall zugefallen, durch den er zwei Finger der linken Hand einbüßte. Der Unternehmer mag die Genußnahme haben, trotz der Sperrung, die über seine Fabrik verhängt ist, seinen Betrieb aufrecht zu erhalten. Unter welchen Umständen es geschieht, das beweisen die oft sich wiederholenden Unfälle, die bei einer geübten Arbeiterschaft nicht vorkommen. Allerdings, wie der Unternehmer seinen Zweck erreicht, darüber entstehen bei ihm nie Bedenken.

Friedrichshagen. Die Tischlerei von August Wasedow ist gesperrt, weil der Tarif nicht bewilligt wurde. Die Tischler werden gebeten, dies zu beachten. Der Holzarbeiter-Verband.

Deutsches Reich.

Auf dem Kaiserneubau und dem Eisenbahnbetriebsamt in Halle sind Differenzen mit den Mauern und Bauarbeitern ausgebrochen. Ueber beide Bauten ist die Sperrung verhängt. Es kommen 300 Maurer und ca. 50 Bauarbeiter in Betracht. Zugung ist fernzuhalten.

Aus Neurode in Schlesien wird uns geschrieben: Die Belegschaft der Rubengrube hat an die Direktion der Magnischen Kohlen- und Thonwerke folgende Forderungen gerichtet: 1. Häuser, die nicht im Gedinge, oder deren Gedinge derart steht, daß sie sich nicht vorarbeiten können, erhalten einen Mindestlohn von 2,50 M. 2. Allwöchentlich ist ein Zuschlag zu zahlen, und zwar für Häuser 2 M. und für Schlepper 1,50 M. pro Schicht. 3. Abzweigung der Zimmerarbeiten vom Ortsgedinge. 4. Das nötige Holz wird von der Gewerkschaft geschmitten und in die Grube geliefert. 5. Verabreichung von mehr und besserer Deputat-Kohle.

Die Grube gehört dem im Wahlkreis Reichenbach-Neurode gewählten Reichstags-Abgeordneten Grafen Magnis. Wie sich die Direktion der gräflichen Werke zu den gewiß sehr bedeutsamen Forderungen der Bergleute stellen wird, ist noch nicht bekannt.

Der Streik der Zinkhüttenleute in Chropaczow (Oberschlesien) wurde am 24. d. M. in einer Verhandlung zwischen Vertretern der Arbeiter und dem Repräsentanten der Hütte, Bergart-Löbe in Königsbrunn, beigelegt. Löbe versprach den Arbeitern Herabsetzung der Miete in den herrschaftlichen Wohnhäusern, die Beschaffung billigerer und besserer Kohlen und eine Erhöhung der Löhne. Der Streik ist damit zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Wegen Verleumdung hatte sich Genosse Kallas vor dem Landgericht in Plauen i. V. zu verantworten. Kallas war beschuldigt, in einer Gewerkschaftsversammlung den Bürgermeister von Plauen beleidigt zu haben. Er hatte von Mitgliedern im Saalgehörte geäußert und hierbei unter anderem gesagt, daß in dieser Hinsicht manches „verloren“ sei. Nach diesem Wort hatte ihn der überwachende Beamte das Wort entzogen. Die Anklage behauptet, daß Kallas das Wort auf die Justiz in Plauen bezogen, wie die zwei überwachenden Beamten bezeugen. Kallas bestritt das, wenn man ihn hätte weiter sprechen lassen, hätte er das auch ausdrücklich gesagt. Kallas wurde zu vier Wochen Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt.

Die organisierten Textilarbeiter der Düsseldorf-Firma Herzfeld & Söhne besaßen in einer am Samstagabend abgehaltenen Versammlung, am nächsten Sonntag die Kündigung einzurufen, wenn, was nach Lage der Sache anzunehmen ist, die Firma die gestellten Forderungen nicht bewilligt. Zu den bereits mitgeteilten Forderungen haben die Arbeiter noch diejenige der Anerkennung der Arbeiter-Organisation durch die Firma hinzugefügt. Es handelt sich um rund 100 Textilarbeiter, weshalb die auswärtigen Drucker, Färber, Spinner, Weber etc., jeden Zug nach Düsseldorf streng fernhalten wollen.

Sociales.

Produktionsstatistik. Die vom Reichsamt des Innern veranstalteten Produktionsüberhebungen auf das Jahr 1897 sind in einer großen Reihe von Industriezweigen jetzt abgeschlossen und die Ergebnisse liegen vollständig vor. Eine Veröffentlichung der Einzelergebnisse hält das Reichsamt des Innern auf Wunsch der Unternehmer noch zurück, dagegen giebt es wenigstens einige Gesamtzahlen; zunächst aus der Textilindustrie.

Danach wurden im Jahre 1897 in der Spinnerei an Halbfabrikaten erzeugt 524 070 950 Kilogramm im Verkaufswerte von 895 344 204 M. Ganzfabrikate (Baß, Häkel- und Strickwaren sowie Seilenwaren) 35 565 092 Kilogramm im Werte von 74 024 570 M. In Webwaren, deren Mengen nicht insgesamt angegeben werden, betrug der Wert der Produktion 1 539 746 813 M. und in Foliamenten, Wirkwaren, Stickerien und Reifabrikaten 300 829 991 M.

Der Gesamtwert der erzeugten Ganzfabrikate betrug demnach 1014,6 Millionen Mark, worin jedoch die Wertverhöhung nicht enthalten ist, die die Fabrikate durch Veredelung in selbständigen Veredelungsbetrieben (Weichereien, Färbereien, Druckerien, Appreturanstalten) erfahren haben. Einschließlich dieser Wertverhöhung sowie des noch nicht erfolgten Leis der Hausweberei glaubt das Reichsamt des Innern den Gesamtwert der Ganzfabrikate der Textilindustrie auf mehr als 2 Milliarden Mark ansetzen zu dürfen.

Der volle Wert einer solchen Statistik kann natürlich erst hervortreten, wenn sie periodisch fortgesetzt wird, so daß man an den Zahlen eine Entwicklung beobachten kann.

Kinderschutz. Gegen die erwerbsmäßige Beschäftigung schulpflichtiger Kinder hat die Polizeidirektion in Göttingen mit Zustimmung des Magistrats eine Polizeiverordnung erlassen, welche die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in gewerblichen Betrieben in der Zeit von 7 Uhr bezw. 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens verbietet. Es sollen hiermit insbesondere diejenigen Fälle getroffen werden, in denen die Kinder zum Vorausstragen, Regelanfertigen und ähnlichen Beschäftigungen in frühster Morgen- oder später Abendstunde verwendet werden. Uebertretungen dieser Verordnung seitens der Eltern und Arbeitgeber sollen mit Geldstrafe bis zu 30 M. geahndet werden.

Cronje hat sich ergeben!

Das ist die Siegesnachricht, die am Dienstag die frohlockenden Engländer der mit Spannung nach dem Kriegsschauplatz blickenden Reichsheit hinaustelegraphieren konnten. Der heldenmütige, länger als acht Tage währende Widerstand der kleinen Boerenarmee mußte den englischen Heeresmassen gegenüber erlahmen. Am Dienstagvormittag konnte das Londoner Kriegsamt das Folgende bekannt machen:

Lord Roberts meldet aus Paardeberg vom 27. d. M. 7 Uhr 45 Min. morgens: **Cronje** hat heute morgen bei Tagesanbruch mit allen seinen Truppen bedingungslos kapituliert. Cronje ist jetzt Gefangener in meinem Lager. Der Effektivebestand seiner Truppen wird später mitgeteilt werden. Ich hoffe, daß die Regierung Ihrer Majestät das Ereignis, welches sich am Jahrestage der Schlacht am Majuba ereignete, als ein befriedigendes ansehen werde.

Diese Hoffnung hat sich denn auch erfüllt. Die Königin drückte Lord Roberts in einem Telegramm ihre Glückwünsche aus. Telegramme aus allen Teilen Englands geben der Freude über das Ereignis Ausdruck. Der Eindruck der Nachricht ist der einer ungemessenen Erleichterung. Die Bevölkerung begrüßt sie mit größter Begeisterung und die Gemüthsstimmung über die Uebergabe ist um so vollständiger, als sie am Majubatage sich vollzog.

Vor der Wohnung des Lord Major und vor dem Kriegsamt veranstaltete die Volksmenge Kundgebungen. Es herrscht die Ansicht, daß der Erfolg des Lord Roberts sehr das Gelingen anderer Operationen der Engländer begünstigen werde.

So wird aus London berichtet. Die Engländer haben denn auch guten Grund, sich dieses Sieges zu freuen, der das schließliche vollständige Besiegen der Boerenrepubliken um vieles wahrscheinlicher macht.

Es ist ja möglich, daß Cronje seinem Lande dadurch genützt hat, daß er die in den Orange-Freistaat eingedrungenen englische Armee so lange am weiteren Vormarsch hinderte und dadurch den Boeren im Lande Zeit gab, Verteidigungsmaßregeln zu treffen. Aber sehr wahrscheinlich ist diese Möglichkeit nicht. Wenn die Kriegsführung der Boeren in der Lage gewesen wäre, nennenswerte Truppenteile aufzubringen, ohne die bei Ladysmith und im Norden der Kapkolonie stehenden Armeen allzu sehr zu schwächen, dann hätte sie es jedenfalls gethan, um dem eingeschlossenen Cronje zu helfen, sich aus der Umklammerung zu befreien. Da jedoch die eingeschlossene Armee ihrem Schicksal überlassen wurde, darf man annehmen, daß sich dem Vormarsch Roberts auf Bloemfontein nicht allzu viele Hindernisse entgegenstellen werden — vorausgesetzt, daß die Armeen bei Ladysmith und im Norden der Kapkolonie vorläufig in ihren jetzigen Stellungen belassen werden. Nicht man dagegen die eine oder andre dieser Armeen in den Orange-Freistaat zurück, Ladysmith oder die Position an der Südgrenze des Freistaats preisgebend, dann kann es noch zu sehr heftigen Zusammenstößen, zuerst wohl mit der Roberts'schen Armee, kommen. Welche Konsequenzen sich aus einer solchen vollständigen Veränderung der Situation auf dem Kriegstheater ergeben würden, das vorauszuweisen und vorauszusagen ist wohl heute niemand in der Lage. Niemand wird freilich auch mehr bestreiten mögen, daß sich durch die Gefangennahme von Cronjes Armee die Siegesaussichten der Boeren verschlechtert haben.

Oder ob die Engländer nun, nach diesem offensibaren Erfolg, glauben werden, ihrem Ruhm genug gethan zu haben, um an den Frieden denken zu können? In Wiener diplomatischen Kreisen soll nach dem Einlaufen der Siegesnachricht das Gerücht verbreitet gewesen sein, daß, nachdem die Engländer durch die Gefangennahme Cronjes einen entscheidenden Erfolg erzielt haben, die Großmächte ernstlich Vermittlungsversuche in London unternommen werden und diesbezüglich bereits einleitende Schritte unternommen haben.

Zur Gefangennahme der Armee Cronjes

gehen in später Abendstunde noch folgende Meldungen ein:

London, 27. Februar. Eine heute Vormittag 11 Uhr ausgegebene Depesche des Feldmarschalls Lord Roberts berichtet: Die Gefangenen zählen ungefähr dreitausend Mann. Cronje wird nach Kapstadt gesandt.

London, 27. Februar. Ein weiteres Telegramm des Generals Roberts von heute besagt: Die gefangenen Boeren zählen etwa 4000, hiervon sind 1150 Freistaat-Boeren, der Rest Transvaal-Boeren. Von den Offizieren sind 29 Transvaaler und 18 Freistaater. In Gefangen sind: drei 75 Centimeter Krupp-Geschütze, neun Einpfünder, ein Maximgeschütz aus Transvaal und ein Krupp- und ein Maximgeschütz aus dem Orange-Freistaat. Das Kriegsamt veröffentlicht eine Verlustliste, derzufolge die bei Paardeberg Verwundeten 740 Mann betragen, und eine Ergänzungsliste, nach der sich die Zahl der verwundeten Offiziere um sechs erhöht.

Im Unterhaus kam die Siegesdepesche zur Verlesung. Der Ire William Redmond ruft aus: „Dreitausend Boeren gefangen genommen von vierzigtausend Engländern, wels' glorreicher Sieg.“ (Gelächter.)

Geringe Friedensaussichten.

New-York, 27. Februar. Der frühere Generalkonsul von Transvaal in London, Montagu White, sagte gestern in einer Unterredung mit einem Berichterstatter: Mit der Gefangennahme des Generals Cronje würde der Krieg noch nicht zu Ende sein. Der Krieg wird erst mit dem Fall Pretorias enden. Die Aussichten auf eine Intervention sind nicht günstig. Ich glaube nicht, daß in dieser Hinsicht in Europa etwas zu erhoffen ist, so lange nicht Anzahn eingreift, was aber nicht wahrscheinlich ist. Als einzige Hoffnung bleibt noch das Vorgehen der Vereinigten Staaten. Wenn diese entschieden Stellung nähmen, würde der Krieg in vierzehn Tagen zu Ende sein, denn England braucht die Vereinigten Staaten.

Die Stimmung in England.

London, 27. Februar. Das „Neuerische Bureau“ meldet: Die Nation hat den Erfolg des Feldmarschalls Roberts sehr ruhig aufgenommen. Nach den ersten Kundgebungen der Verleumdung kam es zu keinen weiteren Zeichen der Freude, wie Kundsteden von Flaggen oder Illuminieren der Häuser. In der That ist das vorherrschende Gefühl das der Befriedigung, nicht der Ueberhebung. Es wird vollkommen anerkannt, daß der Feldzug erst begonnen hat, wenn auch dieser Erfolg wesentlichen Einfluß auf das Ergebnis des ganzen Feldzuges haben kann.

Zur Ueberhebung liegt in der That auch gar keine Veranlassung vor.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stettin, 27. Februar. (W. L. V.) Der Dampfer „Christian“ der Reederei Rudolf Christian Gröbel ist gestern abend 11 Uhr bei Stubbenkammer auf Rügen gestrandet. Die Lage der Mannschaft ist sehr gefährdet. Ein Teil derselben verfuhrte, in einem Boot das Land zu erreichen; das Boot kenterte jedoch. Die Leute erreichten schwimmend das Land. Mehr Mann sind noch an Bord. Rettungsmannschaften sind zur Unfallstelle abgegangen.

Bremen, 27. Februar. (W. L. V.) Die Rettungsstation Grohendorf der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 27. Februar von dem bei Ceynowa, Halbinsel Dela, gestrandeten deutschen Dampfer „Ant“, Kapitän Wulf, elf Personen durch den Raketenapparat der Station gerettet.

Frankfurt a. M., 27. Februar. (W. L. V.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus St. Johann (Saar): Infolge heftigen Aufstehens der Förderschale erlitten in der Grube „Heinrich“ elf Bergleute Erschütterungen und Verletzungen. Es sind bedeutend Verletzte wurden ins Lazarett gebracht.

Frankfurt a. M., 27. Februar. (W. L. V.) Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Weisfel telegraphiert: Der heutige Ministerrat, die Regierung und die Stadtvertretung bewilligten nunmehr im Prinzip den Plan einer Brüsseler Weltausstellung für 1905 zur Feier der 75jährigen Unabhängigkeit des Landes.

Dresden, 27. Februar. (W. L. V.) Der kirchliche Dichter Professor Dr. Albert Röver ist heute früh gestorben.

Heidenau, 27. Februar. (W. L. V.) Der 25jährige Beamte des Reichsministeriums Häbler stürzte von der Kaspel ab und war sofort tot.

Nyköping auf Seeland, 27. Februar. (W. L. V.) Der deutsche Fischerdampfer „Eibe“ aus Altona ist gestern auf Seelands-Nes gestrandet. Es ist ein Vergütungskontrakt abgeschlossen, nach welchem das Schiff nach Kopenhagen gebracht werden soll. Eibers Vergütungs-dampfer „Hertha“ sowie ein deutscher Fischerdampfer leisten Unterstützung. Der Kapitän und 9 Mann der Besatzung sind ans Land gebracht worden. Die See bricht über das Schiff, welches wahrscheinlich mit Wasser gefüllt ist.

Reichstag.

155. Sitzung vom 27. Februar 1900, 1 Uhr.

Von Bundesratlich: v. Söfler.

Die zweite Beratung des Militär-Etats wird bei den „Einmaligen Ausgaben“ fortgesetzt.

Für Neubau einer Kaserne nebst Zubehör für eine fahrende Abteilung Feldartillerie nebst Regimentsstab in Austra in werden als erste Rate (für Entwurf und zum Baubeginn) 200 000 Mark gefordert.

Die Kommission beantragt, diesen Posten zu streichen.

Die Abg. Wälfing (natl.), v. Levetzow (L.) und Genossen und Eichhoff und Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) beantragen entgegen dem Beschluß der Kommission, die Position unverändert zu bewilligen.

Nach unweilendlicher Diskussion wird die Position mit großer Mehrheit bewilligt.

Für Neubau und Ausstattung einer evangelischen Garnison-Litche in Breslau werden 90 000 M. gefordert. Die Kommission beantragt Streichung dieser Position. Das Haus beschließt demgemäß.

Für Neu- und Ergänzungsbauten zur Verbesserung der Unterkunft für vier Eskadrons, sowie Neubau eines Garnisonverwaltungs-Dienstgebäudes in Bruchsal werden als erste Rate 300 000 M. gefordert.

Die Kommission beantragt nur als zweite Rate für Entwurf 15 000 M. zu bewilligen.

Das Haus beschließt ohne Debatte demgemäß.

Zur Verbilligung der wichtigeren Festungsanlagen werden 20 Millionen verlangt.

Abg. Gröber (C.):

Die für diesen Zweck geforderte Summe hat sich von Jahr zu Jahr erhöht. Quers wurden 2 1/2, dann 6, im nächsten Jahre 10 Millionen und nun wird gleich die doppelte Summe von 20 Millionen gefordert. Es wäre doch wünschenswert, daß der Herr Kriegsminister näheres darüber äußerte, ob eine Summe von solcher Höhe für diesen Zweck nötig ist. Der Herr Kriegsminister hat in der Kommission keine bestimmte Zusicherung abgegeben, daß diese Forderung sich nicht wiederholen wird. Eine solche Zusicherung müssen wir aber verlangen. In Kalienkreisen hört man doch oft die Behauptung, daß die Bedeutung der Festungen heutzutage abgenommen hat. Außerdem soll doch unsere Stärke auf dem Wasser liegen und da können wir natürlich für die Landesbefestigung nur das Allernotwendigste bewilligen. Zudem stehen auch unsere Reichsfinanzen nicht allzu günstig. Dieses alles rechtfertigt wohl die Anfrage an den Kriegsminister, ob die geforderte Summe in dieser Höhe durchaus notwendig ist.

Kriegsminister von Söfler:

Auf die Anfrage des Vorredners kann ich erwidern, daß wir hauptsächlich infolge der Entwicklung der allgemeinen Verhältnisse in Deutschland dazu gezwungen sind, auf einzelne Festungen im früheren Sinne zu verzichten und Festungen zu schaffen, die einen ganzen Landstrich bedecken. Auch die Erfahrungen des Boerenskriegs haben bewiesen, daß eine gut ausgewählte ausgedehntere befestigte Stellung am besten geeignet ist, eine größere Invasion aufzuhalten. Was die Höhe der Summe anlangt, so kann ich ohne weiteres die Zusicherung geben, daß sich eine Forderung in dieser Höhe nicht wiederholen wird. Ich bitte Sie dringend, die Forderung für dieses Jahr zu bewilligen.

Die Position wird bewilligt. Damit sind die „Einmaligen Ausgaben“ erledigt.

Die Einmaligen werden demgemäß genehmigt.

Die Kommission schlägt drei Resolutionen zur Annahme vor:

1. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß den Soldaten keinerlei Vorbehalt darüber gegeben wird, in welcher Sprache sie berichten sollen und daß keinerlei Untersuchung darüber stattfindet, in welcher Sprache sie berichten.
2. Den Herrn Reichsminister zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Stabschreiber in die Servistasse der Feldwebel versetzt werden;
3. Den Herrn Reichsminister zu ersuchen, zu erwägen, ob sich nicht im Interesse der Aufrechterhaltung der Jucht von geeigneten Remontepferden eine Erhöhung der Remonte-Ankaufpreise empfiehlt.

Die Resolutionen werden demgemäß genehmigt.

Damit ist die Beratung des Militär-Etats erledigt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bestrafung der Entziehung elektrischer Arbeit.

Der Gesetzentwurf soll eine Lücke in dem Strafgesetzbuch ausfüllen. Die rechtswidrige Inneigung fremder elektrischer Energie ist nämlich nach dem bestehenden Rechte straflos. Das Reichsgericht hat die Bestimmungen über Diebstahl für solche Fälle für unanwendbar erklärt, weil diese die Körperlichkeit der gestohlenen Sache voraussetzen, diese Voraussetzung aber hinsichtlich der elektrischen Energie nicht zutrifft.

Der Gesetzentwurf droht Gefängnisstrafe ohne Begrenzung nach unten oder oben und Geldstrafe bis 1500 M. an oder eine dieser beiden Strafen. Neben Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Der Versuch ist strafbar. Mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bis 1000 M. kann bestraft werden, wer die Entziehung elektrischer Arbeit in der Absicht begangen hat, einem anderen rechtswidrig Schaden zuzufügen.

Abg. Dr. Eise (natl.) ist mit der Vorlage einverstanden und beantragt eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.) bedauert, daß die Frage im Wege eines Specialgesetzes gelöst worden sei, ist aber mit der Tendenz einverstanden. Der Ausdruck „elektrische Arbeit“ werde besser durch „elektrische Energie“ ersetzt.

Abg. Gröber (C.) meint, das Reichsgericht habe eine sehr günstige Entscheidung gefällt, man hätte ruhig Diebstahl annehmen können. Gegen die Vorlage sei aber nicht viel einzuwenden.

Abg. Stadthagen (Soz.)

benämelt Inklarheiten, die durch die Wahl der Ausdrücke im Gesetzentwurf entstanden seien. Im unglücklichsten sei der Ausdruck „elektrische Arbeit“. Wenn Diebstahl sollte nur die gewinnmüchtige Absicht bestraft werden. Hier, wo es sich um eine neue Art des Diebstahls handelt, sollte man endlich zu dieser grundsätzlichen Auffassung übergehen. Wichtiger wie der Schutz der elektrischen Arbeit sei der Schutz der menschlichen Arbeit, überhaupt besonders der Schutz der Arbeit des Arbeiters. Da man schon einmal ein Specialgesetz gemacht habe, dürfte es nach dieser Richtung angefaßt werden. In der Kommission werde diese Ausgestaltung hoffentlich gelingen. (Lachen.) So werde man hoffentlich dazu kommen, endlich einmal die schwarzen Listen zu verbieten, die den Arbeiter von Ort zu Ort hegen. Damit schließt die Diskussion.

Die Vorlage wird einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die Beratung von Petitionen.

Eine Petition betr. Erhöhung des Zolls auf Buchdruckmaschinen wird gemäß dem Antrag der Kommission dem Reichsminister als Material überwiesen.

Eine Reihe von Petitionen verlangen Änderungen des Krankerversicherungs-Gesetzes (freie Arztwahl). Die Kommission beantragt durch den Verleserhatter Abg. Tuhauer (Soz.) Überweisung als Material an den Herrn Reichsminister. Das Haus beschließt demgemäß.

Ebenso werden die Petitionen betreffend Regelung des Grundstücks- und Hypothekendarlehnens dem Kommissionsbeschlusse gemäß dem Reichsminister als Material überwiesen.

Weiter liegen Petitionen vor betreffend Änderungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs (Familienrecht). Die Kommission beantragt Überweisung zur Tagesordnung. Es wird ohne Debatte demgemäß beschloffen.

Eine weitere Petition betreffend die Kommunalbesteuerung der Konsumvereine beantragt die Kommission durch Überweisung zur Tagesordnung zu erledigen. Die Abg. Albrecht und Genossen beantragen, die Petition dem Reichsminister zur Verlesung zu überweisen.

Abg. Wurm (Soz.):

Es könnte scheinen, als ob die Diskussion über die Umsatzsteuer für Konsumvereine gerade jetzt, wo in Preußen die Warenhaus-Steuer erlassen werden soll, keinen Zweck hätte, aber ich glaube, daß die Begründung, die die Warenhaus-Steuer erfahren hat, und die offenerhellige Erklärung des Centrums und der Konservativen, daß sie mit einer solchen Steuer eine Eröffnung der Konsumvereine und großen Warenhäuser bezwecken, uns den Beweis erleichtern wird, daß die bestehende Konsumsteuer eine ungeschickte ist, daß sie als Eröffnungsteuer im Widerspruch mit der Verfassung, mit der Reichs-Gewerbe-Ordnung steht. Als am 12. Mai 1898 die sächsische Regierung eine Verordnung erließ, welche den Gemeinden die Einführung einer Umsatzsteuer für Konsumvereine gestattete, machten 28 von 40 Gemeinden davon Gebrauch. Daraufhin haben die Konsumvereine protestiert, indem sie behaupteten, daß die geplante Umsatzsteuer nicht nur gegen landesrechtliche Bestimmungen, sondern auch gegen das Reichsrecht verstoße. Darauf erschien eine neue Ministerialverordnung vom 6. Mai 1897, welche die Umsatzsteuer für anwendbar erklärte nur auf Großbetriebe in der Lebensmittel- u. w. und Detailhandelsbranche und weiter bestimmte, daß eine Umsatzsteuer von 2 Proz. nicht überschritten werden dürfe. Durch dieses neue Regulatorium wurde aber nur scheinbar der Gerechtigkeit Genüge geleistet, indem man scheinbar nicht nur die Konsumvereine treffen wollte. In Wirklichkeit sind aber ausschließlich Konsumvereine von dieser Steuer getroffen worden. Nur zwei oder drei andere Betriebe. Während nun die preussische Regierung in ihrer Begründung anerkennt, daß man erst bei einem Umsatz von 500 000 M. mit einer solchen Steuer vorgehen könnte, wenn nicht die Eröffnung des Betriebes die Folge sein sollte, werden in Sachsen Umsatze von 2 Proz. auf Betriebe mit 50 000, 60 000 und 75 000 M. Umsatz erhoben. Diese Umsatzsteuer bedeutet also in der That nichts anderes als eine Eröffnung der Betriebe, denn es handelt sich hier nur um Kleinbetriebe. Gewerbedirektor Burckhardt erklärte noch 1898, daß eine Steuer, welche verhinderte, daß die großen Geschäfte noch größer werden, und die den kleinen Betrieben Licht geben will, höchstens Sache des Fein sein könne. Die Herren wollen den Mittelstand mit einer solchen Umsatzsteuer gegen die Konkurrenz der Konsumvereine schützen. Aber warum geht man denn nicht gegen die Großgrundbesitzer, die Herren Junker, gegen die Herren von der Großindustrie, wie Summ, Krupp usw. mit solchen Maßregeln vor? Gerade die Herren der freikonservativen und konservativen Partei, die diesen Kreisen angehören, die am meisten dem Mittelstand schaden, wollen immer Mittelstandsbreiterei treiben und zwar auf Kosten der ärmeren Bevölkerung. Man spricht immer von den großen Konsumvereinen. Gehört nicht es auch solche, z. B. die Konsumvereine in Dresden und Leipzig. Sind das aber großkapitalistische Vereinigungen? Großkapitalistische Vereinigungen sind doch nur solche, bei denen sich ein oder mehrere Großproduzenten der Mehrwert aneignen, der von fremden Leuten erworben wird. Ein Konsumverein dagegen ist die Vereinigung von einer Anzahl kleinerer Leute, die mit geringen Anteilen sich an einem Unternehmen beteiligen, das weiter nichts thut, als ihnen am Ende des Jahres die Ueberreste zurückzahlt. Wenn einer seiner Genossen ein bestimmtes Geschäftsgeld gibt und am Ende des Jahres den Ueberrest sich wiedergeben läßt, so wird es niemand einfallen, zu sagen, diese Summe ist eine neue Quelle der Gewinne, sie muß versteuert werden. Die Dividende des Konsumvereins ist doch nicht zu vergleichen mit der Dividende einer Aktiengesellschaft. Sie ist nichts anderes als die Rückzahlung der für die Waren zu viel gezahlten Beträge und kann nicht als ein Sondergewinn mit einer besonderen Steuer belegt werden. Das ist eine Ungerechtigkeit, die absolut unvereinbar ist mit dem Grundsatze der Gleichberechtigung. Uebrigens sind in den Konsumvereinen nicht bloß Arbeiter vertreten, sondern auch eine große Menge Handwerker, für die die Herren Mittelstandspolitiker ja doch Bedenken setzen wollen. In den Notizen zum Warenhaussteuer-Gesetzentwurf wird angegeben, daß 2 Proz. schon anzureichend hoch gegriffen sei. Da handelt es sich um Betriebe, die einen Umsatz von 500 000 M. mindestens haben. Es heißt in den Notizen: Eine höhere Umsatzsteuer würde den Charakter einer nicht statthabenden Prohibitivsteuer annehmen. Thatsächlich werden die Konsumvereine, die einen weit geringeren Umsatz haben, in Sachsen mit 2 Proz. Umsatzsteuer belegt. Dieser Gewinn, den die Konsumvereine erzielen, fließt doch auch nicht den einzelnen zu, sondern verteilt sich in Zahlungen von Dividenden. Und wenn die Konsumvereine größer werden, wächst doch nicht der Profit in demselben Maße für den einzelnen, wie wenn ein Privatmann seinen Betrieb vergrößert, da doch auch die Zahl der Mitglieder des Vereins entsprechend steigen muß. Wenn es nach den Herren ginge, die für die Warenhaussteuer sind, würde man kurzen Prozeß machen und die Steuer so gestalten — Herr Wurm hat es ja gethan im Abgeordnetenhause gesagt — daß die Konsumvereine überhaupt nicht bestehen könnten. Andererseits wird doch angegeben, daß die Konsumvereine außerordentlich nützlich für die Arbeiter wären. In dem Bericht des bairischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten wird gesagt, aber die hohen Lebensmittelpreise usw. und gesagt, es wäre unter den bestehenden Verhältnissen zu begünstigen, wenn die Arbeiter-Konsumvereine eine weitere Ausbreitung erfahren würden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich halte diese Besteuerung juristisch für unhaltbar, daß sie wirtschaftlich verheerend ist, wird ja nicht bloß von uns, sondern auch von anderer Seite behauptet. Allerdings seitdem wir Sozialdemokraten uns um die Konsumvereine kümmern, sind sie ja für gewisse Leute ein ganz besonderer Gegenstand des Hasses. Man behauptet sogar, von diesen Vereinen aus werde die sozialdemokratische Agitation betrieben. Wenn diese Vereine sich aber wirklich politisch betätigen würden, so würde das Genossenschaftsgesetz die Möglichkeit sofortigen Einschreitens bieten. Die Vereine könnten sofort verboten werden. Aber es ist noch in keinem einzigen Falle auch nur der Versuch dazu gemacht worden. Wir als politische Partei haben eben ganz und gar nichts mit den Konsumvereinen zu thun; daß natürlich trotzdem die Mitglieder zum größten Teil Sozialdemokraten sind, liegt einfach daran, daß die Arbeiter, soweit sie sich um ihre Lebenslage kümmern, Sozialdemokraten sind. — Nach einem Bericht über die sächsischen Konsumvereine haben diese im letzten Berichtsjahre 44 1/2 Millionen Mark Umsatz gemacht und konnten 5 1/2 Millionen den Mitgliedern als Ersparnis überweisen. Sonst wirft man der Sozialdemokratie immer vor, daß sie die Arbeiter am Sparen verhindern wolle, und hier erklärt man Maßnahmen, durch die das Sparen den Leuten unmöglich gemacht wird. Uebrigens haben die sächsischen Konsumvereine im vorletzten Jahre ohne die sächsische Konsumvereine von Gewinn als Gewerbesteuer bezahlt, ich betone dies besonders gegenüber der vielfach verbreiteten Meinung, als ob die Konsumvereine keine Steuern zahlten. — Wir müssen also ganz entschieden Protest einlegen gegen jede weitere Besteuerung der Konsumvereine. Wir sind weit davon entfernt zu glauben, daß eine durchgreifende Forderung der bestehenden Gesellschafts-

ordnung mit Hilfe der Konsumvereine allein erzielt werden kann, sie sind wirtschaftliche Bestrebungen, in engen Grenzen, die an der Gesamtlage der Arbeiter nichts ändern, aber innerhalb der gegebenen Verhältnisse sind sie nützliche, wohlthätige Einrichtungen, die nicht den Nebengegenstand von Wohlthaten haben, sondern aus der eigenen Kraft der Arbeiter heraus entstehen. Dasselbe Genossenschaftsprinzip, das die Herren Agrarier auf ihrem Gebiete für sehr wichtig halten, wollen sie belämpfen, wenn es sich die Arbeiter zu Ruhe machen, um ihre Lebenslage zu heben. Das ist die Politik des zweierlei Maßes, das die sächsischen Herren schon von der Gerichtsbehörde attestiert bekommen haben. Diese Politik kann den Respekt nicht erhöhen, sondern muß die Erbitterung in den Arbeitern bis zum Ueberlaufen steigern. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sächs. Bevollmächtigter Geh. Rath Fischer:

Die Bemerkung des Vorredners, daß den Sachsen das Meinen mit zweierlei Maß gerichtlich beschönigt, war nicht glücklich, nachdem doch zwei Gerichte anders entschieden haben, als das Berliner Gericht, das sich gegen das sächsische Oberlandesgericht gewendet hat. Auch die übrigen Angriffe des Vorredners gegen meine Regierung sind grundlos. Die sächsische Regierung denkt in der That nicht an die Eröffnung der Konsumvereine, sondern will nur einen Ausgleich zwischen Groß- und Kleinbetrieb herbeiführen. Herr Wurm hat sich geäußert, daß in dem kleinen Städtchen Braunsau ein kleiner Konsumverein, der nur 40 000 Mark Umsatz hat, der Steuer unterworfen wurde. Das liegt aber in den kleinstädtischen Verhältnissen. Auch dieser kleine Verein nimmt 6 oder 7 Kleingewerbetreibenden die Existenz. Die Umsatzsteuer soll auch keineswegs nur die Konsumvereine treffen, sondern jeden großen Umsatz, mag ihn nun der Einzelne oder eine Aktiengesellschaft oder eine Genossenschaft erzielen. Meine Regierung hat sich auch ausdrücklich gegen eine Steuer erklärt, die höher als 2 Proz. des Umsatzes trifft. Die Regierung thut damit den Bekämpfern der Konsumvereine viel zu wenig. Herr Wurm meinte schließlich, die sächsische Umsatzsteuer stehe im Widerspruch mit der Reichs-Gewerbe-Ordnung. Diese Ansicht halte ich für durchaus irrig. Die Gerichte werden die Frage demnach zu entscheiden haben, denn ein Verein hat gegen eine Gemeinde auf Jurisdiktion von 2000 M. erhobenen Steuern geklagt. Ich zweifle nicht, daß die Gerichte diese Klage für null und nichtig erklären werden.

Abg. Dr. Hertel-Sachsen (L.):

Der Abg. Wurm zieht mich der Inkonsequenz, indem wir der Landwirtschaft das Genossenschaftswesen als Alibiempfehlung empfehlen, die Genossenschaften der Arbeiter bekämpfen. Wir haben das Genossenschaftswesen niemals als Alibiempfehlung empfohlen und bekämpfen Konsumgenossenschaften überall da, wo sie den Kleingewerbetreibenden Schaden zufügen. Herr Wurm meinte ferner, warum besteuert man den Großgrundbesitz nicht höher, als den kleinen Grundbesitz. Nun, Herr Wurm, Ihr Parteigenosse Kaatzky hat in seinem sehr lesenswerten Buch über die Agrarfrage überzeugend nachgewiesen, daß der Großgrundbesitz lange nicht so rentabel ist, wie z. B. der mittlere Grundbesitz. (Heiterkeit rechts.) Zur Sache selbst erkläre ich, die Umsatzsteuer von 2 Proz. ist nicht ungerecht, eine Eröffnung, eine Gefährdung ihrer Existenz kann ich in ihr nicht erblicken. Eine kommunale Gewerbesteuer kann nicht mit der Reichs-Gewerbe-Ordnung im Widerspruch stehen. Den Gemeinden ist der Erlaß von solchen Steuern ausdrücklich freigestellt worden. Es ist auch richtig, daß in kleineren Orten schon bei kleineren Umsätzen die Steuer einsteigt. Auch wir sind dafür, daß Großbetriebe jeglicher Art der Steuer unterworfen werden. Sollte hier und da ein Großbetrieb entfallen sein, der großen Umsatz hat, so würde ich das bedauern. Ein Herr Seibert führt zur Bekämpfung der Steuer an, daß die Zahl der selbständigen Existenzen im Verhältnis zur Zahl der Bevölkerung ständig gewachsen sei. Diametral entgegengesetzter Meinung ist der Abg. Bebel, der hier geäußert hat, daß die Zahl der selbständigen Existenzen in Handel und Gewerbe in der letzten Zeit abgenommen habe. Herr Bebel ist entschieden der Meinung, er zieht aus den richtigen Vergleich nicht mit der Zahl der Bevölkerung, sondern mit der Zahl der Uebelständigen. Ich bin mit dem sächsischen Gesetz durchaus einverstanden. Das einzige, was ich daran anzusetzen habe, ist, daß die Steuer den Kommunen überlassen ist und nicht dem Staate. Ich glaube, keine Indiskretion zu begehen, wenn ich mitteile, daß man in der zweiten sächsischen Kammer demnachst verhandelt wird, eine Forderung zu schaffen. Und so wird man in absehbarer Zeit in Sachsen dazu übergehen, die Erhebung der Umsatzsteuer nicht den Gemeinden zu überlassen, sondern sie als Staatssteuer einzuführen. (Beifall rechts.)

Ein Vertagungsantrag wird hierauf angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Dritte Beratung der Initiativanträge der Arbeiter auf Aufhebung des Diktaturparagrafen und betreffend die Wahlen zum einjähr-lothringischen Landesausschuß; Besprechung der heutigen Tagesordnung und weitere Petitionen. Schluß 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Unfallversicherungs-Kommission.

In der Sitzung am Dienstag wurde die Beratung darüber, wie die Unfallversicherungs-Vorschriften erlassen werden sollen, fortgesetzt. Nachdem in der vorigen Sitzung beschlossen worden war, daß auch fernerhin die Berufsgenossenschaften mit dem Erlaß der Unfallversicherungs-Vorschriften betraut werden sollen, verurtheilten die Sozialdemokraten wenigstens innerhalb der Berufsgenossenschaften eine volle Mitwirkung der Arbeiter zu sichern. Zu diesem Zweck beantragten sie, daß die endgültige Abstimmung über die Unfallversicherungs-Vorschriften stets erfolgen soll in einer Sitzung des Vorstandes, zu der die Vertreter der Arbeiter mit vollem Stimmrecht und in gleicher Zahl wie die beteiligten Vorstandsmitglieder zugezogen sein müssen. Hierdurch würde der jetzt vielfach zu Tage getretene Mißstand beseitigt werden, daß diejenigen Verbesserungen, die die Arbeitervertreter in der Vorstandssitzung durchgesetzt hatten, von der Genossenschaftsversammlung abgelehnt werden, weil in der letzteren die Vertreter der Arbeiter nicht zugegen sind und daher auch nicht ihre Anträge verteidigen können. Die Regierung gab sich wieder große Mühe, den jetzigen Mißstand zu erhalten. Die Berufsgenossenschafts-Versammlung mußte bei der Abstimmung über die Unfallversicherungs-Vorschriften das letzte Wort haben, weil sonst die Unternehmer sich widerspenstig zeigen und die Vorschriften noch weniger beachten würden als bisher. Diese Bedenken machten aber wenig Eindruck selbst auf die bürgerlichen Abgeordneten, da die Ungerechtigkeit des von den Sozialdemokraten gerügten Mißstandes zu klar auf der Hand lag. Eine Abhilfe wurde daher von allen Parteien verlangt. Der sozialdemokratische Antrag ging jedoch den bürgerlichen Parteien zu weit in all den Fällen, in denen die Genossenschaftsversammlungen die Beschlüsse des Vorstandes unverändert annehmen oder nur ganz unweilentlich ändern. Im Lauf der Debatte schlägt jedoch der Abgeordnete Köhler-Dessau einen Zusatz zu einem der folgenden Paragraphen vor, wodurch der Mißstand, soweit er sich von den bürgerlichen Abgeordneten anerkannt worden war, beseitigt werden soll.

Ein zweiter sozialdemokratischer Antrag verlangte, daß die Verhandlungen des Genossenschaftsvorstandes über die Unfallversicherungs-Vorschriften durch einen unparteiischen Vorsitzenden geleitet werden und zwar durch den Expedienten-Vorsitzenden des Orts, an dem der Genossenschaftsvorstand seinen Sitz hat. Erst durch eine unparteiische Leitung würde das gleiche Recht der Arbeiter und Unternehmer gesichert sein. Außerdem könnte ein unparteiischer Vorsitzender durch angemessene Vermittlungsvorschläge zu einer Verständigung bei abweichenden Meinungen am besten beitragen. Auch dieser Antrag findet nicht die Mehrheit. Dagegen wird ein Antrag Köhler angenommen, wonach zu diesen Ver-

rungen das Reichs-Versicherungsamt eingeladen werden soll. Letzteres wird dadurch die Möglichkeit gegeben, zu den Verhandlungen einen geeigneten Mann zu entsenden, der, ohne die Leitung zu übernehmen, alles das ausführt, was der sozialdemokratische Antrag von dem unparteiischen Vorsitzenden erwartete. Als eine weitere Verbesserung kann begrüßt werden, daß den Vertretern der Arbeiter mit der Einladung zur Beratung der Entwurf der Vorschriften zugestellt werden muß, über die beraten werden soll. Die Arbeitervertreter können sich jetzt also ihre Stellung zu den vorgeschlagenen Vorschriften vorher gründlich überlegen und etwaige Änderungsanträge rechtzeitig vorbereiten. Die Vertreter der Arbeiter zu diesen Beratungen sollen nach dem Regierungsentwurf gewählt werden von den Ausschüßmitgliedern der Invaliden-Versicherungsanstalten, die als Vertreter der Versicherten berufen sind. Obgleich dies Wahlverfahren ganz unpraktisch ist, wird es doch von den bürgerlichen Abgeordneten angenommen unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags, der geheime, gleiche und direkte Wahl durch die beteiligten Arbeiter forderte.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Versammlungen.

Ueber die Stichwahl im 44. Kommunal-Wahlbezirk sprach Stadtvorordneter August Hinz am Montag in einer vom Wahlverein des sechsten Reichstags-Wahlkreises abgehaltenen Versammlung, die in den Arminushallen in der Bremerstraße tagte. Nachdem der Redner die Stellung seiner Partei zu den kommunalen Angelegenheiten ausführlich erörtert hatte, ging er zu einer Charakterisierung der bürgerlichen Parteien über und wandte sich zum Schluß an seine Genossen mit der Aufforderung, bei der Stichwahl nicht auf Hilfe von irgend einer Seite zu rechnen, sondern sich nur auf die eigene Kraft zu verlassen. Jeder Parteigenosse müsse die Zeit, die uns noch von Wahltag trennt, zur Agitation und zu thätigster Mitarbeit verwenden, damit die Stimmen, die unseren Kandidaten an der absoluten Mehrheit fehlen, aus unseren eigenen Reihen aufgebracht werden, was sicher gelingen werde. Wenn jeder Genosse seine Schuldigkeit thue, dann werde der Tag der Stichwahl ein Ehrentag für die Partei werden. — Ein Redner kennzeichnete hierauf die Partei des gegnerischen Kandidaten Volk mit dem Hinweis auf die arbeiterfeindliche Haltung, welche das antimilitärische Hauptorgan, die „Staatsbürger-Zeitung“, gegenüber den streikenden Tischlern einnimmt. — Segner waren nicht anwesend.

Der Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin) hielt am Sonntag eine Generalversammlung ab, wo zunächst der Rechnungsbild der Kassenerichte erörterte. Die Gesamteinnahme des Jahres 1899 betrug 274 907,99 M. (darunter Bestand am 31. Dezember 1898 = 80 177,96 M.). Die Ausgaben beliefen sich insgesamt auf 178 858,98 M.; darunter befinden sich folgende Posten: Reisegeld 1662,06 M., Rechtschutz 1338,87 M., Streikunterstützung 97 077,35 M., Maßregelungsunterstützung 11 848,65 M., Unterstüzung nach § 2c 1123,— M., Markt, Provinzialagitation 4200,— M., Markt, an die Hauptkasse 37 091,40 M., für Bibliothekszwecke 1152,20 M. usw. Am Jahresabschluss war ein Kassenbestand von 95 509,01 M. — Die Mitgliederzahl betrug Ende 1899 16 683. Aufgenommen sind im Jahre 1899 12 351 neue Mitglieder, ausgeschieden resp. gestrichen sind 9310, so daß gegen das Jahr 1898 eine Zunahme der Mitgliederzahl von 3032 zu verzeichnen ist. — Dem Rechnungswesen wurde ohne Debatte Decharge erteilt.

Hierauf erstattete Rätber den Geschäftsbericht: Das abgelaufene Jahr sei für die Organisation ein außerordentlich arbeitsreiches gewesen. Trotz der Prosperität, die in der Eisen- und Metallindustrie andauernd herrsche, standen Lohnrückfälle und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse an der Tagesordnung. In mehr als 120 Fällen mußte der Verband eingreifen, um nach Möglichkeit die betroffenen Interessen der Kollegen zu schützen. Der Umstand, daß im verfloffenen Jahre insgesamt 185 000 M. für Streiks und Maßregelungen aufgewandt worden sind, beweise, daß die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung nicht, wie von anderer Seite behauptet wurde, den Kampfscharakter der Organisation beeinträchtigt hat. Auch die Erhöhung der Beiträge habe nicht die gewünschte Wirkung gehabt, die Mitgliederzahl zu verringern, dieselbe habe sich vielmehr trotz der Beitragserhöhung vermehrt. Die Fluktuation unter den Mitgliedern sei eine bedauerliche Erscheinung, manche haben sich zweimal bis dreimal im Jahr aufnehmen lassen, um ebenso oft wieder auszutreten. So erfreulich auch der Stand der Kasse und der Mitgliederzahl sei, so dürfe man in der weiteren Agitation für den Verband nicht nachlassen.

Rummehr erstattete Rätber den Bericht des Schiedsgerichts in der Angelegenheit Litsin. Das Schiedsgericht ist, nachdem es acht Sitzungen abgehalten hat, einstimmig zu dem Urteil gekommen, daß die Anschuldbildung, Litsin habe Kassenelder entwendet, nicht erwiesen werden konnte, und Litsin deshalb in dieser Hinsicht als nichtschuldig erklärt wurde. Die Frage, ob Litsin seitens der Revisoren mit Recht seines Amtes entsetzt worden ist, hat das Schiedsgericht bejaht. Die Revisoren seien hierzu nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet gewesen, weil damals Unregelmäßigkeiten in der Kasse vorlagen.

Hierauf erfolgte die Wahl zur Ordreverwaltung. Es wurden gewählt: Erster Bevollmächtigter Rätber, Sekretär und zweiter Kassierer S. K. Die Stelle des ausscheidenden Bureaubeamten Köstgen wurde Schäßler übertragen. Die Wahl der Revisoren fiel auf Freithaler und Henning.

Hinsichtlich der Kaiserer erneuerte die Versammlung den in den Vorjahren gefaßten Beschluß, wonach in allen Betrieben, wo 1/3 der Beschäftigten organisiert sind, und die Mehrheit sich für Arbeiterräte in geheimer Abstimmung entscheidet, die Mitglieder der Räte zu wählen hat. Unter diesen Umständen tritt der Verband für die Folgen der Arbeiterräte ein. — Es sollen Kaimarken zum Vortrage von 50 Pf. ausgegeben werden.

Nach kurzer Diskussion wurde auf Antrag der Ordreverwaltung beschlossen, daß vom 1. April an jeder zureichende Kollege, der 20 Wochen Beitrag bezahlt hat, auf Kosten der Kasse ein Nachlager nebst Frühstück im Gewerkschaftshause erhält.

Einen von Pieschel gestellten Antrag auf Gehaltsberhöhung der Bureaubeamten lehnte die Versammlung nach lebhafter Debatte ab, ebenso einen Antrag, der in dringenden Fällen die Einstellung von Hilfskräften im Bureau verlangte.

Lebhaftes Interesse nahm die Wahl des Nachfolgers von Körsten in Anspruch, weil zu diesem Posten außer anderen Mitgliedern auch Litsin kandidierte. Das nach Erledigung der Tagesordnung bekannt gegebene Resultat der Fittelwahl ergab für Litsin 277, für Schäßler 201, und für vier andere Kandidaten zusammen 371 Stimmen. Die Stichwahl beantragte einzelne erregte Aeußerungen zur Geschäftsordnung. Die Wahl fiel auf Schäßler, während Litsin, für den eine beträchtliche Minderheit stimmte, unterlag.

In einer Metallarbeiter-Versammlung, die am Donnerstag in Kellers Saal tagte, erstattete Rätber den Rechnungsbild über den Agitations- und Unterstüzungsfonds der Berliner Metallarbeiter für die Zeit vom 19. April 1898 bis 19. Februar 1900. Die der Redner zunächst darlegte, sind es lediglich Gründe geschäftlicher Natur, welche dazu geführt haben, daß die Abrechnung einen so langen Zeitraum umfaßt. Die Einnahmen des Fonds betragen insgesamt 110 454,87 M., die Ausgaben beliefen sich auf 83 990,93 M., es bleibt ein Bestand von 26 523,44 M. Unter den Ausgaben befinden sich folgende bemerkenswerte Posten: Streikunterstützung an nicht vollberechtigte Berliner Mitglieder und Unorganisierte 42 275,10 M., an die ausgesperrten dänischen Metallarbeiter 20 567,40 M., an den Vorstand des deutschen Metallarbeiter-Verbands zur Unterstüzung streikender Kollegen 2000 M., an die streikenden Formier in Torgelow 4000 M., an die streikenden Formier in Neu-Gröden 100 M., an die streikenden Glasarbeiter in Pilsen 100 M., an die streikenden Brauer in Frankfurt a. M. 300 M., an die streikenden Berliner Steinarbeiter 850 M., an die streikenden Kesselher Weber 1370 M., für die Familien der inhaftierten Torgelower Kollegen 2250 M., für Maßregelungs- und sonstige Unterstüzung 600 M., Beitrag zur Gewerkschaftskommission

1750 M., Agitation in Brandenburg und Pommern 2000 M. — An den Bericht schloß sich eine längere Diskussion, in der Schenker und Mohrke einige schon in früheren Versammlungen besprochene Angelegenheiten berührten, die die Taktik des Vertrauensmanns, Verwendung der Gelder zu Agitation und Unterstüzung betrafen, und im wesentlichen auf den Gegenstand der Metallarbeiter-Gewerkschaft zum Verband hinausliefen. Hierauf antworteten Wisenthal, Kaiser und Rätber. Die Versammlung ertheilte dem seitherigen Vertrauensmann Decharge und bewilligte ihm für die letzten 18 Monate seiner Thätigkeit eine monatliche Entschädigung von 25 M. — Ueber die Verwendung des Bestands des öffentlichen Fonds wurde beschlossen: 3000 M. sind den streikenden östereichischen, 2000 M. den sächsischen Bergarbeitern und der Rest der Berliner Kasse des Metallarbeiter-Verbandes zu überweisen.

Der Centralverband der Zimmerer (Zahlstelle Berlin) hielt am 25. Februar in den Arminushallen eine gutbesuchte Versammlung ab. Die Anwesenden ehrten zunächst den kürzlich aus dem Leben geschiedenen Kameraden Gustav Dreißig, einen Mitbegründer des Verbandes, in der üblichen Weise. Dann referierte der Genosse E. S. i. n. a. n. o. w. s. k. über die neue Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz. Auf die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte eine kurze Diskussion. Die Versammlung erklärte sich in einer Resolution mit der Petition einverstanden, welche der Berliner Arbeitervertreter-Verein zur Abänderung der Unfallversicherungs-Gesetze an den Reichstag gerichtet hat. Betreffs der Konferenz der Zimmerer für die Provinz Brandenburg erklärte der Vorsitzende Knipper, die Konferenz sei notwendig, weil draußen mehr für die Agitation gethan werden solle und die Kameraden in 20 Städten Lohnbewegungen angemeldet hätten. Sie werde am 18. März in den Arminushallen stattfinden. Es wurde beschlossen, der Konferenz folgenden Antrag zu unterbreiten: „Da von jetzt ab die ganze Agitation dem Hauptvorstand obliegen, werde derselbe beauftragt, für die gesamten Zahlstellen eine in gemeinverständlicher Weise verfaßte Broschüre herauszugeben, durch die den Beamten der Zahlstelle die Erledigung der Geschäfte erleichtert werde.“ Als Delegierte wählte man L. e. o. n. h. a. r. d. und E. r. u. i. n. a. t. Außerdem wird auch die Agitationskommission Berlin auf der Konferenz vertreten. — Gerügt wurde, daß der Zimmermeister Wischoff den Stundenlohn von 62 1/2 Pf. immer noch nicht zähle, obwohl er dem Vorsitzenden vor einigen Tagen versprochen habe, es zu thun. Schließlich bewilligte man den streikenden Bergarbeitern in Oestreich 500 M.

Im Central-Verband der Töpfer sprach am 21. Februar Rechtsanwalt Dr. Franke über das Wirtrecht nach dem bürgerlichen Gesetzbuch. Nachdem einige gewerkschaftliche Angelegenheiten erledigt waren, berichtete die Lohnkommission über die mit den Arbeitgeberern abgehaltene Sitzung, in der einige Punkte des Tarifs ergänzt resp. neu angenommen wurden. Unangenehm wurde es empfunden, daß einzelne Arbeitgeber Geiseln entlassen, die eine strikte Verzählung nach dem Tarif verlangen. In zwei Fällen, wo eine Maßregelung offen zu Tage trat, wurde an die Kommission der Meister berichtet. Die Versammlung lehnte die Verhängung der Sperre über die Firmen nur deshalb ab, weil die Arbeiten fast fertiggestellt seien, mithin ein Druck nicht mehr auszuüben werden könne. — Es gelangte sodann folgender Antrag zur Annahme:

„In Anbetracht, daß der jetzt bestehende Modus betrefis der Vereinbarungsarbeiten (als Kamine, Zeichnungs-Ofen u. a.) dazu angethan ist, sowohl Zwiespalt in die Reihen der Kollegen zu bringen, als auch die Schandlontarife unter den Unternehmern zu fördern, beauftragt die heutige Versammlung die Lohnkommission, ein Preisverzeichnis für alle derartigen Arbeiten nach einem zu beschaffenden Musterbuch auszuarbeiten und selbiges der nächsten Versammlung vorzulegen.“ Sodann wurde folgender Antrag angenommen: „Jeder Kollege, der seinen Verpflichtungen gegenüber dem Verband, sowie dem Streikfonds nachgekommen ist, erhält bei Krankheitsfällen von der zweiten Woche der Erwerbsunfähigkeit an eine Unterstüzung von 3 M. pro Woche.“ Die hieraus entstehenden Kosten werden aus dem Lokal-fonds der Töpfer gedeckt. Eine rege Debatte zeitigte hierauf die Meisterfrage. Im Prinzip waren alle Redner einig, daß der im Tarif festgelegte Termin, das ist der 1. April, als nicht zu weit hinausgeschoben zu betrachten sei. Es wurde aber bezweifelt, ob so wohl die Arbeitgeber wie die indifferenten Kollegen die Bestimmung innehalten werden. Schließlich einigte sich die Versammlung dahin, daß der Vorstand nach Kräften dafür sorgen solle, daß die tariflich und behördlich gegebenen Vorschriften in der Meisterfrage korrekt durchgeführt werden. Sollte wider Erwarten die Zahl der angefangenen Bauten ohne Meister eine solche Höhe erreichen, daß eine Schädigung der organisierten Kollegen unabweislich erscheint, so ist der Vorstand berechtigt, durch einen Aufruf im „Vorwärts“ bekannt zu geben, daß das Arbeiten ohne Meister auch vor dem 1. April gestattet ist. Bis zu dem Zeitpunkt hat niemand anders als im Tarif festgelegte Arbeitsbedingungen einzugehen. Alle arbeitenden Töpfer werden ersucht, auf jedem Bau einen Deputierten zu ernennen, der die Sitzungen zu besuchen und für regelmäßige Zahlung der Beiträge zu sorgen hat.

Die Dachdecker hatten am 20. Februar eine Versammlung anberaumt, in der Maurer Fröhlich über Zweck und Ziele der Organisation sprach. Im Hinblick auf den Vortag berichtete Genossin im Namen der Lohnkommission über die Forderungen, welche im Laufe dieses Frühjahres an die Meister gestellt werden sollen. Die Dachdecker verlangen eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. und strikte Durchführung der Stundbestimmungen. In dieser Forderung erklärte K. i. n. z. e. im Namen der örtlichen Organisation, daß sie mit der Forderung einverstanden seien und an der Durchführung sich mit beteiligen wolle.

Die Bauarbeiter hielten am Sonntag eine stark besuchte Versammlung ab. R. e. n. n. i. h. a. l. e. r. referierte über die eventuelle Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, der nach seinem Dafürhalten für Bauarbeiter wohl am zweckmäßigsten sei. Ein von der Organisation eingerichteter Arbeitsnachweis sei gewiß vorzuziehen, aber er müsse durchführbar sein. Zum Schluß empfahl Redner eine Resolution des Inhalts, daß die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises zu erstreben sei, wenn die Unternehmer auf ihre Pflichten verzichten, sowie andererseits tarifmäßig festgelegte Lohnbedingungen anerkennen. Nachdem aber K. o. a. d. W. e. h. r. e. n. d. und K. o. i. c. h. e. w. sich entschieden gegen diese Auffassung erklärt hatten, wurde die Resolution nach zweimal vorgenommener Abstimmung vom Bureau als abgelehnt bezeichnet.

Hierauf referiert G. u. t. h. e. i. t. in sehr eingehender Weise über die Unfallversicherungs-Novelle mit Veranschaulichung der vom Arbeitervertreter-Verein ausgearbeiteten Petition an den Reichstag. W. e. h. r. e. n. d. t. betont unter allgemeiner Zustimmung, daß die meisten Unfälle durch die Accorarbeit verurteilt sind! — Dem Arbeitervertreter-Verein werden 50 M. überwiesen. Den ausländischen Bergarbeitern in Oestreich werden als Unterstüzung 1000 M., den sächsischen 500 M. bewilligt. Für etwaige ähnliche Fälle wird der Lohnkommission die Ermächtigung erteilt, Unterstüzungen für Streikende anderer Berufe bis zu 1000 M. gewähren zu können. Nach lebhafter Besprechung wurde mit großer Mehrheit die Anstellung eines dritten besoldeten Beamten genehmigt.

Die Klempner hielten am 21. Februar eine Versammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter K. a. s. t. e. r. über die Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz sprach. Nach kurzer Diskussion, in der man auf die Unfallgefahr der Klempner hingewiesen und die unangenehmen Unfallverhältnisse besprochen kritisierte, nahm die Versammlung die Wahl des Brandenburgvertreter für die Ortsverwaltung vor, mit welchem Amt Winter betraut wurde. In die Agitationskommission wurden sieben Personen delegiert. Unter Verschiedenem wurde das Verhalten der Firma Guiermann gelobt; da fünf Klempner, die schon jahrelang bei der Firma arbeiteten, ohne zwingenden Grund entlassen wurden.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 19. Februar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Herr Dr. Vennhoff referierte über das Thema: Tuberkulose und deren

Verhütung. Der Vortragende versand es, durch seine leicht verständlichen und lehrreichen Ausführungen die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer zu fesseln. Au den Vortrag schloß sich eine interessante Diskussion an. Ueber Vereinsangelegenheiten machte Vötkner auf den Tischlerstreik aufmerksam und ersuchte um rege Abnahme der Partien zum Streikfonds. Weiter wurde bekannt gemacht, daß von seiten des Vereins am 1. April ein Besuch der „Urania“ veranstaltet wird.

Der Verband der in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 20. Februar eine Mitgliederbesprechung ab. Herr Grempe sprach in interessanter Weise über Versuche mit Mühlverbrennungen. Bei Besprechung gewerkschaftlicher Angelegenheiten wurde darauf hingewiesen, daß eine größere Firma den Versuch unternimmt, einer etwaigen Lohnbewegung dadurch zu begegnen, daß sie mit einigen Arbeitern eine sechswochenliche Kündigungssfrist vereinbart hat. Bergmann warnt, auf diesen Versuch einzugehen. Sodann wurden 50 M. für die Streikenden in Einsiedeln (Schweiz) bewilligt.

Charlottenburg. Die Maler und Anstreicher waren am 20. d. M. in der Gambrius-Beaureti recht zahlreich versammelt. Fleunig referierte über: „Unfreie Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Stellung der Innung zu denselben.“ Redner führte aus, daß der im Jahre 1898 erlassene Minimallohn von 50 Pf. pro Stunde, dank der großen Interesslosigkeit der Kollegen, in den meisten Geschäften nicht mehr gezahlt würde. Die große Mehrzahl der Kollegen beziehen namentlich im Winter einen Stundenlohn von 40—45 Pf. Mithin sei es wohl an der Zeit, da auch die Lebensmittelpreise und die Wohnungsmieten sehr gestiegen sind, auf eine Besserstellung unserer Lage hinzuwirken. Redner empfahl zum Schluß eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution, in der auch verlangt wurde, daß vom 1. März an eine Extramarke a 25 Pf. pro Woche zu leben sei. Nachdem Opig über die letzte Sitzung mit dem Innungsvorstand eingehend berichtet und die Mehrzahl der Redner in der Diskussion zum Eintritt in den Verband aufgefordert hatten, wurde die Resolution gegen eine Stimme angenommen. Betreffs des Streiks der Kleber wurden die Anwesenden ersucht, nicht auf Bauten zu tapezieren.

Wilmerdorf. In einer gut besuchten Versammlung des hiesigen sozialdemokratischen Vereins, die am 21. Februar tagte, hielt Genosse Marxwald einen Vortrag über das Miets- und Eherecht im bürgerlichen Gesetzbuch. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen und wurde dann die von der Berliner Lokalkommission gefassten Beschlüsse erörtert. Sodann beschäftigte man sich mit der Gemeindevorstand-Wahl. Man beabsichtigt, an den Gemeindevorstand das Erfragen zu stellen, die Wahl am Sonntag oder an einem Wochentag bis 9 Uhr abends stattfinden zu lassen.

Nitzdorf. Der Holzarbeiter-Verband vollzog am 14. Februar die Delegiertenwahl zur Generalversammlung. Thum-Nitzdorf erhielt 30 und Kirchener-Weihensee 31 Stimmen. — Das Vereinskloster bei Wittenberg wurde zu Preis, Rosenstr. 4, verlegt.

Weihensee. Am 21. Februar tagte hier eine Versammlung der Mitglieder der Krankenkasse, die nach einem Referat des Reichstags-Abgeordneten K. o. s. e. n. o. w. ihre Zustimmung einer Petition gab, die der Arbeitervertreter-Verein zu der Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz eingebracht hat. Sodann hielt Dr. W. e. n. g. l. einen Vortrag über Naturheilmethoden, dem sich eine längere Diskussion anschloß.

Friedrichshagen. Am 20. Februar fand hier eine Gemeindevorstand-Wahl statt, zu welcher auch die bisherigen acht Vertreter der bürgerlichen Parteien in der dritten Abteilung eingeladen waren. Von den Herren war niemand erschienen. K. e. g. e. r. a. u. aus Nitzdorf hatte das Referat übernommen. Redner legte auf Grund eigener Erfahrung den Versammelten dar, warum die Arbeiter sich an den Gemeindevorstand wählen zu beteiligen haben und wie die Vertreter der Arbeiter in dem Gemeinderat die Interessen der Arbeiterschaft wahren können. In der Diskussion unterbreiteten die Kandidaten der Arbeiterpartei unter lebhafter Zustimmung der Versammlung ihr Programm. Die Genossen K. i. e. w. E. d. u. l. i. c. h. und K. e. g. e. r. a. u. forderten die Versammelten auf, sich nicht durch das laue Verhalten des Gegners beirren zu lassen; es bedürfte aller Anstrengung, um mit Erfolg aus dem Wahlsumpf hervorzugehen. Im besonderen möchten es sich die Genossen an den Bezirken, wo nicht gewählt wird, zur Pflicht machen, an der Agitation und am Tage der Wahl eifrig mitzuwirken.

Marktpreise von Berlin am 26. Februar 1900

nach Ermittlungen des hies. Volksgewerksbundes.

Ware	Preis	Ware	Preis	Ware	Preis
*) Weizen	15,20	14,—	*) Schweinefleisch	1 kg	1,60
*) Roggen	14,20	13,80	*) Kalbfleisch	1 kg	1,70
*) Futter-Gerste	13,90	13,—	*) Hammelfleisch	1 kg	1,60
*) Hafer gut	15,—	14,20	*) Butter	1 kg	2,60
*) mittel	14,10	13,40	*) Eier	60 Stk	6,—
*) gering	13,20	12,60	*) Karopen	1 kg	2,20
*) Kleinhack	4,—	3,90	*) Hefe	1 kg	2,80
*) Hafer	6,80	4,—	*) Bohnen	1 kg	2,50
*) Gerste	40,—	25,—	*) Bohnen	1 kg	2,—
*) Speisebohnen	45,—	25,—	*) Bohnen	1 kg	1,80
*) Erbsen	70,—	30,—	*) Erbsen	1 kg	2,80
*) Kartoissen, neue	7,—	5,—	*) Erbsen	1 kg	1,40
*) Kartoissen, alte	1,60	1,20	*) Erbsen	1 kg	1,40
*) do. alte	1,20	1,—	*) Erbsen	1 kg	1,40

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern — Notierungshöhe — und umgerechnet vom Volksgewerksbunde für den Poppeinmarkt. *) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 27. Februar. Getreide zeigte anfangs ungleichmäßige Tendenz. Für Weizen schloß jegliche Kaufsuh, und die Haltung des Artikels war matter auf dringendes Vocoangebot und maites Nordamerika. Roggen war anfangs gut beauftragt, da russische Oferten anrückten. Im Preise schloß Roggen ungefähr wie getrennt. Weizen 0,10 M. billiger. In früheren Artikel wurden einige Abschlüsse von hier nach Sachsen gethätigt; im übrigen lag das Geschäft sehr still. Hafer war im Preise wenig verändert; K. a. b. a. l. i. e. r. p. r. e. i. s. t. e. n. t. — am Spiritusmarkt wurden 100 000 Liter 70er loco mit 47,40 (— 0,10) gehandelt.

Kartoffelfabrikate. Rendite Kartoffelfabrikate 10,50 M. In reine Kartoffelfabrikate disponibel und März 19,75 M., April-Mai 20,—20,25 M. Abfallende prima Qualitäten Stärke und Mehl disponibel 17,50—18,50 M. per 100 Kilogramm.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr abends statt.

G. K. 585. Geldwäscher, denn der betreffende Abgeordnete hat seinen Sohn.

J. Schmidt. In diesen Tagen.

G. J. 21. Derartige Manipulationen wären zwecklos. — **Schulkrone 100.** Rein. — **M. B. C. 1.** Etha 75 M. 2. Rein. — **J. 99.** Dies Verlangen der Frau hatet nicht. — **C. Koudice, Ja.** — **C. W. 1900.** Sind Sie kaufmännischer Angehöriger, so kann der von Ihnen geschuldete Sachverhalt kaum zutreffen. Sollte es doch der Fall sein, so ist die Antwort: 1. Rein. 2. Ja. — **C. Kirmann.** Nach Ihrer Darstellung würde Herr Segner den Prozeß verlieren; da aber die Entscheidung von der Angeklagten Sachverständiger erachtet werden kann, so ist der Ausgang nicht ein zweifelhafter. — **Gustav Vot.** Geringfügige Fehler, die nicht dienstunfähig machen. — **R. B. 7. 99.** Der neue Käufer hatet soviel erzählt für Ihre Berodung nicht. Sprechen Sie mit den Papieren gelegentlich in der Sprechstunde vor. — **S. W. 9.** 1. Falls Sie als entbehrlich erachtet werden: Ja. 2. Nein. — **P. W.** Wie wiederholt dargelegt, ist die Herrschaft berechtigt, Rückgabe der Weihnachtsgebühren zu verlangen, wenn der Diensthabe innerhalb des Dienstjahres den Dienst aufgibt oder durch sein Verhalten zur Kündigung Veranlassung giebt. Das Jahr ist nicht von Weihnachten, sondern vom Dienstantritt ab zu rechnen. Erfolgte z. B. der Dienstantritt am 1. April, so können die Gebühre nach dem 1. April nicht zurückgefordert werden. — **Steglich.** 1. Eine neuere Kenntnis des Sachverhalts nicht zu beantragen. 2. Nach vollendetem 42. Lebensjahre. — **T. 2. 11.** Rein. — **1000.** Straßer würden Sie nicht sein. — **Kreis Elding.** 1. Sollte Ihre Forderung im Vollstreckungstitel begründet werden, so wählen Sie gegen den Kontroverwalter auf Anerkennung Klage. Sie könnten in Ihrem Falle auch direkt gegen die Kasse — und das scheint, soweit ersichtlich, richtiger — auf Zahlung des Lohns vom Kontroverwalter an gegen den Kontroverwalter beim Gewerbegericht Klage. 2. Eine Bekanderte hätte keine Aussicht auf Erfolg. — **M. R.** Sie können für Ihre Arbeit ordentliche Zahlung begehren und auf Zahlung derselben klagen. Allerdings könnte aber aus dem Umstand, daß Sie zwei Jahre lang die wahrscheinlich

Seine Nebenarbeit ohne Zahlung zu fordern gemacht und andre Arbeit ge-
lernt und bezahlt erhalten haben, zu der Ansicht veranlassen, daß diese Neben-
arbeit durch die Zahlung für die andern Arbeiten mitentlohnt sein solle.
- F. S. Salensee. Die Vereinbarung war gültig; Ansprüche stehen
jedem nicht mehr zu. - S. 21. 52. Ja. Wenn jemand ohne Grund ein
fälschliches und falsches Ehrenamt anzunehmen sich weigert, so kann er durch
Befehl der Stadtvorordneten auf 3-6 Jahre von der Ausübung des
Bürgerrechts ausgeschlossen und ferner zu jeder Gemeindefeuerung herangezogen
werden. - Schöneberg 101. Ihr Vater kann nach seiner Wahl die Erbchaft
aufschlagen oder, wenn er erben will, von dem Gesamterben (dem Ver-
mögen, das Ihre Mutter, und dem, das er am Todestage besitzt) die Hälfte
nehmen, die Hälfte den Kindern überlassen. Sie können Nachlassverteilung
bei Gericht beantragen. - W. 3. Wenn er in Wiedererhebung-Verfahren
freigesprochen ist, kann ihm Entschädigung zugesagt werden. - 9. Rein.
- Anhalt. Die Bestimmungen des Gesetzes vom 1. Juni 1871, die
etwa eine Seite Raum einnehmen, abgedruckt, geht nicht an. Wie wir
wiederholt ausführlich dargelegt haben, hat jeder Deutsche das Recht, Auf-
nahme in einem andern deutschen Vaterlande ohne Verlust seines früheren
Heimatsrechts zu verlangen. Ein Preuße, der in Schwarzburg-Sonders-

hausen das Staatsbürgerrecht erwerben will, richtet an die Schwarzburg-
Sondershäuser höhere Verwaltungsbehörde etwa folgendes Schreiben:
„Ich bin preussischer Staatsbürger. Beweis: Meine Geburtsurkunde. Ich
habe mich in Anstalt seit dem ... niedergelassen. Beweis: Mein An-
meldebüchlein. Ich beantrage Aufnahme in den Schwarzburg-Sondershäuser
Staatsverband.“ Die Aufnahme darf nur dann verweigert werden, wenn der
Antragsteller sich und den Seinigen den notwendigen Lebensunterhalt zu
verschaffen außer hande ist oder wenn er öffentliche Armenunterstützung
erhält oder wenn er Befragungen erlitten hat, die der Polizei das Recht
geben, ihn auszuweisen, insbesondere wenn er innerhalb des letzten Jahres
wegen wiederholter Landstreicherei oder Bettelrei bestraft ist. - S. 2. Eine
Verbanntenz gibt es nicht. Eine solche ist mit der Gewerbe-Ordnung
unvereinbar. In Streitfällen pflegt das Gericht als angemessen für die
Entbindung 4 bis 15 M., für jeden Reich 50 Pf. bis 2 M. zu erachten.
- Stauff P. S. G. V. Der Richter ist im Recht. - Zimmer 30.
Sie können mit Aussicht auf Erfolg Ihre Ansprüche klagend geltend machen.
- P. W. Urbanfrage. Sie müssen sich an den Vormund eventuell an
das Vormundschaftsgericht wenden. Außerdem können Sie den Vater und
die Mutter auf Erlass des Berandächtigten verklagen. - T. 1. Ober-

Schöneweide. Wenn das Material zum Gewerbebetrieb gekauft ist, denn
läßt die Forderung in 30, sonst in 2 Jahren. Diese 2 Jahre rechnen vom
Ausgang des Jahres ab, in dem der Kauf stattgefunden hat. - H. 6. 1900.
1 und 2: Leider ja. - S. 3. 29. Wenn die Hypothek eingetragen ist, ist
die Meldung nicht erforderlich, aber zweckdienlich, im Einigungs-
verfahren anzugeben, wieviel Jinsen sie verlieren. - H. 100. 1. Rein.
2. Ja. 3. Ja. - H. 2. Steglitz. 1. Rein. 2. Die Hälfte des Betrags
kann sie zurückverlangen. - H. 3. 100. Nieder-Schöneweide. Rein.
- G. 2. 11. Bei Forderungen kann man Kupfermünzen, die in größerer
Menge als bis zum Betrage von einer Mark angeboten werden, zurück-
nehmen. Anders sieht es bei Zahlung einer Strafe: der Fiskus muß selbst-
redend auch 3 M. in Kupfer annehmen, wenn es sich um eine Strafe von
3 M. handelt, und darf nicht Rückzahlung der Strafe registrieren und Geld
an Stelle der Geldrate verlangen. - 21. H. 23. H. Falls das Kind
nach dem 31. Dezember 1899 verstorben ist, ist allein sein Vater Erbe.
- H. 23. 1. Das Eigentum Ihrer Frau ist selbstverständlich wegen der
Schulden Ihrer Frau pfändbar. 2. Wenn Sie nicht auf die Erbchaft in
dem Nachlass Ihrer Frau verzichtet, müssen Sie auch für am Todestage
der Frau vorhanden gewesenem Vermögen antworten. - Barmen 1. Rein.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Theater.

Wittwoch, 28. Februar.
Cervantes. Carmen. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Jugend von heute.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Probekandidat. An-
fang 7 1/2 Uhr.
Lesung. Als ich wiederkam...
Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Harold. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reines. Rache Kunst. Anfang
7 1/2 Uhr.
Schiller. Fräulein Else. Anfang 8 Uhr.
Adelphi. Der Jägerbaron. An-
fang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang
7 1/2 Uhr.
Kessels. Die Dame von Maxim.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Drei Paar Schuhe. Anfang
8 Uhr.
Central. Die kleine Excellenz. Anf.
7 1/2 Uhr.
Carl Weisk. Die Jagd nach dem
Glück. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Reise nach
Amerika. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Berliner Bilder. Anfang
8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Die Dame von Maxim und der
Probekandidat. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung.
Die verkehrte Welt. Anfang
8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung.
Im Reiche des Indra. Anfang
7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 7 Uhr.
Wasseng. Panoptikum. Speciali-
täten-Vorstellung.
Hrania. Invalidentheater. 57/62.
Täglich abends von 8-10 Uhr:
Sternwarte.
Laudenstraße 48/49. Abends
8 Uhr: „Von den Alpen zum
Bosporus“.
Im Hofsaal: Prof. Reuleaux:
„Die mechanischen Naturkräfte
und ihre Verwertung“.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Bosporus“
Hörsaal:
Geheimrat Prof. Reuleaux:
13. Centenar-Vortrag:
„Die mechanischen Naturkräfte
und ihre Verwertung.“
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Anatomisches Museum

im
Passage-Panopticum.
Geöffnet 9 Uhr früh bis 10 Uhr
abends.
Montag u. Dienstag abends 8 Uhr:
Vortrag eines hiesigen Arztes:
Ueber das menschliche
Ohr.
Montag für Herren, Dienstag
für Damen.

CASTANS PANOPTICUM

Neu! Neu! Neu!
Ein Riese
der englischen Armee
Sergeant Th. Dalroy
2 m 30 cm hoch!
Oberbayerische Sänger
und
Schubplattler-Gesellschaft.

Belle-Alliance-Theater.

Heute und morgen, abends 8 Uhr:
(zu New York 500mal aufgeführt)
Die Reise nach Amerika.
Sollt'ich mit Gehung zc. in 5 Akten.
Vorverkauf an der Tageskasse,
Invalidentheater und Künstlerbank.

Apollo-Theater.

Um 9 Uhr abends:
Im Reiche des Indra.
Eine Fahrt durch die indischen
Wundergärten.
Um 1/8 Uhr: **La Fagette.**
Schwester Serin. Dell Oro.
Acquamarino's.
Hil u. Hül. Diamantine.
Ephraim Thompson. Dagmar Hansen
etc. etc. etc.
Der Kosmograph. neueste
Aufnahmen aus dem Transvaal-
kriege.
Anfang 1/8 Uhr.
Vorverkauf im Theater von 10
bis 1 Uhr, sowie im Invalidentheater
u. Künstlerbank.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Heute Mittwoch, den 28. Februar:
Wegen Privatfestlichkeit
keine Vorstellung.
Donnerstag:
Große
Extra-Theater-Vorstellung.

Cirkus Busch.

Rur nach kurze Zeit!
Heute Mittwoch, 28. Februar, abends
7 1/2 Uhr: **Elite-Gala-Abend.**
Zum 111. Male: **Die Camorra.**
Auerdem: Gaudischer Carnevalzug.
Menuette à la Cheval. Herr Oskar
Benz, Schutze. Die Rotweiss-
Kavalen-Troupe. Signor Ricardo mit
seiner dreifachen Reute.

Metropol-Theater

Böhrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Telephon Amt I. 2120.
Specialitäten-Programm
allerersten Rangs.
Madlle. Sidley. Miss Dejo.
Les Arbras. Les Vicentina.
Allison-Truppe.
Littke Carlsen.
Um 9 Uhr 30 Minuten
Die verkehrte Welt
mit der feinsten Ausstattung
Frauen-Parade.
Anfang an Wochentagen um 8, an
Sonntags und Festtagen 7 1/2 Uhr.
Bauden in allen Räumen geheizt.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Heute letzter Tag des
sensationalen Februar-Programms.
8 1/2 Uhr zum letztenmal: 8 1/2 Uhr
Endlich allein.
Ottomar Lehmann: Dir. Rich. Winkler.
Anfang 7 1/2 Uhr. Borwelt. 11-1 Uhr.
Freitag, 2. März, bleibt wegen
Feiertagsfeier geschlossen.
Sonntag, den 3. März 1900, nach
der Vorstellung: **Grosses
Bockbier-Jabel-Fest.**
Gr. Heberer-Gesellschaft. Preisverteilung.
Befehle der Bordell haben freigelegt.
An diesem Tage Wiederantritt
des Direktor Wilhelm Fröbel.

Cirkus Schumann.

Heute und täglich
abends präc. 7 1/2 Uhr außer 10 der
besten Nummern des Repertoires
Doktor Faust
Romanisch-phantastische Handlung
in 3 Abteilungen von Hof-Ballett-
meister Aug. Siems.

Teilzahlung

monatlich 10 M.
heftigste Negativ-
Herzangardarobe
n. Moh. Temporowski, Schneiderstr.
Reichenstr. 16, II, an der Kamenstr.
(Auch bar Kass. billige Preise.)

Natur-Heilverfahren.

Gant, Horn u. Nasenleiden,
Frauen-Krankheit, heilt sicher
ohne Berufshörung. [34442*
R. Wagner, Wallstraße 23.
9-2, 5-9, 31, 9-2

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben

Größte Auswahl in in- und aus-
ländischen Stoffen für Paletots,
Anzüge, Weinkleider zc. werden
unter Garantie des guten Sitzes
zu überaus billigen Preisen
schnell und angefertigt im Tagesgeschäft
bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Hans Kayser

Gürtler Bahnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für
Press- u. Steinkohlen.

Zum Landbau!

Gedüngtes Kantholz, Bretter,
Latten, Leisten, Türen, Fenstler, Dach-
pappe, Zier, billig. **H. Rühle,**
Kottbuser Damm 22.

Frühstücks-Suppen

Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
stets vorrätig bei Gustav Stiemer, NW., Zwinglistr. 14f.

Giordano Bruno-Feier

am Montag, den 5. März, in Kellers Festsälen, Kopenstr. 29.
Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert
Festrede, gehalten von Prof. Dr. Albert Gehrke.
Aus dunkler Zeit!
Lebende Bilder, arrangiert von A. Hoffmann und B. Schröder, mit verbindendem Text
von C. M. Scävola.
I Bild: **Buddha.** Vom Königsthron zum Volke.
II Bild: **Sokrates.** Letzte Augenblicke im
Kreise seiner Schüler.
III Bild: **Christus.** „Kreuziget ihn!“
Kreuziget ihn!“
IV Bild:
Johannes Huss. „O sancta simplicitas!“
V Bild: **Luther.**
„Hier stehe ich, ich kann nicht anders!“
VI Bild: **Giordano Bruno.**
„Verbrennen ist leichter, denn widerlegen!“
VII Bild:
Apotheose: Sleg des Menschentums.
Di chtung, vorgetragen von C. M. Scävola. Kostüme aus dem Atelier von B. Schröder, Passauerstr. 3.
Anfang 8 Uhr.
Billets a 30 Pf. sind in den Zahlstellen und bei den Vertrauensleuten zu haben.
Abendkasse findet nicht statt. Nach der Aufführung: **Geselliges Beisammensein.**

Hutlager

3,45 A. Rosenblum 3,45
Grönuung der 8. Siliiale
Spandauer Brücke 6
am Sadeischen Markt.
Erste hiesige Filiale:
Friedrichstraße 91/92.

ZAHNSCHMERZ

besiegt sofort
KROPP'S
Zahnwalle
20%
Carvacrolwalle
in plumb. Flasche
4 50z. zu haben
in allen Drogerien
Nimm keine
Nachahmungen!

Schultze,

Wasserthor-Str. 1/2.
Behandlung aller Haut-, Magen-
und Darmleiden ohne Berufs-
führung. 3576L*
Sprechstunden 9-2, 5-9
Bei Vorzeigung des
Verbandskarten 10 Proz.

Dr. Simmel

Horitzplatz,
Haus v. Aschinger
2 Treppen rechts
Specialarzt f. Haut- u. Darmleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Falbe,

44, Elsassstr. 44.
Behandlung aller Haut- u.
Darmleiden ohne Berufsührung.
Sprech 9 morg. bis 9 abends,
Sonntag u. Donnerstag 9-3.
Bei Vorzeigung der Verbands-
karten 10 Proz. 34542*

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt,
Specialarzt für
Haut- u. Harnleiden
Frauen-Krankheiten.
Königsgrätzstr. 27. Spr. 9-1, 4-7,
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnabend,
Ab. 7-8: Friedrichstraße 114, I.

Nur 4 Mark

Recht, sehr groß, zu Knabenanzügen,
Reihe zu Herrenanzügen, schöne Wänter,
7-10 Mark. Für 10 Mark 11. Chemist,
auch Nammgarntreffe, Valetotrefe,
Sofenreife, so lange der Vorrat reicht
im **Riechenhoflager**
14 Kranen-Strasse 14, 1 Tr.
Rein Laden. 3778L*

Künstliche Zähne, 3 M. an, vor-
züglich, sehr schmerzlos ein. Plombieren
schmerzlos. Zahnleiden, Zahnfleisch, bei
Rep. Hof. Goldstein, Orantenstr. 123

MAGGI

Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Bengels, Frucht-
straße 30, Hof II. - SO.: Fritz Thiel, Stallgerstr. 35 v. part. -
Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Rübbers, Salzweber-
straße 8, part. im Laden. - Wedding und Oranienburger
Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. - Gesund-
brunnen: Wilhelm Gahmann, Wilmersdorferstr. 65. - Rosen-
thaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl
Wass, Kottbuserstr. 95/96. - Charlottenburg: Gustav
Scharnberg, Schillerstr. 94, v. 1 Trepp. - Deutsch-Wilmers-
dorf: Th. Müller, Berlinerstr. 139/138, rechter Seitenfl. und W. Ridel,
Kugelhstr. 3, v. I. - Friedrichsberg-Friedrichsfelde: Carl
Witt, Berlin O., Friedrichsbergstr. 4. - Grünau: Engel, Dahlemerstr. 6. -
Rixdorf: O. Hermann, Gröb. 8. - Schöneberg: W. Baumler,
Kaiserstr. 13. C. W. geb. Gehr. - Johannisthal-Nieder-
und Ober-Schöneberg: Otto John, Ober-Schöneberg,
Siemensstraße 7, Gartengasse 1. Annahmestellen: Nieder-Schöneberg:
Karl Weyer, Cigarrengeschäft. Johannisthal: Senfleben,
Restaurateur. - Adlershof: Max Wors, Weiserstraße 4. -
Cöpenick: Franz Weyer, Cigarren-Handlung, Grünauerstr. 1. -
Friedenau-Steglitz: H. Bernice, Rixdstraße 15 in Friedenau.
Behandlungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Mohr, Döppelstraße 8,
und Fr. Schellhase, Alhornstr. 16a. - Baumshulenberg:
Krebs, Baumshulenberg 32, Hof links II. - Neu-Weissensee:
Expediteur Heinrich Bachmann, Vesperstraße 1, part. links.
Auerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen
Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für
den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Um genaue Angabe der Adresse wird drin-
gend gebeten.
Bitte ausschneiden!

Schnegelsbergs Festsäle, Jahnstrasse 8.

Inhaber: Max Schindler. - Telephon: Amt IV Nr. 1132.
Heute: **Großer Ball**
als Specialität: **Pfannkuchenregen** verbunden
mit Schlangen- und Apfelmännchen-Rufen und diversen Ueberraschungen.
Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.
Empfehle den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken zc. meine
Säle, 200 und 1200 Personen fassend (mit Bühne) zu Veramm-
lungen und Festlichkeiten jeder Art. 33822*

Zahnärztliches Institut, Alexanderplatz 1

(Haus
Aschinger).
Zähne 2 M. Plomb. v. 1,50 M. Zahnziehen 75 Pf. Teilzahlung, Sprech. 8-6.
habe ich
Privat-Frauen-Klinik
errichtet und ebendahin mein privates wie poliklinisches Ambula-
torium verlegt. 122/4
Privatprechst. Wochentags 4-5, außerdem Mittwoch u. Sonntag 11-12.
Poliklinik (für Unbemittelte unentgeltlich) Wochentags 10-11.
Dr. G. Zepler, Frauenarzt.
Privatwohnung Friedrichstr. 127 (Oranienburger-Thor). (Wochent. 2-3) Tel.

550 mal so süß wie Zucker ist Saccharin.

der gesetzlich geschützte Original-Süßstoff,
Ärztlich empfohlen.
Vollkommen unschädlich.
Für den Haushalt
vorzüglich geeignet:
Saccharin-Tabletten

1 TABLETTE
Nc. 1 (110 fach) = Ersatz für 1 1/2 Stck. Würfelzucker
• 2 (180 fach) = „ „ „ 1/2 Pfund Zucker
• 3 (350 fach) = „ „ „ „
• 4 (350 fach) = „ „ „ „

Ersatz für 1 Pfund Zucker = 10 Pf.

Schmeckt angenehm süß, wenn gelöst.

Warnung vor Nachahmungen!

Man verlange überall ausdrücklich SACCHARIN!

Der Streik der Bergarbeiter.

Der Vorbruch der österreichischen Regierung hat in Bohmen und Mähren die Erbitterung der Streikenden aufs höchste gesteigert. Im Ostrauer Revier fanden am Sonntag 26 Versammlungen statt, in denen die Vorgänge im Parlament besprochen wurden. Die Erregung war so groß, besonders als die Referenten die Erklärung des Ackerbauministers langsam vorlasen, daß sie überall mit scharfen Zwischenrufen unterbrochen wurden, die nicht wiedergesprochen wurden. Die Versammlungen gerieten in stürmische Bewegung, und als die Referenten darauf hingewiesen, daß man die Streikenden offenbar einzuschüchtern sucht, da erscholl es tosend und tausendstimmig aus der Versammlung: Niemals! Aus wird man nicht schreden! Wir werden ihnen zeigen, daß wir uns unser Recht nicht rauben lassen! Wir streiken weiter! Die Herren sollen noch begreifen lernen! Wir lassen uns nicht abfördern! Es war ein wahrer Sturm, in dem die entrüstete Kampf Stimmung der Arbeiter zum Ausdruck kam. In Ostrau wurde die von 5000 Personen besuchte Versammlung während der Rede des Abgeordneten Berner aufgelöst, als er an der Erklärung des Ackerbauministers Anteil nahm. Auch diese Maßregel steigerte natürlich noch die große Erregung. Am Montag wurden an zehn Orten Streikunterstützungen verteilt. Die Stimmung der Streikenden ist, wie nicht anders zu erwarten war, eine ungemein entschlossene. Die Regierungserklärung hat die Kampfstimmung der Arbeiter ganz außerordentlich angefeuert.

Aus dem mitteldeutschen Braunkohlen-Revier.

Zeit, 28. Februar. Auf drei weiteren Gruben wurde am Montag die Arbeit eingestellt, so daß die Zahl der hier Streikenden etwa 450 ausmacht. Das Osterfelder Revier hatte am Sonntag Versammlung und wird sich ebenfalls beteiligen. In Hohenmölsen ist auf einer Grube alles bis auf die verkürzte Arbeitszeit bewilligt, dort kommt es nicht zum Streik.

Im Revier Meuselwitz ist der Streik jetzt auf allen 10 Gruben, im Rositzer auf 8 Gruben ausgedehnt, hier streiken ca. 850 Mann.

Salze, 26. Februar. Die Lage des Streiks im Revier Halle ist unverändert, jedoch darf nicht verkannt werden, daß die Situation vom Zwickauer Revier und Zeit-Weichenfeld, wo nicht einheitlich gehandelt worden ist, auf die Stimmung der Streikenden einwirkt. In den Gruben Kupferhammer und Creddecker-Schacht bei Zeutschenthal und Stadten stieg am Montag die Zahl der Streikenden auf rund 900. Die Zahl der Streikenden im ganzen mitteldeutschen Revier kann sich jetzt auf 2800 beziffern.

Aus Zeit wird uns vom 27. d. M. geschrieben: In Meuselwitz geht jetzt die Behörde gegen die Streikenden vor. Eine zu heute, Dienstagvormittag 10 Uhr, einberufene öffentliche Versammlung der Bergarbeiter wurde verboten.

Das wird nicht dazu beitragen, daß der Streik eher beendet wird. Die Bergarbeiter sind jetzt erst recht entschlossen, denselben aufrechtzuerhalten.

Partei-Nachrichten.

Protestversammlungen gegen die Flottenvorlage fanden am Sonntag in Reichenbach i. Schl. und in Liegnitz statt. An letzterem Ort ist dies bereits die zweite Protestversammlung; die Versammlung in Reichenbach ist deshalb besonders bemerkenswert, weil sie sehr stark besucht war (gegen 300 Personen), während an der kurz vorher am selben Ort vom Flottenverein veranstalteten Versammlung ganze 12 Personen teilnahmen.

Auch in Spremberg fand eine solche Versammlung statt, die nach einem Vortrage des Reichstags-Abgeordneten Förster ohne Widerrede eine Resolution gegen die Flotte annahm.

Dr. Deur. Schmidt, früher Redacteur der „Arbeiterstimme“ in Zürich, ist von der St. Galler Kantonsregierung als Lehrer an die Handels- und Lehrerschule in St. Gallen gewählt worden.

Kommunales.

Der Stads-Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung, dem auch die Genossen Vorkmann und Bruns angehören hielt am Montag seine erste Sitzung unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsichters Dr. Vangerow ab. Eine Reihe der Specialitäten wurden ohne wesentliche Debatte und ohne Änderungen nach den Entwürfen des Magistrats genehmigt. Beim Etat der Fortbildungsschulen beantragte der Magistrat zu den Unterrichtsfachern in den fremden Sprachen den Unterricht in der russischen Sprache gegen ein Schulgeld von je einer Mark pro Stunde und Halbjahr einzuführen. Trotz des lebhaften Widerspruches einiger Mitglieder des Ausschusses wurde der Antrag angenommen. Beim Titel „Gottesdienste bei den Fortbildungsschulen und gewerblichen Unterrichtsanstalten“ beantragte der Magistrat eine Erhöhung der Position von 2000 auf 4000 Mark, die mit der weiteren Einrichtung zweier neuer Gottesdienste begründet wurde. Auf Anfrage des Genossen Bruns wurde zunächst festgestellt, daß die Erhöhung dieser Summe auch notwendig geworden ist, weil die Prediger, die im Anfang der Einrichtung umsonst die Predigten übernommen hatten, nunmehr für jede Predigt 12 Mark liquidierten. Genosse Bruns beantragte die Streichung der Mehrforderung; der Ausschuss beschloß jedoch nach dem Antrag des Magistrats. Bei dem Etat der Irrenanstalten beantragt der Magistrat für das Pflegepersonal eine Erhöhung der Löhne, da die Schwierigkeit, brauchbare Kräfte zu erhalten, in immer höherem Maße vorliegt; ein Grund hierfür ist in den zu niedrigen Löhnen zu suchen. Genosse Vorkmann beantragt für das Pflegepersonal bestimmte Lohnskalen festzusetzen und die Löhne nicht von dem mehr oder minder großen Wohlstand der Anstaltsdirektoren abhängig zu machen. Der Antrag wurde abgelehnt. Gleichfalls abgelehnt wurde ein Antrag des Genossen Bruns beim Etat der Badeanstalten, der bezweckte, diejenigen Schulkinder, die ein Schulbroschett nicht zur Verfügung haben, auch im Winter in den Volks-Bade-Anstalten miteigentümlich haben zu lassen. Dagegen wurde eine Resolution des Genossen Vorkmann, in der die schleimige Erbauung der bereits im Jahre 1893 durch Gemeindevorstand beschlossenen Volks-Bade-Anstalt im Weddingviertel verlangt wird, angenommen. Die Einrichtung dieser Anstalt wird notwendig, weil mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die jetzt vorhandenen Fluß-Bade-Anstalten am Humboldthafen eingehen werden. Nächste Sitzung: Mittwoch.

Der Centralverein für Arbeitsnachweis bedarf dringend eines besonderen Gebäudes. Die Landes-Versicherungsanstalt Berlin hat nun die Absicht, ein Gebäude für diese Zwecke zu errichten und dasselbe an den Centralverein zu vermieten. Mietszins wären jährlich 20 000 M. zu zahlen. Der Vorstand des Centralvereins erklärt, diesen Vorschlag nur annehmen zu können, wenn die Stadtgemeinde ihn finanziell unterstützt; er ersucht daher den Magistrat um einen jährlichen Zuschuß bis zur Höhe von 20 000 M. und erklärt sich bereit, seine Statuten dahin zu ändern, daß einem Kommissar des Magistrats Sitz und Stimme im Vorstande eingeräumt werde. Der Magistrat will dem Gesuche des Centralvereins stattgeben und für die Dauer eines zehnjährigen Mietvertrags mit der Landes-Versicherungsanstalt an Stelle des bisherigen Jahresbeitrags von 8000 M. einen jährlichen Zuschuß bis zur Höhe von 20 000 M. gewähren. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, diesem Beschluß beizutreten.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, 1. März, stehen folgende Punkte:

Vorlage, betreffend die Verleihung des Emilie Menzel-Stipendiums. — Vorlagen, betreffend die Annahme des Raumann-Abrahamischen Vermächtnisses, — die der Stadtgemeinde in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1899 gemachten Zuwendungen — und die Mietung von Räumen im Hause Wallstr. 72 für Bureauzwecke der allgemeinen städtischen Betriebs-Krankenkasse. — Berichterstattung des Ausschusses für Rechnungssachen über 17 Rechnungen, sowie über den Jahresabschluss der städtischen Kanalisationswerke und der Rieselfelder für das Etatsjahr 1898. — Vorlagen, betreffend die Ueberweisung der auf dem Feuerwachen-Grundstück An der Apostelkirche 7c durch die Verlegung des Straßenreinigungs-Depot frei werdenden Räume an die Feuerwehre — die erfolgte Bauabnahme des Erweiterungsbaues des Sophien-Realgymnasiums, Steinstr. 31-34, — den Verkauf einer Fläche des Rummelsburger Sees und die Einsetzung einer gemischten Deputation zur Verteilung der zu Stipendien für Studierende der hiesigen königlichen Universität bewilligten 6400 M. — Berichterstattung über vier Petitionen. — Desgl. über die Vorlage betreffend die Errichtung eines Pflegehauses für Ehepaare auf dem Grundstück der Siedemannstraße in der Kröbelstraße. — Vorlagen, betreffend die Errichtung der in Prozeß von Bureau-Giljarbeitern entstandenen Kosten an das Vorwärts-Conto — den Bericht über die Wasseralamität am 17. Dezember v. J. — die für das Etatsjahr 1900 in den städtischen Gaswerken und am Gasrohr-System erforderlichen Erneuerungs- und Erweiterungsarbeiten — den speziellen Entwurf für vier Pflegehäuser, der 3. Irrenanstalt in Duss — die Verpachtung der Kochanstalt auf dem Ehlendorferhof — die eventuelle Erhöhung des städtischen Beitrags an den Centralverein für Arbeitsnachweis — und den Neubau der Lessingbrücke.

Lokales.

Den Mitgliedern der Lokalkommission in Berlin und der Umgegend die Mitteilung, daß die nächste Lokalliste am 11. März erscheint. Änderungen und Neuaufnahmen sind spätestens bis zum 6. März dem Genossen Karl Scholz, Braungelstraße 110, mitzuteilen.

Moabitier Sammlungspolitik.

Im 44. Kommunal-Wahlbezirk ist die Bürgerpartei bereits recht fleißig an der Arbeit, um am 9. März die bürgerlichen Elemente ohne Ansehen der Partei, der Konfession usw. möglichst vollzählig an ihren Kandidaten Wäckermeister Wolf zusammen zu bringen. Dementsprechend hat sie auch Herrn Wolf in ihrem neuesten Flugblatt zum Kandidaten der bürgerlichen Rechte „avancieren“ lassen. Die Bürgerpartei weiß, — trotz aller Prahlerei mit ihren „Reserven“ — ganz genau, daß sie aus eigener Kraft nichts gegen die Socialdemokratie erreichen können, daß ihr Kandidat dem Arbeiterkandidaten Glode unterliegen muß, wenn die anderen Parteien dem Kampf zwischen Bürgerpartei und Socialdemokratie mit verschämten Kränzen zuschauen. Deshalb werden sie mit heiligem Eifer um fremde Wahlhilfe — offen in ihrem Flugblatt, indem sie darauf hinweisen, daß Stimmhaltung dem Socialdemokraten zu gute käme, heimlich von Person zu Person, indem sie ihre privaten Beziehungen für die Wahlagitatorin nutzbar zu machen, einen freundschaftlichen oder je nachdem auch einen unfreundschaftlichen Druck auf Geschäftsleute, Beamte usw. auszuüben, mit schmeichelnden Worten oder mit einschüchternden Drohungen den einzelnen Wähler auf Wolf zu verpflichten suchen usw. Ihre Bemühungen sind auch durchaus nicht erfolglos. Von freimüthigen wie von mieterparteilichen Wählern sind der Bürgerpartei unter der Hand bereits Einzelzusagen gemacht worden. Moabit ist ja das klassische Land der Sammlungspolitik, das hat sich im November bei der Stichwahl im benachbarten 43. Bezirk gezeigt.

Eine offene und offizielle Erklärung der bürgerlichen Parteien für Wolf wäre der Bürgerpartei natürlich noch lieber, weil das einen starken Eindruck machen würde. Am so unangenehmer sind sie durch das Gerücht berührt worden, das in den letzten Tagen über die vermittelnde Haltung der Mieterpartei verbreitet worden ist. Der unterlegene Mieterkandidat Damaskale hatte in dem Organ des „Bundes deutscher Vordenkener“ erklärt, ein Vordenkener könne Wolf schon wegen seiner Stellung zur Bodenreform-Frage unmöglich unterstützen; doch von den Nicht-Vordenkenern unter seinen Wählern hätte er vorläufig geschwiegen. Die national-socialen „Hilfen“ hatte dazu die Bemerkung gemacht, Damaskale werde seinen Wählern „vermutlich“ Stimmhaltung empfehlen. Diese Empfehlung ist von der „Freiwilligen Zeitung“ in einer Form weiterverbreitet worden, die den Schluss zuläßt, als sei bei D. oder seinen national-socialen Freunden die Absicht, diesen Rat allen seinen Wählern zu geben, bereits über allem Zweifel erhaben. Den Bürgerparteilern ist daran ein nicht geringes Stolz in die Augen gesprochen, der ihre bisherige Siegesgewissheit doch etwas verunreinigen dürfte. Sie hatten gehofft, D. werde seinen Rat, nicht für Wolf einzutreten, überhaupt nur auf seine bodenreformistischen Wähler beschränken, bei den andern dagegen die Entscheidung mindestens ihrem eigenen Ermessen anheimstellen. Für den Fall, daß sie sich darin tatsächlich geirrt haben sollten, glauben sie nun wenigstens noch auf den Freisinn zählen zu dürfen. Von freisinniger Seite liegt bisher noch keine offizielle Erklärung oder Andeutung darüber vor, wie man über die Stellungnahme zur Stichwahl denkt. Darum erscheint der Freisinn jetzt den Bürgerparteilern als der sicherste Rettungsanker — eine ganz außerordentliche „Ehre“ für die Freisinnigen des 44. Bezirks! Im Zusammenhang hiermit gewinnt übrigens die ungenaue Wiedergabe der oben erwähnten „Hilfen“-Notiz durch die „Frei. Ztg.“ eine besondere Bedeutung. Die Sache macht fast den Eindruck, als sollte den freisinnigen Wählern die mieterparteiliche Stimmhaltung mit ihren Folgen als Schreckgespenst vorgehalten werden, um sie selber zu entsprechenden Gegenmaßregeln aufzumuntern.

Für unsere Genossen in Moabit wird darin der Ansporn liegen, mit um so größerem Eifer für die Wahl des Arbeiterkandidaten Glode zu agitieren, um am 9. März den Sammlungspolitikern einen tüchtigen Strich durch die Rechnung zu machen.

Spottet ihrer selbst und weiß nicht wie. In der Insubstantiven und agrarischen Presse macht folgende, an die „Nordd. Allgem. Zeitung“ gerichtete Zuschrift die Runde:

Von einem Verwarden, einem Gutspächter in Pommern, gebeten, zu versuchen, ob ich ihn nicht in Berlin Arbeiter verschaffen könnte, begab ich mich, nachdem mir im Centralverein für Arbeitsnachweis mitgeteilt war, daß die sich dort Meldenden nur in Berlin Arbeit annehmen würden, nach der Wärmehalle beim Alexanderplatz. Ich fand hier die zahlreichen Bänke dicht besetzt von arbeitsfähigen, kräftigen Leuten und dachte bei mir, hier müßte es doch nicht schwer sein, Arbeitswillige zu finden. Ich begab mich daher zum Inspektor und trug ihm mein Anliegen vor. Ich war nicht wenig erstaunt, als mir dieser erwiderte: „Arbeitswillige werden Sie hier vergebens suchen. Die Leute, die Sie hier sehen, wollen nicht arbeiten.“ (?) Ich konnte es nicht begreifen, daß alle die kräftigen Leute, die ich vor mir sah, die Gelegenheit zu lohnendem Verdienst von der Hand weisen wollten, und daß daher den Inspektor, einmal anzufragen, ob sich niemand zur Arbeit bereit fände. Er that's mit lauter Stimme, doch keine Antwort.

„Sehen Sie,“ sagte der Inspektor zu mir, „daß ich recht habe, daß die Leute hier keine Arbeit suchen?“ Ich mußte ihm zustimmen. Doch halt, da erhob sich einer langsam von der Bank und kam auf uns zu. Er wollte sich verdingen, doch höchstens auf acht Tage. Ich konnte ich nicht brauchen, hätte er doch kaum das ihm vorgeschriebene Meißelgeld abverdient. Und dabei stellte er Forderungen, die den ortsüblichen Lohn um mehr als die Hälfte überstiegen. Ich verließ die Wärmehalle mit der Ueberzeugung, daß man hier wohl viele kräftige, arbeitsfähige, aber kaum einen arbeitswilligen Menschen finden kann.“

Wahrscheinlich ist aus der Wärmehalle immer das Gegenteil berichtet worden. Wenn auch nicht gelegentlich werden soll, daß sich unter denen, die das Institut aufsuchen müssen, ebenso gut notorische Lumpen und Faulenzen finden, wie etwa unter den selbstbesehigten Guttsbesitzern, so ist doch auch in der bürgerlichen Presse recht oft darauf hingewiesen worden, daß jede Arbeitsgelegenheit dort gern wahrgenommen wurde. Auch beweist die Statistik, daß die Frequenz der Arbeitshäuser, Arbeiterkolonien, Wärmehallen etc. mit dem Mangel an Arbeitsgelegenheit in engem Zusammenhang steht. Wenn bei alledem in dem Klagegedicht des Guttsbesitzerreundes ein köstliches Wahrheitsstücken stecken sollte, so zeigt dieser Umstand nur, wie sehr das Agrarertum und seine Art der Landarbeiterbehandlung auch bei den Beamten und Kleinsten in Berlin steht. Wer als braver Handwerker einmal das Unglück hatte, sich auf einem Gutshof verdingen zu müssen, der erzählt meistens mit Grauen von dem Elend, das er dort hat durchkosten müssen.

Konsum-Marken. Mit Recht ist vor einiger Zeit das Verbot, die Waren in den Bäckereien anzufassen, erlassen worden. Wird dies Verbot von unappetitlichen Leuten auch dieses nicht befolgt, so trägt es, wenn die Verkäuferinnen streng acht geben, doch allmählich zur Erziehung des Publikums bei. In denselben Geschäft aber, wo die bekante Tafel mit der Aufschrift, daß die Waren nicht berührt werden dürfen, zur Warnung hängt, wird dem auf Reinlichkeit haltenden Teil der Käufer sehr viel durch die Konsum-Markte zugunsten. Diese gehen monatlang von einer Hand, von einer Tasche in die andre und häufen dadurch allmählich eine solche Summe von Schmutz an sich auf, daß sie oft kaum zu erkennen sind und jede auf Reinlichkeit haltende Hausfrau die Pappstücke nur mit Widerwillen anfassen kann. Man scherzt wohl darüber und sagt, daß die Marken weit eher als Verunreinigungen geeignet sind, das Publikum gegen die von neueren Konsumgenossenschaften Schatz zu unterscheidenden Konsum- und Rabattparvereine alten Kalbers einzunehmen. Aber wir meinen, daß die Rechnung mit diesem Faktor doch wohl etwas weitauf ist und innerlich dringende Ursache vorliegt, die Pappmarken durch Plie-Marken zu ersetzen. Dieser Lage ist gemeldet worden, daß eine Hausfrauheit dadurch auf fast sämtliche Bewohner eines herrschaftlichen Hauses übertragen wurde, daß die Krantheilsteine einer mit Aufschlag beheizten Person sich auf das plüschgeschlagene Treppengeländer festsetzten. Wenn solches in einem gewiß auf Reinlichkeit eingerichteten vornehmen Hause möglich ist, um wie viel eher liegt da Gefahr vor, daß durch Konsummarken Krankheitsstoffe verbreitet werden?

In der städtischen Augenheilshütte zu Malsow wurden kürzlich etwa 10 Patienten von einem flechtenartigen Hautausschlag befallen. Unter den Patienten der Heilstätte herrscht die Ansicht, daß diese Erkrankung zurückzuführen ist auf Ansteckung durch einen mit der Flechte befallenen neuen Anstömmling, dessen Hautkrankheit dem untersuchenden Arzt bei der Aufnahme entgangen sein muß. Wie leicht derartige Ansteckungen in der Malsower Heilstätte verbreitet werden können, ersieht man aus folgender Thatsache: Es werden täglich etwa 40 Patienten nach abgerieben, und für diese 40 Personen sind nur 10 Badetücher, mittels deren die Abreibung bewirkt wird, in Gebrauch. Nach der Benutzung werden die Badetücher einfach getrocknet und erst nach Ablauf einer Woche durch frische ersetzt. Unter solchen Umständen ist die Uebertragung ansteckender anderer Krankheiten natürlich unvermeidlich. In einer solchen Falle sollte man doch mit der Badewäsche, die ja im vorliegenden Falle zu den Mitteln der Krankenbehandlung gehört, nicht so sparsam umgehen. — Noch ein anderer Umstand hat kürzlich die Unzufriedenheit unter den Malsower Patienten erregt. Die Anstaltsärzte helfen gewohnheitsmäßig nach eingemommener Nachtzeit bei der Aufräumung des Speiseaals. Niemand fühlte sich jedoch zu dieser Arbeit verpflichtet. Als nun einige Patienten, die sich durch das Anstreifen der aufstehenden Schwestern verletzt fühlten, nicht mehr bei der Aufräumung halfen, entzog ihnen die Schwester die Milch, welche allen Patienten nach dem Abendessen zuzuführen. Eine Beschwerde, welche die von dieser Entziehung Betroffenen an den Anstaltsarzt richteten, hatten keinen Erfolg, der Arzt erklärte den Beschwerdeführern vielmehr, er werde gegebenenfalls noch strengere Maßregeln ergreifen. Die in solcher Weise Beschiedenen sind der durchaus zutreffenden Ansicht, daß sie in einer Heilstätte, wo die Krankenpflege die Behandlung bezahlt, zu fernere Arbeit verpflichtet sind. Um sich nicht den in Aussicht gestellten strengeren Maßregeln auszuweichen, erbat und erhielten die in Betracht kommenden Kranken ihre Entlassung.

Die Reichspostverwaltung hat an die Privat-Postanstalten Deutschlands zwei Fragebogen A und B ausgegeben, in denen die Namen sämtlicher aus Anlaß des Eingehens der Privat-Postanstalten zur Entlassung kommenden Beamten, ihr Dienstalter usw. angegeben sind. Zu der Liste A sind die Namen derjenigen Beamten einzutragen, welche sich freiwillig bereit erklären, in den Postdienst überzutreten. Die Liste B führt die Namen jener Beamten, die auf den Uebergang in den Staatsdienst verzichten. Bei der Auswahl der einzustellenden Postbeamten werden in erster Reihe die in der Liste A verzeichneten berücksichtigt und nur wenn diese nicht ausreicht, was beispielsweise für Berlin zutreffend ist, wird eine Auswahl von den auf der Liste B verzeichneten Personen getroffen und diese zum Eintritt in den Postdienst aufgefordert. Einer derartigen Aufforderung müssen die Beamten Folge leisten, falls sie nicht ihrer Ansprüche auf Entschädigung verlustig gehen wollen. Die neu einzustellenden Beamten haben drei Monate gegen volle Gehaltsentziehung Probendienst zu versehen und können nach dieser Zeit, falls sie sich für das Postfach nicht eignen, entlassen werden. In diesem Fall muß jedoch die volle, gesetzlich gewährte Entschädigung zur Anzahlung gelangen. Die Entschädigungsansprüche müssen in der Zeit vom 1. April bis zum 30. September geltend gemacht werden. Später gestellte Forderungen finden keine Berücksichtigung. Bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft können am 1. April 1100 Personen zur Entlassung, denen zum Teil bereits gekündigt ist, zum Teil die Kündigung am 1. März übergeben wird.

Zur Frage der Neuordnung der Fleischschau in Berlin sind von der Fleischprüfung, wie die „Deutsche Fleisch-Zeitung“ mitteilt, folgende Vorschläge an den Magistrat und das Polizeipräsidium gerichtet worden: 1. Die Einfuhr frischen Fleisches zum Zweck des Festhaltens in Berlin soll nur in ganzen oder halben Tieren in Zusammenhang mit dem Kopf und den inneren Organen gestattet sein; 2. die Einfuhr von Salz- und Stückenfleisch in Kässern ist gänzlich zu verbieten; 3. die Einfuhr von Wurst aller Art soll nur aus Orien erlaubt sein, in denen eine obligatorische Fleisch- und Reichtumschau gesetzlich vorgeschrieben und jede Sendung mit diesbezüglichen Akte versehen ist.

Durch einen Sprung aus dem Fenster hat sich die 22 Jahre alte Fran des Schlossers W a n t h e y im Hause Görlischerstraße 67 zu töten versucht. Sie wurde schwerverletzt nach dem Krankenhause am Urban gebracht. Uebliche Zwistigkeiten sollen die Ursache der That gewesen sein.

Die polizeiliche Abnahme der elektrisch betriebenen Wagen der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft ist heute erfolgt. Die beiden

Wagen, die mit den Nummern 651 und 654 versehen sind, werden die Linie Stettiner Bahnhof—Anhalter Bahnhof befahren und am 1. März dem öffentlichen Betrieb übergeben werden.

Ein Unglücksfall ereignete sich am 27. Februar in der Nähe des Omnibus Nr. 654. Schon bei der Abnahme am Dienstagmorgen sollte er mit seinem Zwillingbruder wegen der Ansammlung von Reuegerien von der Straße „An der Stadtbahn“ nach dem Lichtlof des Polizeipräsidialgebäudes hinfahren. Dabei rannte er infolge schlechter Führung gegen einen Pfeiler, so daß er weder rückwärts noch vorwärts bewegt werden konnte. Ein Versuch drückte nur zu Wege, daß die Räder auf dem Asphalt säumend um sich selbst drehten. Schließlich befreite ihn das Publikum und schob ihn hinein. Am Nachmittag um 5 Uhr aber sollte dem kurzen Dasein des Omnibus ein jähes Ende bereitet werden. Von einer Uebungsfahrt sollte der Elektrische nach der Uferstraße heimfahren. An der Ecke der Invalidenstraße und Gartenstraße fuhr er sich in einer Straßenbahnlinie fest, und das Steuer konnte nicht in Tätigkeit treten. Der Führer gab größere Kraft und der Wagen schob, aus der Schiene springend, gegen die Vordschwelle. Dabei wurden das rechte Vorderrad und das Schuttbrett zertrennt. Der betriebsunfähig gewordene Wagen, der nun den Kopf hängen ließ, konnte nur mühsam vom Bürgersteig heruntergebracht, um später nach dem Hof abgeholt zu werden. Ob er seinen Dienst zum 1. März aufnehmen kann, läßt sich noch nicht beurteilen.

Töblicher Unfall im Betrieb der Straßenbahn. Der 42 Jahre alte Arbeiter Hermann Marschner aus der Adolfsstr. 7/8 wurde am Montagmittag um 12 Uhr, als er zwischen dem Großen und dem Kleinen Stern über die Charlottenburger Chaussee hinwegschreiten wollte, von dem Wagen 22 der Linie Charlottenburger Kupfergraben gefaßt und eine Strecke weit fortgestoßen. Als der Wagen zum Stehen gebracht war, fuhr sofort ein Schuttmann des hiesigen Polizeireviere mit dem am Kopf schwer verletzten und bewußtlosen Mann in einer Drochse nach der Unfallstation V. Auf dem Weg dahin starb M. an einem Schädelbruch.

Im Theater der Urania findet heute der 13. Centenar-Vortrag statt und zwar spricht Herr Geheimrat Professor Neuloux über „Die mechanischen Kräfte und ihre Verwertung“. In allen übrigen Tagen wird der neue dekorative Vortrag „Von den Alpen zum Seewald“ wiederholt.

Feuerbericht. Dienstagmorgens hatten Lothringersstraße 24 Möbel und Kleidungsstücke und kleine Stralauerstraße 3 Lumpen in einem Keller Feuer gefangen. In der vorhergehenden Nacht wurde die Wehe mutwilligertweise nach der Mätternstraße gerufen. Der Arbeiter Kuschad, der die Feuermeldung bewirkt hatte, wurde polizeilich festgenommen. Später brannte Ackerstraße 6 ein Schuhmacheratelier, während Katernstraße 29, Sorauerstraße 28 und Gipsstraße 6 kleinere Zimmerbrände abzulösen waren. Montagabend kam Engelstraße 9 in einer Vergolderwerkstatt Feuer aus, das noch rechtzeitig beseitigt werden konnte. In gleicher Zeit erfolgte in Wörtherstraße 22 ein Wohnungsbrand. Auf Friedrichsberger Gebiet wurde die Wehr Montag gegen Abend gerufen, weil in der Puppomadenfabrik von Voigt u. Co. ein Schadenfeuer ausgebrochen war. Die Löschzüge brachten jedoch nicht in Tätigkeit zu treten, da die freiwillige Feuerwehr allein die Gefahr beseitigen konnte. Zur selben Zeit wurde ein anscheinend geistesgestörter Brandstifter festgenommen, der Arkonaplatz 7 einen Bodenverschlag mit Petroleum begossen und darauf angezündet hatte. Das Feuer konnte nach leicht gedämpft werden. Der als Täter ermittelte 24jährige Gustav Böhm hatte die Feuermeldung selbst bewirkt und legte in dem mit ihm angehaltenen Verhör ein Geständnis ab.

Aus den Nachbarorten.

In Wilmsdorf haben die Parteigenossen für die am 5. März stattfindenden Gemeindevahlen zur dritten Abteilung Hermann Verend als Kandidaten aufgestellt. Wenn die Arbeiterkassette am Ort ihre Schuldigkeit tut, ist der Sieg unser. Freitagabend erfolgt eine Flugblattverbreitung und Sonntag wird bei der Straß, Auguststr. 1, eine Versammlung abgehalten, in der Reich Rubel referieren wird. An umfassender Agitation für unsere Kandidaten wird es hoffentlich nicht fehlen.

Wettkensee. Genosse Bebel spricht Donnerstagabend 8 Uhr im Schloss Wettkensee über die Bedeutung der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung. Nächsten Montag hat der Arbeiterverein im Albrechtshof eine außerordentliche Generalversammlung.

Staatlicher Musterbetrieb. Im Reichstag versuchten vor einigen Tagen die militärischen Regierungsveteräre die Zustände in den Spandauer Gewerkschaften möglichst rosig darzustellen. Aber schon heute liegt uns ein neuer Korb von ungeheuerlichem Terrorismus in der Gefängnisbehörde vor. Der Mann vor. Ein dort beschäftigter Arbeiter G. wurde am Sonntagabend vor dem Major, der die Leitung der Fabrik hat, citiert und es wurde ihm eröffnet: Wenn sein bei ihm wohnender Sohn nicht aus dem sozialdemokratischen Verein aussteige und am Montag nicht eine diesbezügliche Erklärung vorlege, so werde er entlassen werden! Der Sohn ist 24 Jahre alt und als Tischler bei einem Privatunternehmer beschäftigt, also vollständig unabhängig in seinen politischen Entschlüssen. Am demselben Sonntag erschien in der Wohnung des mit der Mahregelung beschäftigten Arbeiters G. ein Polizeibeamter, der ihm den Rat gab, den Sohn aus seiner Wohnung zu entfernen, damit werde die Militärbehörde einverstanden sein.

Dieser Fall ähnelt dem vom Abg. Zubeil vorgebrachten Fall Ziviner, in dem ebenfalls dem Vater Ziviner Entlassung angedroht wurde, wenn sein Sohn nicht die väterliche Wohnung verlassen würde, der das Verbrechen begangen hatte, das Resultat der letzten Reichstagswahl im zweiten Berliner Wahlkreis bekannt zu geben. Der Regierungsveteräre sagte Untersuchung dieses Falles zu, sie mag nun sogleich oben geschildertem Vorkommnis ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

Auf den in Spandau verhafteten Schlosser Adolf Seefeld richtet sich der Verdacht, den Schulknaben Julius Vergmann aus Spandau ermordet zu haben. Der kleine S. wurde, wie erinnerlich, nachdem er etwa sechs Wochen vermisst worden war, in einem Getreidefeld tot aufgefunden. Wenigstens der Körper in der Verwesung schon zu weit vorgeschritten war, um die Ursache des Todes genau erkennen zu lassen, wurde doch aus einer am Schädelknochen entdeckten Verletzung auf Nord geschlossen. Wenige Schritte von der Fundstelle entfernt entdeckte man eine kleine Grube und in dieser einen Spaten. Es wurde angenommen, daß der Mörder die Leiche vergraben wollte, jedoch bei dieser Arbeit gestört worden war. Bei der nun neuerdings wieder aufgenommenen Untersuchung spielt der Spaten eine bedeutende Rolle. Seefeld ist aber bereits überführt, ein Sittlichkeitsverbrechen verübt zu haben. Außerdem ist erwiesen, daß er in mehreren Fällen Knaben festhielt, um unästhetische Photographien anzufertigen. Es ist auch die Möglichkeit in Betracht gezogen, daß Seefeld seiner Zeit die zehnjährige Martha Bahndorf getötet hat, die im Jahre 1897 von einem jungen Menschen auf einem Kahn entführt und 10 Tage später auf der Insel Baumwerder im Tegeler See ermordet aufgefunden wurde.

Eine Preiserhöhung für Mittagessen von 60 auf 60 Pf. haben die Gastwirte von Schöneberg, Friedenau, Steglitz und den angrenzenden westlichen Bezirken Berlins gestern im „Schwarzen Adler“ zu Schöneberg beschlossen. In der Versammlung berichtete der Abgeordnete Max Schulz über die wirtschaftliche Lage des Gastwirtsstandes und seine Überlastung mit Steuern, hohen Mieten usw. Der Beschluß über die Preiserhöhung, die am 1. März in Kraft treten soll, wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Schöneberg. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung hatte der Magistrat eine Vorlage eingebracht, nach welcher dem Totengräber des Gemeindekirchhofs das Recht zu

stehen soll, gegen eine jährliche Pacht von 600 M. Blumen auf dem Kirchhofe feilzubieten. Stadt. Rasch (Soz.) wandte sich gegen diese Vorlage, indem er darauf hinwies, daß der Totengräber als Beamter gegen entsprechendes Gehalt seine Funktionen zu versehen habe und nicht noch derartige Privatgeschäfte durch einen Vertrag sanktioniert erhalten solle. Der Einwurf des Stadtverordneten-Vorsitzers, die Herren Sozialdemokraten treten sonst immer für Lebensnahme städtischer Arbeiten in eigene Regie ein; hier wäre ja eine ähnliche Einrichtung, wurde von dem Stadt. Rasch wies darauf hin, daß in Berlin eine Postverordnung erlassen sei, nach welcher die Kinderarbeit bedeutend eingeschränkt werde. Genau dieselben Verhältnisse seien in Schöneberg vorhanden. Es sei daher hohe Zeit, daß hier eine gleiche Verordnung erlassen werde. Bei der nunmehr erfolgenden Besprechung erklärte der Stadt. Rasch: Man kann darüber streiten, ob ein derartiges Verbot gut oder schlecht ist. Will man denn die Kinder in Warte stellen, sie in Pelzen gewickelt nach Schule schicken? Das Antragen von Wollwaren hat schon vielen aus sozialer Not geholfen. Ist die Frau krank und der Mann trinkt etwas, so müssen die Kinder eben helfen, etwas zu verdienen. Diese Ausführungen waren nun selbst dem zweiten Vizepräsidenten zu viel. Die Schuldeputation, so führte er aus, sei demüthigt gewesen, durch Aufstellung einer Statistik von den Schullehrern eine Grundlage der hier vorhandenen Kinderarbeit zu gewinnen. Das Resultat sei als ein über alles Erwartetes ungünstiges zu bezeichnen. So stehen von den Schöneberger Schulkindern nicht weniger als 848, darunter 316 Mädchen, in einer gewerblichen Thätigkeit. Giebt man die Altersstufe und andererseits die überaus lange Arbeitszeit in Betracht, so muß ohne weiteres zugegeben werden, daß ein solches Kind sich weder geistig noch leiblich so entwickeln kann, wie es absolut notwendig sei. Schon die Statistik beweise, wie diese schwächlichen Kinder ausgenutzt würden. Man habe gefunden, daß bei diesem so zweifelhaften Erwerb Kinder in einer Altersstufe von 6—7 Jahren 11, 7—8 Jahren 41, 8—9 Jahren 52 vorhanden waren. Die Arbeitszeit betrug bei 50 Kindern 6, bei 29 Kindern 7, bei 14 Kindern 8 und bei 6 Kindern 9 Stunden täglich. Es wurde für den 1. April eine entsprechende Verordnung in Aussicht gestellt.

Mit einem Scheinwerfer für die Feuerwehr bei nächtlichen Brandfällen werden gegenwärtig in Schöneberg von der dortigen Wehr praktische Versuche angestellt, die bereits ein unerwartet günstiges Ergebnis gehabt haben. Der Scheinwerfer, ein Kochenapparat, welcher einen außerordentlich scharfen Lichtkegel sendet, ist an dem die Spitze des Löschzugs bildenden Mannschiffwagen zur rechten Seite des Führers angebracht und wirft von hier aus seinen Schein vor der dahinjagenden Feuerwehr so intensiv die Straße entlang, daß schon in weitester Entfernung jeder Führer eines anderen Gefährnis und jeder Fußgänger auf das Herannahen der Feuerwehr aufmerksam gemacht wird und also bedeutend mehr Zeit hat, ihr auszuweichen, als es jetzt der Fackelschein und die Blasenklänge der Feuerwehr bewirken können.

Geriichts-Beitrag.

Socialpolitik des Eisenbahnwirts. Was ein Eisenbahnbeamter zu ihm hat, kam in einer Verhandlung zur Sprache, die kürzlich vor der zweiten Instanz des Landgerichts II stattfand. Der Haltestellen-Aufscher Gregorovius sollte den Eisenbahnwirts dadurch um 20 Pf. geschädigt haben, daß er zwei bereits bemittelte und durchlochte Fahrkarten noch einmal für je 10 Pf. weiter verläuft hatte. Die Thatsache wurde auch erwiesen und beantragte darauf der Staatsanwalt gegen den Angeklagten wegen Vergehens im Amte eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Darauf führte der Verteidiger, A.-A. Dr. Davidsohn, alle die Gründe an, welche für die Behauptung des Angeklagten sprachen, daß seinerseits nur ein Versehen vorliege. Der Angeklagte sei der einzige Beamte auf der Station Dalldorf, nicht einmal ein Arbeiter stehe zu seiner Verfügung. Wenn ein Jug einlaufe, habe er zunächst das Einfahrtsignal der nächsten Station anzugeben und gleich darauf die Weiterfahrt zu telegraphieren. Dann habe er den Anstehenden die Fahrlatten abzuschneiden, den Einsteigenden solche zu verkaufen und zu durchlöcheren, und wenn der Zug abgehe, noch selbst die Thüren zu schließen. Darauf habe er selbst das Richtungssignal herabzulassen und ein andres wieder aufzuziehen, kurz, für den ganzen Betrieb sei dieser einzige Mann, der lange Jahre im Dienste stehe, verantwortlich. Das Versehen sei an einem Sonntag abends 7 Uhr geschehen, nachdem der Angeklagte 10 Stunden Dienst gethan. Ihn sich seine vielseitige Arbeit etwas zu erleichtern, habe der Angeklagte einige Fahrkarten in der Westentasche bei sich geführt, damit er nicht nötig hätte, bei einer etwaigen Anforderung die zehn Schritte von der Durchlochstelle bis zum Fahrkartenschalter hin und zurück zu laufen. Dabei müsse ihm das Versehen bezeugt sein, zwei bereits durchlochte Karten an Stelle unbenutzter abgegeben. Der Verteidiger hat um Freisprechung.

Der Gerichtshof hielt es bei der vielseitigen Beschäftigung ebenfalls nicht für ausgeschlossen, daß ein Versehen und keine böswillige Verletzung des Angeklagten vorlag. Es wurde deshalb ein freisprechendes Urteil gefällt.

Ein ländliches Sittenbild wurde in der Verhandlung entrollt, die gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts II stattfand. Unter der Auflage des Kindes mordes stand die 24jährige unverheiratete Marie Deutcher vor Gericht. Die Angeklagte hat dreimal außerehelich geboren, zuletzt im Juni v. J., während sie in Lichterfelde im Dienst stand. Als Vater des letzten Kindes nahm sie den Arbeiter Gräfe in Anspruch. Derselbe gab ihr auch nach seinem schwachen Können kleinere Unterstüßungen. Die Angeklagte geriet in große Not, sie war völlig mittellos und befaß nicht einmal eine so anständige Kleidung, daß sie einen Dienst annehmen konnte. Außerdem war das Kind, das sie nicht in Pflege geben konnte, eine große Last. Ende September erschien sie mit dem Kinde auf dem Arm bei Gräfe in Lichterfelde und bat um weitere Unterstüßung. Gräfe, der inzwischen erfahren hatte, daß die Deutcher sich auch mit andren Männern abgegeben hatte, verweigerte jede weitere Unterstüßung mit der brutalen Bemerkung: „Wiß doch das A. . . gegen die Wand!“ Nun wanderte die Angeklagte, die zu ihrer ebenfalls armen Schwester, bei der sie Aufnahme gefunden hatte, nicht zurückkehren mochte, mit dem Kinde planlos umher. Drei Tage hielt sie sich in Marienfelde auf, wo sie bei mildthätigen Leuten während der Nacht Obdach fand. Dann mußte sie weiter wandern. Am Abend des 6. Oktober befand sie sich in Lanke. Sie war den ganzen Tag auf den Beinen gewesen. Als es dunkel geworden war und sie mehrfache Abweisung erfahren hatte, wenn sie um Unterkunft bat, packte sie die Verzweiflung. Sie begab sich außerhalb des Dorfes, ging auf einen Acker und legte ihr 4 Monate altes Kind hinter den Baum. Dann verstopfte sie den Mund des Kindes mit Erde und feinen Steinchen. Das arme Wesen erstickte. Die Angeklagte entfernte sich erst, nachdem es, wie sie sich ausdrückte, „nicht mehr mit den Weibern zappelte“. Sie begab sich wieder zu ihrer Schwester, der sie erzählte, daß sie ihr Kind auf bequeme Art los geworden sei. Ein alter freundlicher Herr, den sie unterwegs kennen gelernt habe, habe einen so großen Gefallen an dem Kinde gefunden, daß er sie gebeten habe, es ihm zu schenken. Es währte einige Zeit, bevor die Kindesleiche gefunden und die Mutter ermittelt wurde. Die Angeklagte legte von vornherein ein offenes Geständnis ab. Der Spruch der Schwurgerichte lautete nur auf Schuldig des Tötungs, nachdem der Verteidiger, Rechtsanwält H e i n e, ausgeführt hatte, daß die Angeklagte sich in einem solchen Zustande der Verzweiflung befunden habe, daß ihr die Ueberlegung geraubt worden sei. Das Urteil lautete auf zwölf Jahre Zuchthaus und zehnjährigen Ehrverlust.

„Aus der Gesellschaft“. Unter diesem Titel hatte seiner Zeit ein hiesiges Blatt gemeldet, daß die Tochter des Fabrikbesizers R. mit einem Offizier der kaiserlichen Schutztruppe sich verlobt habe. Ein Verwandter des Herrn R., der mit diesem verheiratet ist, schied darauf eine mit dem Namen des R. unterzeichnete Postkarte an die Expedition der Zeitung, in welcher der angebl. R. um eine Verichtigung der Notiz bat, da er nicht Fabrikbesitzer, sondern einfacher Glasarmstehler sei. Die Zeitungs-Expedition, der die Sache sonderbar vorkam, unterbreitete die Postkarte Herrn R., dieser sah sofort, daß eine Fälschung vorlag und stellte durch Schreibsachverständige fest, daß sein feindlicher Verwandter der Schreiber der Karte war. Die Expedition beurteilte den letzteren seiner Zeit wegen schwerer Urkundenfälschung zu zwei Wochen Gefängnis, indem sie sich der Ansicht des Rechtsanwalts Liebenow anschloß, daß mit Rücksicht auf den bekannten Verichtigungs-Paragraphen 11 des Preßgesetzes die Postkarte als beweiserhebliche Urkunde anzusehen sei. Das Reichsgericht, welches sich kürzlich mit diesem Fall zu beschäftigen hatte, hat das erste Urteil bestätigt: Der unethische Charakter der Postkarte ergebe sich daraus, daß der angebl. R. von dem ihm zustehenden Verichtigungsrecht Gebrauch mache und dadurch den Redacteur zur Aufnahme der Verichtigung verpflichte. Die Postkarte sei auch insofern für das Rechtsverhältnis zwischen dem Einsender und der Zeitung von erheblicher, als ersterer auf Grund derselben die üblichen Einrückungsgebühren in dem Maße zu entrichten habe, als jene Verichtigung den Umfang der zu berichtenden Notiz übersteigere. Da sich der Angeklagte mit dem in der Zeitung erwähnten R. identifizierte, habe er von der Postkarte auch zum Zwecke der Täuschung Gebrauch gemacht, und zwar, um R. zu schädigen und sein Ansehen herabzusetzen.

Die Verhandlung in der Strafsache gegen die Leitungsdrachtdiebe Krüger u. Gen., die, wie wir berichteten, gestern vor dem hiesigen Landgericht II. begann, kam nicht über die Anfangsstadien hinaus. Nachdem ein Teil der Angeklagten und ein Sachverständiger vernommen waren, wurde die Verhandlung wegen vorgerückter Zeit auf nächsten Freitag vertagt. Es ist nicht zu erwarten, daß sie an diesem Tage wird beendigt werden können.

Vermischtes.

Ein schweres Schiffunglück hat sich an der Küste der Insel Rügen ereignet. Es wird gemeldet: Der schwedische Postdampfer „Reg“ ist bei Lohme auf Rügen gestrandet. Fünf Frauen vom Schiffspersonal sind ertrunken. — Die Strandung des schwedischen Postdampfers „Reg“ erfolgte Dienstag früh 4 Uhr bei düstern Nebel und starkem nordöstlichen Winde. Die fünf Frauen vom Personal (Mädchenmädchen etc.) sind beim Landen ertrunken. Die übrige Besatzung, die Passagiere und die Post befinden sich noch an Bord. Der Kalkenapparat von Lohme ist unterwegs, da man mit Booten nicht an das gestrandete Schiff herankommen kann. Das Schiff liegt sehr schlecht, die See geht hoch. — Die Strandung des schwedischen Postdampfers „Reg“ fand, wie der Greifswalder „Kreuzbote“ meldet, bei Wandom in der Nähe von Lohme statt. Die fünf Frauen vom Schiffspersonal, welche beim Landen ums Lebens kamen, fanden ihren Tod durch das Kentern des Bootes, in welchem sich außer ihnen noch vier Matrosen und ein Steuermann befanden. Nach späterer Meldung sind von dem gestrandeten Postdampfer „Reg“, Kapitän Hermelin von Zelleborg, 31 Personen durch den Kalkenapparat gerettet.

Der wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftete Warrer Schlatte in Konstanz wurde wegen Vergehens gegen §§ 174 und 175 des Reichs-Strafgesetzbuches zu 2 Jahren Gefängnis, der mitangeklagte 18jährige Schmuckhändler Dietrich zu 5 Wochen Gefängnis verurteilt.

Erbsenkungen. In Eichweiler nehmen die Erbsenkungen und dadurch hervorgerufene Risse an den Häusern neuerdings besonders auf dem östlichen Teile der Därenstraße einen gefährlichen Charakter an. Das Haus des Kaufmanns J. Müllerjans ist besonders hart mitgenommen worden. Unter erdbebenartigem Getöse sind vor einigen Nächten neue große Risse entstanden, nicht nur an und im Hause, sondern auch an der Gartenmauer. An verschiedenen anderen benachbarten Häusern sind dieselben Erschütterungen zu Tage getreten. Die Kellergründungen haben sich mehrere Centimeter abgesenkt, und das früher reichlich vorhandene Brunnenwasser verschwindet. Der Eichweiler Bergwerksverein hat bis jetzt jede Schadenersatzpflicht abgelehnt und läßt es auf den Prozeß ankommen.

Einflussreicher Verbrecher. Aus dem Zuchthaus in Jüterburg ist der 39 Jahre alte Tischler Pallapier ausgebrochen, nachdem er 13 Jahre von seiner 15 Jahre tragenden Strafe verhaftet hatte. Er hatte sich ein Gewand aus Bettwäsche und eine Leiter in seiner Zelle angefertigt, war durch Aufreißen der Dielen auf den Hof und dann über die Mauer gelangt. Es ist noch nicht gelungen, ihn zu ergreifen.

Aus London wird berichtet: Wie fest festgestellt ist, sind fünf Schleppeboote aus Woburn, die vor 14 Tagen von einem Sturm überrascht wurden, mit insgesamt siebenzig Personen untergegangen.

Witterungsübersicht vom 27. Februar 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Swinebunde	764	SW	3	Mollig	2	Haparanda	770	SW	—	Rebel	-25
Hamburg	763	SW	2	Rebel	5	Betersburg	—	—	—	—	—
Berlin	752	SW	1	Rebel	5	Kort	755	R	—	6	bedeckt
Wiesbaden	756	SW	3	Mollig	4	Reberden	—	—	—	—	—
München	757	SW	4	Regen	5	Paris	753	E	—	4	bedeckt
Wien	757	SW	—	Rebel	4	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 28. Februar 1900. Hiemlich trübe und regnerisch bei mäßigen westlichen Winden und wenig veränderter Temperatur. Berliner Wetterbureau.

neue Kunstblätter in Kupferradierung

Der große Betsall, den die zu Weihnachten erschienenen Kunstblätter Marx und Engels gefunden haben, hat uns veranlaßt, die Portraits von Bebel, Liebknecht und Singer in Kupfer-Radierung auf China-Papier folgen zu lassen, und zwar um Ihnen eine allgemeine Verbreitung zu sichern, in kleinerem Format, nämlich 63:40 Centimeter zum Preise von Mk. 1,50 pro Blatt.

Der beliebteste billige Preis dieser meisterhaft ausgeführten Kunstblätter ist natürlich nur bei Massenabnahme möglich.

Alle von den Marx und Engels-Radierungen, haben wir auch schon eine kleine Anzahl Remarkdrücke Bebel, Liebknecht, Singer auf Japan-Papier zum Preise von Mk. 10 pro Bild, Mk. 25 für alle drei zusammen, herstellen lassen, die wir ebenfalls empfehlen. Von den Marx und Engels-Remarkdrücken sind nur noch eine sehr beschränkte Anzahl vorhanden. Zahlreichen Aufträgen nicht entgegen.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 19, Beuthstr. 2.